

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Von der Sprachenpolitik der 1990er-Jahre zur Linguistic Landscape von 2025:
Serbisch und Albanisch im Kosovo zwischen Macht und Marginalisierung
Eine Fallstudie zur sprachlichen Landschaft des Kosovo

verfasst von | submitted by

Ivana Brajović BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 250 364

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Slawistik
Bosnisch/Kroatisch/Serbisch

Betreut von | Supervisor:

Assoz. Prof. Mag. Dr. Emmerich Kelih, Privatdoz.

Abstract

Diese Masterarbeit untersucht die sprachliche Landschaft (*Linguistic Landscape*) im Kosovo im Jahr 2025 und versteht diese als Ausdruck aktueller Machtverhältnisse und ethnischer Identitätskonstruktionen. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern die verfassungsrechtlich festgelegte Zweisprachigkeit (Albanisch, Serbisch) im öffentlichen Raum tatsächlich umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang wird untersucht, ob sich dort eine visuelle Dominanz einzelner Sprachen zeigt.

Die Analyse basiert auf einer empirischen Fallstudie, die im Norden und Süden des Kosovo im Jahr 2025 durchgeführt wurde. Dabei wurden offizielle Beschilderungen, kommerzielle Werbeanzeigen sowie informelle Markierungen erfasst und diskursanalytisch ausgewertet. Zusätzlich wird der historische Kontext von der jugoslawischen Zeit bis zu den gegenwärtigen postkonfliktiven Entwicklungen einbezogen.

Die Ergebnisse weisen auf deutliche regionale Unterschiede hin: Während sich im Süden eine beinahe vollständige Dominanz des Albanischen in Kombination mit dem Englischen zeigt, dient im Norden die kyrillische Schrift als zentrales Zeichen serbischer Präsenz und politischen Widerstands. Die Analyse zeigt, dass Phänomene wie die *Linguistic Erasure*, d.h. das Übermalen oder Entfernen der Sprache der jeweils anderen Gruppe nicht nur Akte des Vandalismus sind, sondern gezielte politische Praktiken der Raumanewichtung darstellen.

Abschließend wird deutlich, dass die sprachliche Landschaft, wie sie im Kosovo im Jahr 2025 beobachtet wurde, kaum zur interethnischen Annäherung beiträgt, sondern bestehende Segregationsprozesse visuell verstärkt. Das Englische nimmt demnach eine immer bedeutendere Stellung als vermeintlich neutrale Ausweichsprache ein. Zudem scheinen vorhandene sprachpolitische Konflikte vermehrt in digitale Bereiche zu wandern.

Schlagwörter: Linguistic Landscape, Linguistic Erasure, Sprach(en)politik, Kosovo, Identitätskonstruktion, Marginalisierung, Post-Konflikt-Gesellschaft, Einsprachigkeit, Zweisprachigkeit, Mehrsprachigkeit

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die mich während der Erstellung dieser Masterarbeit und im gesamten Studium unterstützt haben.

Mein Dank gilt an erster Stelle **Assoz. Prof. Mag. Dr. Emmerich Kelih, Privatdoz.**, für die Betreuung dieser Masterarbeit sowie für die wertvolle Unterstützung und fachliche Hilfe während des gesamten Prozesses.

Des Weiteren möchte ich mich bei **meinen Eltern und Geschwistern** bedanken. Ihr Vertrauen und die stetige Motivation haben maßgeblich zum Abschluss meines Studiums beigetragen.

Ein besonderer Dank gilt **Katarina Stefan, BA**, für das sorgfältige Korrekturlesen dieser Arbeit und die hilfreichen Rückmeldungen. Ebenso danke ich meinen Freundinnen für den Rückhalt und die notwendige Ermutigung während der Schreibphase.

Vorwort

Die vorliegende Masterarbeit setzt sich mit der sprachlichen Landschaft im Kosovo im Jahr 2025 auseinander. Während die Arbeit versucht, einen objektiven, wissenschaftlichen Blick auf Machtverhältnisse und Identitäten zu werfen, ist der Ursprung dieser Untersuchung tief in meiner eigenen Familiengeschichte verwurzelt.

Die Entscheidung für dieses Thema ist für mich untrennbar mit den Erlebnissen meiner Familie verbunden. Im Juni 1999 wurde die Familie meines Vaters während des Kosovo-Krieges aus ihrer Heimat vertrieben und fand in Kragujevac ein neues Zuhause. Die Spuren dieser Zeit sind bis heute spürbar: Traumatisierungen prägen die Erinnerungen vieler Angehöriger. Besonders schwer wiegt der Verlust meines Onkels, der im Alter von nur zwölf Jahren ermordet wurde.

Dieses persönliche Erbe hat mein Interesse an der Frage geweckt, wie Geschichte und Machtverhältnisse den öffentlichen Raum und die Sprache prägen. Mit dieser Arbeit möchte ich dazu beitragen, dass die Ereignisse der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten und zugleich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den komplexen Zusammenhängen von Identität und sprachlicher Macht in einem postkonfliktiven Kontext fördern.

Die in der Forschungsanalyse enthaltenen albanischen und englischen Wörter, Zitate und Textpassagen wurden unter Verwendung des Übersetzungsprogramms DeepL ins Deutsche übertragen. Die Übersetzungen aus dem Serbischen wurden, sofern nicht anders gekennzeichnet ist, von der Verfasserin dieser Masterarbeit selbst vorgenommen.

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Theorie

1. Einleitung	1
2. Definitionen.....	3
2.1 Sprachenpolitik.....	3
2.1.1 Akteur:innen und Aktionsfelder der Sprachenpolitik.....	5
2.1.2 Ziele und Wirkungen von Sprachenpolitik.....	6
2.2 Sprachplanung	7
2.3 Linguistic Landscape.....	8
2.3.1 Linguistic Erasure.....	12
3. Aktueller Forschungsstand	15
4. Jugoslawien von 1918 bis 1941	19
4.1 Sprachenpolitik im Königreich SHS	19
4.1.1 Die Minderheiten im Süden des Landes.....	21
4.1.2 Slowenisch im Königreich SHS	23
4.1.3 Serbokroatisch im Königreich SHS.....	25
4.2 Der Zweite Weltkrieg: Sprachpolitiken in den besetzten Gebieten.....	26
4.2.1 „Säuberung“ des Kroatischen im Ustascha-Staat.....	28
4.2.2 Titos Widerstandsbewegung und die Sprachen.....	30
4.3 Die Situation in der SFRJ (1945-1992)	34
4.3.1 Sprachenpolitische Unbestimmtheit in der SFRJ: Serbisch, Kroatisch oder Serbokroatisch?	36
4.3.1.1 Novosadski Dogovor 1954	39
4.3.1.1.1 Die Umfrage von Letopis Matice srpske vor der Tagung in Novi Sad	41
4.3.2 Die Rechtschreibung von 1960	43
4.4 Sprachenpolitik im Kosovo 1941-1944.....	44
4.4.1 Status des Albanischen im Kosovo: Der Weg zur Amtssprache.....	46
4.4.1.1 Stellung des Albanischen im Schulwesen	47
4.4.1.1.1 Welches Albanisch für Kosovo?	48
4.4.2 Sprachenpolitik im Kosovo in den 1980er-Jahren	50
4.4.2.1 Autonomiephase, Bildungsaufbau und die Proteste von 1981	50
4.4.2.2 Die Proteste von 1981 und die Politisierung des Bildungswesens	51
4.4.2.3 Ideologische Kontrolle und „Differenzierung“ im Bildungssektor	51
4.4.2.4 Die Einführung der „gemeinsamen Kerne“ und curriculare Zentralisierung	52
4.4.2.5 Demographischer Wandel und die Nationalisierung der Sprachenfrage.....	52
4.4.2.6 Der „nationale Schlüssel“ und Bildung als Machtfrage	53
4.4.3 Sprachenpolitik im Kosovo in den 1990er-Jahren	53
4.4.3.1 Politische und gesellschaftliche Veränderungen im Kosovo der 1990er-Jahre.....	53
4.4.3.2 Serbische Sprachpolitik und gesetzliche Maßnahmen	54

4.4.3.3 Auswirkungen auf das Bildungssystem.....	54
4.4.3.4 Repression im Medien- und Bildungsbereich	56
4.4.3.5 Die Entstehung eines parallelen Bildungssystems	56
4.4.3.6 Der „Sprachkrieg“ und die Auswirkungen der Migration.....	57
4.4.4 Die aktuelle Sprachenpolitik im Kosovo (seit 2008).....	57
4.4.4.1 Der Status der serbischen Sprache im Kosovo.....	59
4.4.4.1.1 Rechtlicher Rahmen und formale Gleichstellung.....	59
4.4.4.1.2 Diskrepanz zwischen Rechtsnorm und Praxis.....	61
4.4.4.1.3 Institutionelle Barrieren und Umsetzungsprobleme	61
4.4.4.1.4 Symbolische Dimension und gesellschaftliche Wahrnehmungen.....	61
4.4.4.1.5 Regierung und begrenzte Fortschritte	62
4.4.4.1.6 Betonung der politischen Fortschritte	62
4.4.4.1.7 Marginalisierung in institutioneller Kommunikation	62
4.4.4.1.8 Sprachbarrieren in Justiz und Verwaltung	63
4.4.4.1.9 Sprachbarrieren im Polizeiwesen und im öffentlichen Kontakt.....	64
4.4.4.1.10 Medien, Banken und öffentliche Dienstleistungen.....	64
4.4.4.2 Status der albanischen Sprache im Kosovo.....	65
4.4.4.2.1 Rechtlicher Status und institutionelle Rahmenbedingungen	65
4.4.4.2.2 Gesellschaftliche Nachfrage und digitale Lernangebote	66
4.4.4.2.3 Politische Debatten und unterschiedliche Sprachbewertungen	66
4.4.4.2.4 Institutionelle Förderung und Bildungsinitiativen.....	66
4.4.4.2.5 Historische Einflüsse auf den Sprachgebrauch	66
4.4.4.3 Der rechtliche Rahmen der Minderheitensprachen	67
5. Kosovo und seine Geschichte.....	69
5.1 Ethnische Gruppen im Kosovo.....	70
5.1.1 Die Goran:innen	71
5.1.2 Die Ashkali, Roma und Ägypter:innen	72
5.2 Die Situation im Kosovo in den Jahren 1989-1999.....	74
5.2.1 Hintergrund des Konflikts im Kosovo aus der serbischen Sicht	77
5.3 Hintergrund des Konflikts im Kosovo aus der albanischen Sicht.....	79
5.4 Die albanische Opposition im Kosovo-Konflikt (1989-1999)	80
Teil II: Forschung	
6. Materialsammlung und Methode der Forschung.....	83
6.1 Kriterien und Merkmale der Ausarbeitung.....	83
6.2 Schwierigkeiten während der Datenerhebung und Analyse.....	85
7. Analyse der Daten	87
7.1 Straßenschilder, Beschilderung und Warntafeln	87
7.2 Sprachliche Äußerungen auf Gewerbeflächen	90

7.3 Plakate, Werbungen, Sticker und Graffiti	93
7.4 Vor dem Kiosk	95
7.5 Kosmetikprodukte der Gastfamilie.....	96
7.6 Kennzeichen	98
8. Die Graphosphäre des Kosovo	101
8.1 Kontrastive Analyse: Top-down vs. Bottom-up.....	101
8.2 Die Zeitdimension: Wandel und Vergänglichkeit.....	102
8.3 Die Bedeutung der graphosphärischen Phänomene für die Produzent:innen.....	104
9. Die Unsichtbarkeit der Minderheiten	106
10. Linguistic Erasure im Kosovo	107
11. Fazit.....	108
12. Literaturverzeichnis.....	111
13. Abbildungsverzeichnis	117
14. Anhang	118

Abkürzungsverzeichnis

alb. = Albanisch

ASNOM = Antifašističko Sobranie za Narodno Osloboduvanje na Makedonija/Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Mazedoniens

AVNOJ = Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije/Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens

dt. = Deutsch

KFOR = Kosovo Force/Kosovske snage/Internationale Sicherheitskräfte für das Kosovo

KPJ = Komunistička partija Jugoslavije/Bund der Kommunisten Jugoslawiens

kro. = Kroatisch

LDK = Liga des Kosovo

NATO = North Atlantic Treaty Organization/Nordatlantikpakt-Organisation

NDH = Nezavisna Država Hrvatska/Unabhängiger Staat Kroatien

SS = Schutzstaffel

serb. = Serbisch

SFRJ = Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

SKJ = Savez komunista Jugoslavije/Bund der Kommunisten Jugoslawiens

SSRNJ = Socijalistički savez radnog naroda Jugoslavije/Sozialistischer Bund des werktätigen Volkes Jugoslawiens

türk. = Türkisch

UÇK = Ushtria Çlirimtare e Kosovës/Befreiungsarmee des Kosovo

UNMIK = United Nations Interim Administration Mission in Kosovo/ Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo

UNO = United Nations Organization/Organisation der Vereinigten Nationen

ZAVNOBiH = Zemaljsko antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Bosne i Hercegovine/ Antifaschistischer Landesrat der Volksbefreiung Bosnien-Herzegowinas

ZAVNOH = Zemaljsko antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Hrvatske/ Antifaschistischer Landesrat der Volksbefreiung Kroatiens

Teil I: Theorie

1. Einleitung

Die sprachliche Situation im Gebiet des heutigen Kosovo (alb. Kosova/Kosovë; serb. Kosovo i Metohija) ist seit Jahrzehnten eng mit Fragen von Macht, Identität und politischer Zugehörigkeit verbunden. Besonders in den 1990er-Jahren, als die Autonomie der Provinz aufgehoben wurde und es folglich zur Etablierung serbischer Verwaltungsstrukturen kam, entwickelte sich Sprache zu einem zentralen Instrument politischer Kontrolle und sozialer Abgrenzung. Während Serbisch in offiziellen Kontexten dominierte, wurde die albanische Sprache systematisch aus Schulen, Institutionen und öffentlichen Räumen verdrängt. Nach dem Krieg im Jahr 1999 veränderte sich dieses Machtverhältnis jedoch grundlegend: Albanisch wurde zur dominanten Sprache des öffentlichen Lebens, während das Serbische in vielen Regionen marginalisiert wurde. Somit spiegelt die heutige sprachliche Landschaft des Kosovo sowohl aktuelle gesellschaftliche Realitäten als auch die historischen Konfliktlinien der 1990er-Jahre wider.

In dieser Masterarbeit geht es sowohl um die Sprachenpolitik des sozialistischen und postsozialistischen Jugoslawiens sowie des nachfolgenden Rest-Jugoslawiens als auch um jene im Kosovo, insbesondere in den 1990er-Jahren. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt im zweiten Teil auf der Untersuchung der *Linguistic Landscape*, was die Sichtbarkeit von Sprachen im öffentlichen Raum definiert, die im Kosovo durchgeführt wird. Ziel der Arbeit ist es, aufzuzeigen, ob und wie sich sprachpolitische Entwicklungen im sprachlichen Landschaftsbild des Kosovo empirisch/visuell nachweisen lassen. Dabei wird davon ausgegangen, dass politische Umbrüche und ethnolinguistische Spannungen die Sichtbarkeit und Verwendung verschiedener Sprachen im öffentlichen Raum beeinflusst haben.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde an einer Exkursion in den Kosovo vom 30. Oktober bis 02. November 2025 teilgenommen. Genau genommen wurde die sprachliche Landschaft in Banjska, einem Dorf in Zvečan (alb. Zveçani; serb. Zvečan), Gračanica (alb. Graçanicë; serb. Gračanica), Prizren (alb. Prizreni; serb. Prizren), Dečani (alb. Deçani; serb. Dečani) und Peja (alb. Pejë; serb. Peć) untersucht. Die Auswahl dieser Orte ergab sich im Rahmen einer Exkursion, die von der serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde im zweiten Bezirk Wiens organisiert wurde. Die viertägige Reise ermöglichte den Besuch mehrerer bedeutender serbisch-orthodoxer Klöster und Kirchen im Kosovo. Im Rahmen dieser Reise wurden Fotos von Plakaten, Graffiti, Geschäften, Gebäuden, Straßenschildern etc. aufgenommen, welche im Anschluss analysiert, beschrieben und interpretiert werden. Diese befinden sich im Anhang der

Arbeit. Auf Grundlage dieser Fotografien soll die Zielsetzung der Masterarbeit erreicht werden. Daneben werden für den theoretischen Teil Werke verwendet, welche alle im Literaturverzeichnis zu finden sind.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen folgende Forschungsfragen:

1. Welche Sprachen (Albanisch, Serbisch, Englisch) dominieren in welchen Regionen des Kosovo und wie unterscheiden sich ihre Funktionen und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum?
2. Welche Rolle spielen andere Sprachen in der öffentlichen Beschilderung des Kosovo und was sagt ihre Verwendung über Identität und Internationalisierung aus?
3. In welchem Maße tritt Mehrsprachigkeit in der öffentlichen Beschilderung hervor und welche gesellschaftlichen oder politischen Bedeutungen lassen sich daraus ableiten?
4. Wie werden Sprachen visuell hierarchisiert (z. B. durch Schriftgröße, Platzierung, Reihenfolge) und welche Bedeutungen sind damit verbunden?

Im ersten Kapitel nach der Einleitung werden einige Begriffe, wie z.B. Sprach(en)politik und *Linguistic Landscape* definiert. Zunächst wird im dritten Kapitel dargestellt, welche Werke und Publikationen es bereits zu diesem Thema gibt. Darauf aufbauend wird in Kapitel 4 die Sprachenpolitik im sozialistischen und postsozialistischen Jugoslawien analysiert, um zu zeigen, wie Mehrsprachigkeit und nationale Identität politisch gesteuert wurden. Dasselbe Kapitel widmet sich der Sprachenpolitik im Kosovo der 1980er bis 1990er-Jahre. Dafür wird im fünften Kapitel ebenso die Situation im Kosovo dieser Zeit zur Darstellung gebracht. Bevor in Kapitel 7 die Analyse der Fotografien erfolgt, werden im sechsten Kapitel nicht nur die Materialsammlung und Methode der Forschung, sondern auch die Auswertungskriterien sowie mögliche Herausforderungen während der Datenerhebung und Analyse beschrieben.

2. Definitionen

Bevor die Sprachlandschaft im Kosovo untersucht wird, ist ein näherer Blick auf Definitionen von Sprachenpolitik, *Linguistic Landscape* und weiteren zentralen Begriffen erforderlich.

2.1 Sprachenpolitik

Wissenschaftlich betrachtet, gibt es in der Sprachenpolitik einige Konzepte, Modelle, Beschreibungs- und Analyseansätze, welche sich ergänzen, indem sie von verschiedenen Perspektiven ausgehen. Begriffe wie Sprachpolitik, Sprachenpolitik und Sprachplanung werden mit Hilfe von verschiedenen Ansätzen definiert. Oft werden diese Begriffe parallel verwendet, obwohl sie manchmal etwas Verschiedenes beschreiben. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sie jeweils unterschiedliche Auffassungen von Sprache zugrunde legen: Während einige Begriffe Sprache als fest abgegrenztes System ansehen (z.B. Deutsch und Englisch), heben andere eher die fließenden Übergänge zwischen Dialekten und Varietäten hervor. Die Wahl des Begriffs ist demnach oft keine rein wissenschaftliche, sondern eine politische. Unter Sprach(en)politik wird das bewusste oder unbewusste Handeln gesellschaftlicher oder staatlicher Akteur:innen im Umgang mit Sprache(n) verstanden. Dazu zählen politische Maßnahmen und institutionelle Entscheidungen, die darauf abzielen, bestimmte Sprachen oder Sprachvarietäten zu fördern, zu regulieren oder zu beschränken. Somit umfasst Sprach(en)politik alle Prozesse, in denen über den Status, die Funktion, die Verwendung und die Bewertung von Sprachen entschieden wird (vgl. Marten, 2016, S. 15-16).

„Der Unterschied von Sprachpolitik und Sprachenpolitik im Deutschen ist in erster Linie, ob Maßnahmen betrachtet werden, die sich auf eine einzige Sprache (was auch immer im konkreten Fall darunter verstanden wird) beziehen, oder auf die Organisation des Verhältnisses verschiedener Sprachen zueinander.“ (Marten, 2016, S. 16)

Während das Englische lediglich den Begriff *Language policy* kennt, erlaubt das Deutsche die Unterscheidung zwischen Sprachpolitik und Sprachenpolitik. Dabei ist es wichtig zu erkennen, ob es sich um eine einzige Sprache oder um das Verhältnis verschiedener Sprachen zueinander handelt (vgl. Marten, 2016, S. 16). Geht es um Fragen der sprachpolitischen Theorie und der Sprachplanung, dominiert im englischsprachigen Raum der Begriff *Language politics*. Liegt der Fokus jedoch auf die konkrete Umsetzung bewusster sprachpolitischer Maßnahmen, fällt die Wahl auf *Language policies* (vgl. de Cillia, 2003, S. 15). Die deutschen Begriffe können mit den englischen folgendermaßen sinnvoll verbunden werden: Sprachpolitik stimmt mit der Definition von *Language politics* überein, weil sich diese auf politische Entscheidungen hinsichtlich Status, Korpus und Verwendung von Sprache, wobei sowohl rationale als auch symbolische und emotionale Faktoren einwirken, beziehen. Hingegen lässt sich

Sprachenpolitik mit *Language policies* gleichsetzen, da beide das Verhältnis mehrerer Sprachen zueinander, ihre gesellschaftliche Funktion sowie jene politischen Maßnahmen, die auf Förderung, Regulierung oder Beschränkung einzelner Sprachen abzielen, beschreiben (vgl. Marten, 2016, S. 16).

Einige Autor:innen, wie Coulmas 1985 und Kainz 1969, verwenden die zwei Begriffe als Synonyme, während andere eine analytische Unterscheidung zwischen den beiden Termini vornehmen (z.B. Christ 1991, de Cillia 2003 & Haarmann 1987). Laut de Cillia bezieht sich Sprachenpolitik sowohl auf den Status als auch auf die gesellschaftliche Funktion von Sprachen. Hingegen bezeichnet Sprachpolitik den Sachverhalt einer politisch reglementierten Sprachverwendung (vgl. de Cillia, 2003, S. 11).

Sprachpolitik bedeutet, dass der Sprachgebrauch durch politische Maßnahmen geregelt und beeinflusst wird, um ihn zu kontrollieren oder zu vereinheitlichen. Aspekte wie Sprachförderung, -konflikte, -durchsetzung, -erhaltung, -imperialismus, -kolonialismus usw. betrifft die Sprachenpolitik (vgl. Haarmann, 1987, S. 1661).

Ein weiterer Autor, der die beiden Termini nicht als Synonym beschreibt, ist Herbert Christ. Er versteht unter Sprachenpolitik jede öffentliche Beeinflussung des Kommunikationsradius von Sprachen (vgl. Christ, 1995, S. 75). Außerdem sieht er sie als die Summe jener politischen Initiativen „von unten“ und „von oben“, durch welche eine spezifische Sprache oder bestimmte Sprachen sowohl in ihrer öffentlichen Geltung als auch in ihrer Funktionstüchtigkeit sowie in ihrer Verbreitung gestützt werden (vgl. Christ, 1991, S. 55)

„Als Sprachpolitik bezeichnen wir die zielstrebig angestrebten Bemühungen eines Staates, die eigene Sprache auch bei anderen Völkern zur Geltung zu bringen, insbesondere aber das Unternehmen, die von der Mehrheit der Bevölkerung gesprochene Sprache, die solcherart die offizielle Staatssprache darstellt, den anderssprachigen Bevölkerungsteilen nahezubringen, sie zu deren Annahme zu bewegen.“ (Christ, 1991, S. 54-55)

Christ unterscheidet zwischen nationaler, internationaler und übernationaler Sprachenpolitik. Internationale Sprachenpolitik betrifft nicht nur die Sprachenwahl, sondern auch den Sprachgebrauch bei Verhandlungen zwischen Staaten, d.h. die Sprache der Diplomatie, Abkommen und internationaler Verträge. Im Gegensatz dazu bezieht sich die übernationale Sprachenpolitik auf übernationale Organisationen wie die UNO, NATO und den Europarat (vgl. de Cillia, 2003, S. 14).

Eine weitere Definition von Sprachpolitik bietet Daniel Blum. Er meint, dass sie politische Entscheidungen über den Status, das Korpus sowie die Verwendung und Umsetzung von Sprachen im öffentlichen Leben kennzeichnet (vgl. Blum, 2002, S. 1). Diese agiert bewusst mit

folgenden zwei Grundfunktionen von Sprache: kommunikative und symbolische Funktion. Sprachpolitische Entscheidungen werden nicht nur von rein rationalen, praktischen Faktoren bestimmt, sondern auch von irrationalen und emotionalen. Das Verhältnis dieser beiden Faktoren regelt den Verlauf von Sprachpolitik in einem konkreten Land. Durch das Zusammenwirken folgender drei Dimensionen kann Sprachpolitik beschrieben werden: politische, linguistische und psychologische Dimension. Erstere umschließt sowohl den konstitutionellen, institutionellen und theoretischen Rahmen, in welchem politisches Handeln stattfindet als auch seine Agierenden sowie die Prozesse selbst. Die linguistische Dimension stellt alle mit der Sprache verbundenen Aspekte dar, wie z.B. die Art und Anzahl, Größe der Sprecher:innengruppe, Standardisierungsprozesse und -grad usw. Letztere ist schwieriger zu beschreiben. Diese umfasst, wie einzelne Gruppen und der Staat im Allgemeinen ihre Identität durch Sprache definieren. Dazu gehören die daraus entstehenden emotionalen und subjektiven Vorstellungen nicht nur über den Staat und über bestimmte Gruppen, sondern auch über das politische und rechtliche System sowie über die gemeinsame Geschichte, aus welcher Traditionen entstehen. Gerade diese Dimension ist oft entscheidend dafür, ob die Integration unterschiedlicher Gruppen in den Staat gelingt oder nicht. Dabei lassen sich politische, sprachliche und psychologische Faktoren nicht voneinander trennen (vgl. Blum, 2002, S. 5-6).

2.1.1 Akteur:innen und Aktionsfelder der Sprachenpolitik

Die Sprachenpolitik kann mit Hilfe von verschiedenen Agierenden und Aktionsfeldern auf unterschiedlichen Ebenen beschrieben werden. Zu der politischen Ebene zählen sowohl das Parlament als auch Regierungen und Verwaltungen in internationalen, übernationalen, staatlichen, regionalen und kommunalen Kontexten. Wenn es um die wirtschaftliche Ebene geht, wird von der (Verkehrs-)Wirtschaft, Informations- und Telekommunikationsindustrie, dem Kapitalmarkt, den Massenmedien etc. gesprochen. Zusätzlich sind Bildungseinrichtungen, wie Schulen, Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften und Fachverlage, zentrale Handelnde sprachenspolitischer Prozesse. Zuletzt umfasst die Sprachenpolitik ebenso die personale Ebene: Sprecher:innen, deren Sprachverhalten die konkrete Umsetzung und Weiterentwicklung sprachenspolitischer Strukturen ermöglicht bzw. beeinflusst (vgl. Christ, 2003, S. 103).

Daraus kann geschlossen werden, dass alle Bürger:innen und alle staatlichen sowie privaten Einrichtungen zu den Beteiligten der Sprachenpolitik zählen. Sie wirken auf unterschiedlichen

Ebenen und in verschiedenen gesellschaftlichen Domänen an der Schaffung sprachlicher Normen und Fakten (vgl. Christ, 2003, S. 103).

Ebenso wie die Agierenden, erstrecken sich auch die Aktionsfelder über verschiedene Ebenen, denn sie umfassen nicht nur die gesetzgeberische und verwaltungstechnische Ebene im engeren Sinne, sondern auch die Bereiche der Standardisierung, Regulierung, Planung und Normalisierung von Sprachen, den Sprachunterricht als Mutter-, Fremd- und Zweitsprachenunterricht, die Sprachkritik, Sprachreinigung und Sprachberatung, die Prozesse der Sprachmischung, Übersetzung und Sprachmittlung, die Propaganda und öffentliche Förderung bestimmter Sprachen, den Sprachenkampf und die Unterdrückung von Sprachen sowie schließlich die Ebene der tatsächlichen Verwendung von Sprachen im öffentlichen Leben, innerhalb und außerhalb ihres Sprachgebiets (vgl. Christ, 2003, S. 103-104).

2.1.2 Ziele und Wirkungen von Sprachenpolitik

Das wesentliche Ziel der Sprachenpolitik besteht darin, die inner- und zwischensprachliche Kommunikation zu verbessern und abzusichern, unabhängig davon wo, wie, zwischen welchen Teilhaber:innen und in welchen Zusammenhängen diese auch stattfindet. Besonders bedeutsam ist dabei die Kommunikation zwischen verschiedenen Sprachen. Da sich die Kommunikationsformen, -bedürfnisse und -wege ständig verändern, muss sich auch die Sprachenpolitik laufend anpassen. Neue Kommunikationssituationen, technische Entwicklungen und wechselnde Teilnehmer:innen führen dazu, dass sich der Bedarf an Sprachkenntnissen verändert. Dadurch wandeln sich auch die Bedeutung und Verbreitung einzelner Sprachen sowie die Bereiche, in denen sie verwendet werden. Damit verbunden sind der Fremd- und Zweitsprachenunterricht, da sie die Ziele der Sprachenpolitik praktisch umsetzen. Lehrende und Lernende wirken aktiv daran mit, wie sprachpolitische Maßnahmen gestaltet werden und welche Folgen sie haben. Aus diesem Grund kann der Sprachunterricht als Raum verstanden werden, in welchem Sprachenpolitik nicht nur umgesetzt, sondern auch diskutiert und kritisch reflektiert wird (vgl. Christ, 2003, S. 104).

Sprachenpolitik kann sowohl bewusst geplant sein und politische Maßnahmen umfassen als auch implizit in gesetzlichen Regelungen enthalten sein. Sie ist nur dann möglich, wenn Maßnahmen gezielt geplant und gesetzt werden. Damit beschäftigt sich die Sprachplanung (vgl. de Cillia, 2003, S. 15).

2.2 Sprachplanung

Sprachplanung beschreibt politische Aktivitäten, mit denen versucht wird, zielgerecht und bewusst gesellschaftliche Kommunikationssysteme zu beeinflussen, um erwünschte Veränderungen herbeiführen bzw. unerwünschte vermeiden zu können. Somit ist festzustellen, dass es um eine bewusste, praktische Sprachenpolitik auf allen Gebieten geht. In diesem Zusammenhang werden folgende verwandte Begriffe verwendet: Sprachplanung, Sprachlenkung, Sprachpflege, Korpusplanung, Statusplanung und Sprachausbau. Während unter ersterem die Aktivitäten verstanden wird, die sich auf den Status einer Sprache beziehen, das Sprachprestige, den Gebrauchs- oder Marktwert einer Sprache in der internationalen oder nationalen Kommunikation, werden unter Korpusplanung jene Aktivitäten beschrieben, welche sich auf die Qualität und Leistungsfähigkeit einer Sprache beziehen. Dazu gehören alle Maßnahmen, die sowohl zur Herstellung und zum Erhalt als auch zur Verbesserung und zur Entwicklung eines sprachlichen Standards gesetzt werden (vgl. de Cillia, 2003, S. 16-17).

Sprachplanung im ehemaligen Jugoslawien umfasst eine Reihe konkreter Maßnahmen der Sprachpolitik, die darauf abzielen, die sprachliche Kommunikation in einer Gemeinschaft einzuwirken, typischerweise durch die Steuerung der Entwicklung ihrer Sprachen (vgl. Bugarski, 1992, S. 18).

Den Begriff Sprachplanung bezeichnet Daniel Blum als teildentisch mit Sprachpolitik. Ersterer meint die Planung konkreter Eingriffe, welche sich auf die Lexik, Syntax oder den Status der Sprache beziehen, besonders durch Expert:innen. Aus diesem Grund ist die Rede auch von Statusplanung oder Korpusplanung (vgl. Blum, 2002, S. 1-2). Diese theoretische Unterscheidung lässt sich hervorragend auf die Sprachgeschichte des ehemaligen Jugoslawiens anwenden, wo sie in der Sprachplanung oft als Instrument politischer Einigung diente. Das Wiener Abkommen von 1850 ist ein zentrales Beispiel für die Statusplanung. Das Treffen widmete sich fast ausschließlich der „Auswahl der Norm“ (*selection of the norm*), indem das Prinzip einer gemeinsamen Standardsprache für Serb:innen und Kroat:innen festgelegt wurde, noch bevor normative Regelwerke vorlagen. Damit wurde primär der formale Status und der zukünftige Gebrauchswert der Sprache politisch definiert (vgl. Greenberg, 2004, S. 24-29).

Die Statusplanung wurde 1954 durch das Abkommen von Novi Sad (siehe Kap. 4.3.1.1) revidiert und staatlich untermauert. Hierbei wurden jedoch im Gegensatz zum Wiener Abkommen auch grundlegende Maßnahmen der Korpusplanung (*Codification*) erörtert. Dies umfasste aufwendige Diskussionen über die Angleichung der grammatikalischen Terminologie, wie zum Beispiel die Einigung auf die Begriffe *zarez* // „Komma“ und *tačka* //

„Punkt“ als Kompromiss zwischen den serbischen und kroatischen Varianten. Während das Ziel in Wien die „Auswahl“ war, lag der Fokus in Novi Sad auf der „Ausarbeitung“ (*elaboration*) und Vereinheitlichung des sprachlichen Korpus zu Unterstützung der politischen Zielsetzung einer gemeinsamen jugoslawischen Identität (vgl. Greenberg, 2004, S. 29-32).

Die von dem US-amerikanischen Soziolinguisten Greenberg (2004) dargelegten Konzepte zum Zusammenhang von Sprache, Nationalismus und Identität im zerfallenden Jugoslawien lassen sich auf die Praxis im Kosovo übertragen, um die dortigen politischen Zielsetzungen zu verdeutlichen. Die Statusplanung manifestierte sich in der Provinzverfassung von 1974, die dem Albanischen eine vollständige formale Gleichstellung zum Serbokroatischen einräumte (vgl. Bugarski, 1992, S. 19; Zymberi, 1992, S. 132). Dies steigerte den funktionalen Wert der Sprache massiv (vgl. Bugarski, 1992, S. 16), was sich in der Etablierung einer umfassenden Infrastruktur von der Primarbildung bis hin zur Universität Pristina sowie in einem lebendigen Medienwesen (z.B. *Rilindja* und *TV Prishtina*) widerspiegelte (vgl. Zymberi, 1992, S. 132–134). Parallel dazu fand die Korpusplanung ihren entscheidenden Moment in der Entscheidung, einen Einheitsstandard zu übernehmen, der sich eng an das Modell Albaniens anlehnte. Diese bewusste sprachliche Ausarbeitung diente dazu, eine nationale Identität über Staatsgrenzen hinweg zu festigen und symbolische Einheit zu stiften (vgl. Zymberi, 1992, S. 130). Im Gegensatz zur zentral überwachten Einheit (Greenberg, 2004, S. 29) des Serbokroatischen diente die Sprachplanung im Kosovo somit der nationalen Emanzipation.

2.3 Linguistic Landscape

Während Sprachenpolitik und Sprachplanung primär institutionelle, rechtliche Maßnahmen darstellen, befasst sich das Konzept der *Linguistic Landscape* mit der Frage, wie sich diese Vorgaben auf die konkrete, sichtbare Präsenz von Sprache im öffentlichen Raum auswirken. Veröffentlichung von Rodrigue Landry und Richard Yvon Bourhis' Studie zur Verbindung von sprachlicher Sichtbarkeit und ethnolinguistischer Vitalität in frankophonen Regionen Kanadas aus dem Jahr 1997 gilt als Ausgangspunkt der *Linguistic-Landscape*-Forschung, die sich seither als eigenständiges Teilgebiet der Soziolinguistik etabliert hat. Dabei liegt der Fokus auf der Analyse von sichtbarer Sprache in öffentlichen Räumen, vor allem aber in mehrsprachigen Kontexten. Rodrigue Landry und Richard Yvon Bourhis definieren die linguistische Landschaft als die Gesamtheit öffentlicher Schilder, d.h. von Straßennamen über Werbetafeln bis hin zu amtlichen Gebäudebeschriftungen (vgl. Tyran, 2025, S. 374).

„The language of public road signs, advertising billboards, street names, place names, commercial shop signs, and public signs on government buildings combines to form the linguistic landscape of a given territory, region, or urban agglomeration.” (Landry & Bourhis, 1997, S. 25)

Die Forschung untersucht in den meisten Fällen alle sichtbaren Schriftzeichen und interessiert sich für den Gebrauch verschiedener Sprachen bzw. „die öffentliche Repräsentation der Sprachen einer mehrsprachigen Gesellschaft“ (vgl. Auer, 2010, S. 297).

Der Fokus von Landry und Bourhis liegt auf der Verwendung von Sprache in schriftlicher Form im öffentlichen Raum. Mit „sichtbarer Sprache“ ist Sprache gemeint, die in einem bestimmten Gebiet für die Öffentlichkeit erkennbar ist. Besonders viele sprachliche Zeichen finden sich in städtischen Einkaufsbereichen. Statt des Begriffs „linguistic landscape“ bietet sich in diesem Zusammenhang auch die Bezeichnung „linguistic cityscape“ an. In dem zitierten *Special Issue* bei Durk Gorter wird der Begriff insbesondere im Zusammenhang mit kommerzieller Beschilderung und Ortsnamen verwendet (vgl. Gorter, 2006b, S. 2).

Zusätzlich weisen Forscher:innen sichtbaren Schriftzeichen folgende zwei Funktionen zu, die für Sprecher:innen in mehrsprachigen Konstellationen relevant sind: eine informative, welche Auskunft über sprachliche Nutzbarkeit und Gruppenzugehörigkeit gibt und eine symbolische, die den Status und die gesellschaftliche Bedeutung einer Sprache widerspiegelt. Sprachliche Präsenz impliziert die Relevanz einer Gruppe, was wiederum zu erhöhter Vitalität führen kann (vgl. Tyran, 2025, S. 374).

Öffentliche verbale Zeichen im urbanen Raum sind seit vielen Jahrzehnten Thema soziolinguistischer Forschung und haben sich als eigenständiges Teilgebiet unter dem Namen *Linguistic Landscape* etabliert. Der Fokus liegt auf der Erforschung von Sprachwahl und Mehrsprachigkeit auf öffentlichen Schildern, vor allem in mehrsprachigen Städten. Dabei wird untersucht, welche Sprachen zum Einsatz kommen, wie sichtbar sie sind und welche gesellschaftlichen, politischen oder rechtlichen Aspekte ihre Sichtbarkeit beeinflussen (vgl. Spolsky, 2009, S. 66-67).

Frühe Untersuchungen befassten sich nicht nur mit einsprachigen, sondern auch mit mehrsprachigen Kontexten und demonstrierten unter anderem die Dominanz bestimmter Sprachen trotz formaler Mehrsprachigkeit sowie den wachsenden Einfluss globaler Sprachen wie Englisch. Ein methodisches Merkmal war das systematische Erfassen und Zählen real existierender Schilder im urbanen Raum, um Erkenntnisse über die soziolinguistische Ökologie von Städten zu gewinnen. Ein immer wieder auftretendes Resultat ist die Differenz zwischen gesprochener und geschriebener Sprache, wobei die Schrift oftmals stärker von Prestige,

wirtschaftlichen Interessen oder touristischer Ausrichtung beeinflusst wird (vgl. Spolsky, 2009, S. 67).

Öffentliche Schilder reflektieren auch Machtverhältnisse, Sprachideologien und historische Entwicklungen. Die Unterschiede zwischen offiziellen und privaten Schildern sowie die Anordnung, Auswahl und Sichtbarkeit von Sprachen weisen auf politische Dominanz, staatliche Sprachpolitik und gesellschaftliche Hierarchien hin. Dies tritt besonders klar zutage in Stadträumen, welche historisch und politisch geprägt sind. Dort machen Sprachwechsel auf Schildern sichtbar, wie sich Herrschaft, Identität und Kontrolle über den öffentlichen Raum im Laufe der Zeit verändert haben (vgl. Spolsky, 2009, S 68).

Die Einteilung von Zeichen im öffentlichen Raum kann entlang der Dimensionen top-down und bottom-up erfolgen, die sich auf die Herkunft und den institutionellen Status der Schilder beziehen. Mit dieser Unterscheidung wird ein grundlegender Unterschied zwischen offiziellen und nicht-offiziellen Zeichen gekennzeichnet. Schilder, die von staatlichen oder staatlich verbundenen Institutionen angebracht werden, werden als top-down bezeichnet und sind Teil des öffentlichen Bereichs. Aus diesem Grund sind sie amtlich streng geregelt. Zu solchen zählen beispielsweise Straßenschilder und Autokennzeichen. Im Gegensatz dazu bezeichnet der Begriff bottom-up Schilder, die von nichtstaatlichen Akteur:innen angebracht werden. Dies umfasst kommerzielle Unternehmen sowie private Organisationen oder Individuen. Diese Zeichen sind inoffiziell und werden außerhalb staatlicher Einrichtungen geschaffen. Graffiti, Plakate und Sticker sind Beispiele für bottom-up Zeichen. Für die Analyse der sprachlichen Landschaft ist es entscheidend, zwischen top-down- und bottom-up-Schildern zu differenzieren, da diese auf systematische sprachbezogene Unterschiede im öffentlichen Raum hinweisen. Eine Untersuchung dieser beiden Kategorien zeigt, dass die sprachliche Landschaft nicht als unmittelbare Darstellung der sprachlichen Vielfalt einer Gesellschaft verstanden werden kann. Sie ist vielmehr das Resultat sozialer Prozesse und kann als symbolische Konstruktion des öffentlichen Raums beschrieben werden, in der Machtverhältnisse, Gemeinschaftsidentitäten und die unterschiedliche Anziehungskraft von Sprachen für verschiedene Zielgruppen wirksam werden (vgl. Gorter, 2006b, S. 3-4).

Zunächst konzentrierte sich die Forschung zur Sprachlandschaft auf den staatlich oder gesetzlich geregelten Sprachgebrauch im öffentlichen Raum sowie auf die Sichtbarkeit von Sprache als Anreiz für den Erhalt und die Vitalität von Minderheitensprachen. Seitdem wurden sowohl die Ansätze als auch die Konzepte von Rodrigue Landry und Richard Yvon Bourhis kontinuierlich weiterentwickelt. Außerdem wurde der Begriff *Linguistic Landscape* erweitert,

welcher vielfältige Interpretationen und Schwerpunkte ermöglicht, weil ihm klare Grenzen fehlen. Er umfasst eine Reihe verschiedener Forschungsansätze, Theorien und Themen (vgl. Tyran, 2025, S. 374).

Die Untersuchung der sprachlichen Landschaft kann aus mehreren wissenschaftlichen Perspektiven erfolgen, wobei unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen in den Fokus rücken. Diese kann auch erweitert werden und folgende Bereiche können miteinbezogen werden: Landschaftsarchitektur, Kommunikationswissenschaften, Diskurswissenschaften sowie Medien- und Kulturwissenschaften und Disziplinen, die sich mit Theorie, Praxis und Ästhetik der visuellen Gestaltung befassen. Jeder einzelne Bereich kann viel über Zeichen erzählen. Es erscheint vielversprechend, mehrere dieser Perspektiven zu kombinieren, um einen umfassenderen Ansatz für die Erforschung der Mehrsprachigkeit zu erreichen (vgl. Gorter, 2006a, S. 88).

Migration und Globalisierung haben in vielen Städten und Gebieten zu einer hohen sprachlichen Diversität geführt, weshalb Beschilderungen meistens in mehreren Sprachen, zusätzlich zur offiziellen Landessprache, abgebildet werden (vgl. Bruyèl-Olmedo & Juan-Garau, 2013, S. 1). Die Vorstellung eines vollständig monolingualen Staates war historisch betrachtet eine Ausnahme. Darüber hinaus haben die Globalisierung und die daraus resultierenden Faktoren wie „Migrationsströme, Verbreitung kultureller Produkte und Hochgeschwindigkeitskommunikation“ zu einer Zunahme der Mehrsprachigkeit geführt, was an den ausgestellten sprachlichen Gegenständen sichtbar wird (vgl. Gorter, 2006a, S. 88).

Bernard Spolsky erläutert das Konzept des öffentlichen sprachlichen Raums und unterscheidet es von privaten sowie institutionellen Räumen. Im privaten Raum, wie z.B. im eigenen Haushalt, besteht weitgehend die Kontrolle darüber, welche Sprachen verwendet werden, beispielsweise bei Notizen, Büchern, Zeitungen, Fernsehen oder im familiären Sprachgebrauch. Ebenso ist in institutionellen Räumen wie religiösen Einrichtungen oder Unternehmen eindeutig bestimmt, wer die Entscheidung über die Sprachwahl trifft: religiöse Autoritäten oder Geschäftsinhaber:innen (vgl. Spolsky, 2009, S. 65).

Im Gegensatz dazu steht der öffentliche sprachliche Raum, der alle nicht-privaten und nicht-institutionellen Orte umfasst. Dazu zählen insbesondere städtische Bereiche wie Straßen, Plätze, Parks, Verkehrsknotenpunkte und Haltestellen. In diesem Raum manifestiert sich Sprache in verschiedenen Formen: durch geschriebene Texte wie öffentliche Schilder und Printmedien, gesprochene Äußerungen wie Durchsagen oder Rundfunk sowie digitale Inhalte im Internet (vgl. Spolsky, 2009, S. 65).

Obwohl sie vielfältig sind, basieren diese Bereiche auf vergleichbaren Prinzipien des Sprachmanagements. Folgende Akteur:innen sind daran beteiligt: die Eigentümer:innen der Zeichen oder Inhalte, ihre Produzent:innen, die Öffentlichkeit als Zielgruppe sowie oft eine externe Autorität, meist staatliche Institutionen, die die Sprachwahl regulieren oder beeinflussen. Es wird zugleich deutlich, dass Sprachsteuerung im öffentlichen Raum begrenzt ist, insbesondere im digitalen Bereich, wo staatliche Eingriffe leicht umgangen werden können (vgl. Spolsky, 2009, S. 65).

Für diese Arbeit und den empirischen Teil ist vor allem der physische öffentliche Raum wichtig. Dabei wird besonders untersucht, wie staatliche Vorgaben und die Umsetzung durch den Einzelnen zusammenwirken.

2.3.1 Linguistic Erasure

Innerhalb einer *Linguistic-Landscape*-Forschung lässt sich häufig die Beobachtung machen, dass manche sprachlichen Äußerungen im öffentlichen Raum übermalt, entfernt oder einfach nur durchgestrichen werden. Dieses Phänomen nennt sich *Linguistic Erasure*. Um genauer zu sein, bezeichnet *Erasure* einen ideologischen Prozess, der das soziolinguistische Feld vereinfacht, indem bestimmte Personen, Praktiken oder sprachliche Phänomene unsichtbar gemacht werden. Elemente, die nicht mit einem ideologischen Deutungsrahmen übereinstimmen, werden ignoriert, umgedeutet oder nicht wahrgenommen. So können soziale Gruppen oder Sprachen als homogen erscheinen, während interne Unterschiede nicht wahrgenommen werden. Es ist nicht unbedingt notwendig, dass das betreffende Element tatsächlich entfernt wird, wenn es unsichtbar gemacht wird. Solange es nicht als Bestandteil einer alternativen, bedrohlichen Perspektive erkannt wird, kann seine Existenz unbeachtet bleiben. Erst unter diesen Bedingungen kann der semiotische Prozess der *Erasure* in konkrete Handlungen zur Entfernung des als problematisch empfundenen Elements übergehen (vgl. Gal & Irvine, 2000, S. 38-39).

Prozesse der Identitätsbildung werden entscheidend von sprachlichen Differenzen beeinflusst, weil Identität über die Abgrenzung von einem imaginierten Anderen konstruiert wird. Das andere wird dabei oft als homogen dargestellt und essenzialisiert. Sprachliche Verhaltensweisen werden vereinfacht dargestellt und als Ausdruck eines vermeintlichen Wesens interpretiert, anstatt als Ergebnis historischer Entwicklungen. Solche Darstellungen können bestehende sprachliche Unterschiede erklären, die sich über lange Zeiträume entwickelt haben, aber auch zur Verstärkung oder Entstehung neuer Unterschiede beitragen, insbesondere

wenn soziale Kontraste hervorgehoben werden sollen (vgl. Gal & Irvine, 2000, S. 39). Das nächste Kapitel behandelt die Graphosphäre, die den gesamten Raum des sichtbaren Wortes umfasst. Als deren zentraler Teilbereich wird die *Linguistic Landscape* für diese Arbeit von grundlegender Bedeutung.

2.4 Graphosphäre

Als Graphosphäre wird der Raum des sichtbaren Wortes definiert, welcher jene Bereiche einschließt, in denen Wörter in Form sichtbarer Zeichen kodiert, aufgezeichnet, gespeichert, verbreitet und dargestellt werden (vgl. Franklin, 2019, S. 1). Sie umfasst alle graphischen Mittel, die zur Aufzeichnung, Speicherung, Darstellung und Verbreitung von Mitteilungen und Informationen verwendet werden, sowie die sozialen und kulturellen Räume, in denen diese genutzt werden. Zur Graphosphäre zählt jede Art der Darstellung. Sie kann sich über verschiedene Medien und Zeitperioden hinweg von Höhlenmalerei über Ideogramme und alphabetische Schrift bis hin zu beweglichen Lettern und digitalen Bildschirmen erstrecken (vgl. Franklin, 2011, S. 531).

Das Konzept der *Linguistic Landscape* überschneidet sich in einigen Aspekten mit der Graphosphäre, jedoch unterscheiden sie sich sowohl in Reichweite als auch in der theoretischen Ausrichtung. Während die Sprachlandschaft den Bestand und die Anordnung sprachlicher Zeichen im öffentlichen Raum bezeichnet, umfasst die Graphosphäre den gesamten Raum des sichtbaren Wortes. Sie ist demnach einerseits konzeptuell breiter und andererseits theoretischer angelegt. Somit kann die *Linguistic Landscape* als Teilbereich der Graphosphäre verstanden werden. Was sie jedoch gemeinsam haben, ist, dass beide Konzepte das sichtbare Wort als Untersuchungsgegenstand auffassen. Die Graphosphäre lässt sich als Ganzes betrachten: als physische Einheit oder System mit Eigenschaften wie Form, Grenzen und Dichte (vgl. Franklin, 2019, S. 1-2). Sie hat dabei sowohl externe als auch interne Grenzen. Externe Grenzen beziehen sich auf ihre Beziehung zur nicht-graphischen Kommunikation, vor allem zur gesprochenen Sprache. In der frühen Geschichte konzentrierten sich Akteur:innen auf die Erweiterung graphischer informationstechnologischer Systeme in neue soziale und kulturelle Räume sowie auf die Beziehung zwischen diesen und der Oralität. In der heutigen Zeit hingegen ist die Graphosphäre nahezu allgegenwärtig und hat kaum noch äußere Grenzen. Deshalb richtet sich das Interesse auf ihre internen Grenzen, also auf die variierenden Funktionen, Konfigurationen und dynamischen Rekonfigurationen ihrer einzelnen Technologien (vgl. Franklin, 2011, S. 531). Ihre Bestandteile (Modi, Materialien und Technologien), durch diese das sichtbare Wort entsteht, bestimmen ihre konkrete Gestalt (vgl. Franklin, 2019, S. 2). Historisch gesehen treten

Informationstechnologien in einer Abfolge auf, aber sie wurden oft fälschlicherweise als eine lineare Fortschrittsgeschichte verstanden. Es ist nicht so, dass neuere Technologien ältere einfach ablösen. Gestik bleibt notwendig, auch wenn Sprache, Schrift, Druck und digitale Medien vorhanden sind. Neue Technologien sind nicht nur funktionale Äquivalente älterer Technologien, sondern ermöglichen neue Handlungen und führen zu komplexen Veränderungen in den Funktionen und Wechselwirkungen zwischen Technologien (vgl. Franklin, 2011, S. 532). Daneben ist es wichtig zu untersuchen, welche sozialen, politischen und kulturellen Rollen und Implikationen die einzelnen Elemente der Graphosphäre und ihre Anordnungen haben (vgl. Franklin, 2019, S. 2). Technologien sind nicht nur miteinander verbunden, sondern auch mit ihren jeweiligen Produzent:innen und Rezipient:innen in spezifischen Gesellschaften, wodurch technologischer Wandel nicht deterministisch verstanden werden kann, sondern von bestimmten soziokulturellen Dynamiken abhängt (vgl. Franklin, 2011, S. 532). Die subjektive Dimension stellt sich die Frage, welche Bedeutungen graphosphärische Phänomene nicht nur für deren Produzent:innen, sondern auch für deren Rezipient:innen besitzen. Zudem können Medien unterschiedlich bewertet werden, je nach ihrer wahrgenommenen Funktion sowie ihrem Status oder ihrer Autorität. Dabei kann zwischen Medien eine funktionale Gleichwertigkeit bestehen (vgl. Franklin, 2011, S. 535). Zuletzt ist die Zeitdimension wichtig, weil Graphosphären entstehen, sich verändern und vergehen können, wie auch ihre Bestandteile und Funktionen. Mit Hilfe dieser vier Aspekte kann ermöglicht werden, das spezifische Profil einer Graphosphäre innerhalb einer Gesellschaft zu erfassen (vgl. Franklin, 2019, S. 1-2). Die Konzepte der Sprachenpolitik und der *Linguistic Landscape* sind entscheidend, weil sie sichtbar machen, wie Sprache im öffentlichen Raum angeordnet, hierarchisiert und politisch beeinflusst wird. Die *Linguistic Landscape* als Teilbereich der Graphosphäre zeigt, wie sichtbare Wörter soziale, politische und kulturelle Rollen widerspiegeln. Kapitel 3 knüpft daran an und untersucht den aktuellen Forschungsstand zur Sprachpolitik und ihren Wirkungen auf sprachliche Sichtbarkeit.

3. Aktueller Forschungsstand

Zu dem Thema Sprach- bzw. Sprachenpolitik gibt es in der allgemeinen Linguistik einige Publikationen. Viele von ihnen bieten eine genaue Definition dieser Termini. Andere aber erwähnen direkt, dass eine einheitliche Definition bislang nicht existiert und verschiedene Begriffe, wie beispielsweise Sprachpolitik, Sprachenpolitik, Sprachplanung oder Sprachmanagement parallel verwendet werden (vgl. Marten, 2016, S. 15). Daneben erschien im Jahr 2003 das Buch „Sprachenpolitik in Österreich: eine Bestandsaufnahme“ von Brigitta Busch, indem sie unzählige Definitionen von Sprach(en)politik von verschiedensten Autor:innen bietet (vgl. Busch, 2003, S. 11-15). In dem Buchkapitel „Sprachenpolitik und das Lehren und Lernen fremder Sprachen“ von Herbert Christ definiert er nicht nur den Begriff „Sprachenpolitik“, sondern nennt auch ihre Agierenden und Aktionsfelder sowie ihre Ziele und Wirkungen. Zusätzlich vergleicht er diesen Terminus mit dem der Schulsprachenpolitik und diskutiert über ihre Kontroversen (vgl. Christ, 2003, S. 102-106).

In dem Buch „Language policy“ aus dem Jahr 2004 beschreibt Bernard Spolsky, wie Sprachpolitik in alltäglichen und institutionellen Entscheidungen sichtbar wird, besonders in Situationen, in denen Sprachkenntnisse über den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen oder Rechten entscheiden. Auf der ersten Seite nennt der Autor als Beispiel eine Frau türkischer Herkunft, der in Hannover wegen fehlender Deutschkenntnisse eine Herztransplantation verweigert wurde. Zudem verweist er auf sprachpolitische Maßnahmen im öffentlichen Raum, wie z.B. mehrsprachige Straßenschilder. In Jerusalem spiegeln die dreisprachigen Schilder (Englisch, Arabisch, Hebräisch) die politische Geschichte der Stadt wider, während andere israelische Städte nur zweisprachige Schilder haben. Nach gerichtlichen Auseinandersetzungen wurde entschieden, dass in Städten mit gemischter jüdisch-arabischer Bevölkerung auch Arabisch aufgenommen werden muss. Er definiert den Begriff Sprachenpolitik in seinem Werk jedoch im Sinne des englischen Begriffs *language policy* (vgl. Spolsky, 2004, S. 1-11).

Zur Sprachenpolitik in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien schreibt Ksenija Cvetković-Sander ein Buch mit dem Titel „Sprachpolitik und nationale Identität im sozialistischen Jugoslawien (1945-1991): Serbokroatisch, Albanisch, Makedonisch und Slowenisch“. Darin gibt sie nicht nur einen historischen Überblick zur Sprache und den Nationbildungsprozessen, sondern beschreibt auch die Debatten über Sprache und Sprachpolitik, welche sich während der Zeit Jugoslawiens ergaben. Zusätzlich werden Erkenntnisse über die Sprache der Albaner:innen, Bosniak:innen, Kroat:innen, Serb:innen, Makedonier:innen und Montenegriner:innen vermittelt. Erwähnenswert für diese Masterarbeit

ist die Thematik der albanischen Sprache im Kosovo und des albanischen Sprachstandards im Kosovo nach 1981. Dadurch, dass die Autorin ihre Quellen angibt, sind im Quellenverzeichnis dutzende relevante und wichtige Werke zu finden, die Themen wie Sprache und Politik im ehemaligen Jugoslawien sowie in den Nachfolgestaaten behandeln (vgl. Cvetković-Sander, 2011).

Um das Thema Sprachenpolitik und Sprachplanung im ehemaligen Jugoslawien geht es auch in folgenden englischsprachigen Werken: „Language planning in Yugoslavia“ von Ranko Bugarski aus dem Jahr 1992 (vgl. Bugarski, 1992) und „Language policy in Yugoslavia with special reference to croatian“ von Branko Franolić aus dem Jahr 1998 (vgl. Franolić, 1998). Daneben schreibt Bugarski auch über die Standardsprachen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens und über Minderheiten im ehemaligen Jugoslawien und in der Provinz Vojvodina. In einem Buchkapitel schreibt Pavle Ivić über die Sprachplanung in Serbien heute, während Milorad Radovanović noch jene für Serbokroatisch behandelt. Doch in diesem Werk geht es nicht nur über Serb:innen und Kroat:innen, sondern auch um Slowen:innen und Makedonier:innen, Albaner:innen im ehemaligen Jugoslawien. Erwähnenswert ist, dass Bernhard Gröschel in seinem Buch „Das Serbokroatische zwischen Linguistik und Politik: mit einer Bibliographie zum postjugoslawischen Sprachenstreit“ den Weg der Sprache vom 19. Jahrhundert über die Zeit der Monarchie und des sozialistischen Jugoslawiens bis hin zum Zerfall nach 1991 sehr sorgfältig rekonstruiert. Dabei untersucht er besonders die Namensgebung (Glottonyme) sowie die politische Instrumentalisierung der Sprache. Daneben analysiert er, ob Serbokroatisch als eine Sprache mit mehreren nationalen Varianten gesehen werden kann und diskutiert, wie Sprachen durch gezielte Planung und Normierung ausgebaut werden, um als eigenständige Standardsprachen zu fungieren (vgl. Gröschel, 2009).

Die Untersuchung sprachlicher Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, bekannt unter dem Begriff *Linguistic Landscape* (LL), hat sich seit den 1990er-Jahren zu einem eigenständigen Forschungsfeld innerhalb der Soziolinguistik entwickelt. Als grundlegende Arbeit gilt die Studie von Rodrigue Landry und Richard Yvon Bourhis aus dem Jahr 1997, die den Terminus prägte und *Linguistic Landscape* als Indikator für ethnolinguistische Vitalität interpretierte (vgl. Landry & Bourhis, 1997). Im Jahr 2007 lieferte Peter Backhaus darauf aufbauend eine umfassende empirische Analyse urbaner Mehrsprachigkeit am Beispiel Tokios. Diese setzte methodische Standards für spätere *Linguistic Landscape*-Studien (vgl. Backhaus, 2007).

Bernard Spolskys Werk bietet einen stärker theoretisch-semiotischen Zugang. Dieser kennzeichnet öffentliche Beschilderungen als Marker nicht nur sprachlicher, sondern auch

kultureller Bedeutungen (vgl. Spolsky, 2020, S. 2). Im Jahr 2010 erweitern Elana Shohamy, Eliezer Ben-Rafael und Monica Barni diesen Ansatz, indem sie *Linguistic Landscape* im städtischen Raum als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Identitätspolitikern deuten (vgl. Shohamy, Ben-Rafael & Barni, 2010).

Im deutschsprachigen Raum existieren bislang vergleichsweise wenige Publikationen, die sich speziell mit der Sichtbarkeit einzelner Sprachgruppen befassen. So untersucht beispielsweise Helmut Fischer nicht die *Linguistic Landscape* im heutigen Sinne, sondern Flurnamen in insgesamt vier Ortsteilen in Deutschland, nämlich Blankenberg, Bülgenuel, Uckerath und Adscheid. Flurnamen, Ortsnamen oder auch Produktnamen gehören dabei zum klassischen Teilbereich der Onomastik, einem Gebiet der Sprachwissenschaft, das es bereits seit Jahrhunderten gibt. Das, was die *Linguistic Landscape* heute untersucht, ist in der Tat ein Teilbereich der Onomastik, allerdings mit modernen Methoden, etwa durch Fotografieren und systematische Erfassung von Sichtbarkeitsmustern (vgl. Glück & Rödel, 2024). Trotzdem liefert Fischers Werk einen wichtigen sprachhistorischen Beitrag zur Erschließung von Sprachlandschaft (vgl. Fischer, 1967). Bernhard Gröschel fasst demgegenüber amtlich definierte Namen(typen) unter dem Begriff Namensrecht zusammen. So gehören beispielsweise Orts- und Straßennamen (Toponyme) sowie Flurnamen zu den Choronymen (Raumnamen), die wiederum den Geonymen zugeteilt werden (vgl. Gröschel, 2009, S. 337-338; Fahlbusch, Heuser & Nübling, 2015, S. 31, 208, 239). In der *Linguistic-Landscape*-Forschung werden außerdem noch Objektnamen (Ergonyme) untersucht. Zu diesen zählen insbesondere Waren-, Unternehmens-, Institutions-, Kunstwerk- sowie Verkehrsmittelnamen. Erstere sind onomastisch betrachtet Eigennamen, unter denen Konsumgüter oder Dienstleistungen im Rahmen kommerzieller Austauschprozesse auf dem Markt angeboten werden. Sie unterscheiden sich von anderen Bezeichnungen desselben Objekts (z. B. fachsprachlichen Namen) sowie von nicht dem Verkauf dienenden Eigennamen und kennzeichnet die Ware als Gegenstand des Handels (vgl. Fahlbusch, Heuser & Nübling, 2015, S. 266-277).

Als lokales Beispiel für ein solches Migrations- und Sprachphänomen dient der unmittelbare Kontext dieser Arbeit: Über die Sichtbarkeit südslawischer Sprachen in Wien schreibt Katharina Tyran eine detaillierte Analyse, die sich vor allem auf den städtischen Raum fokussiert. Sie zeigt, wie die Spuren bosnischer, kroatischer und serbischer Sprache im Wiener Stadtbild präsent sind (vgl. Tyran, 2022). Hier lässt sich ebenfalls erkennen, dass moderne *Linguistic-Landscape*-Forschung im Kern auf lange bestehende sprachwissenschaftliche

Fragestellungen zurückgreift, jedoch neue methodische Zugänge wie systematische Fotodokumentation nutzt.

Zusammenfassend lässt sich aus dem aktuellen Forschungsstand ableiten, dass der moderne Ansatz der *Linguistic Landscape* weit über eine reine Bestandsaufnahme von Schildern hinausgeht. Er dient als Spiegelbild der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und Identitätsdiskurse. Diese theoretische und methodische Grundlage ist für die vorliegende Masterarbeit von zentraler Bedeutung, da sie das Werkzeug bereitstellt, um die visuelle Präsenz und Hierarchisierung von Sprachen im Kosovo systematisch zu entschlüsseln.

Bevor jedoch die gesammelten Fotografien empirisch analysiert werden, ist es wertvoll, die historische und sprachpolitische Dimension des Untersuchungsraumes zu betrachten. Die heutigen Sichtbarkeitsmuster im öffentlichen Raum des Kosovo sind das Ergebnis jahrzehntelanger politischer Umbrüche, weshalb zunächst die historischen Hintergründe nachvollzogen werden müssen. Das folgende Kapitel behandelt daher die Sprachenpolitik im sozialistischen und postsozialistischen Jugoslawien sowie die spezifischen Entwicklungen im Kosovo in den 1980er und 1990er-Jahren.

4. Jugoslawien von 1918 bis 1941

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs proklamierte Prinzregent Aleksandar Karađorđević am 1. Dezember 1918 die Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ (kurz Königreich SHS), das im Jahr 1929 in „Königreich Jugoslawien“ umbenannt wurde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 73; Franolić, 1988, S. 7). Von Beginn an bestanden tiefe Differenzen hinsichtlich der politischen Gestaltung des neuen Staates: Während der Südslawische Ausschuss ein föderativ aufgebautes Modell auf Grundlage der Gleichberechtigung aller südslawischen Völker anstrebte, verfolgte die serbische Regierung unter Nikola Pašić ein zentralistisches Modell, das auf eine territoriale Erweiterung Serbiens abzielte. Laut Oliver Jens Schmitt beruhte diese Staatsgründung auf einer Entscheidung des Zagreber Nationalrates, die nur schwach demokratisch legitimiert war und ohne vorherige Wahl oder Volksabstimmung zustande kam (vgl. Schmitt, 2019, S. 64). Als Konsequenz entstand ein komposites Staatsgebilde, das die administrativen und sozialen Erbschaften des osmanischen, österreichischen und ungarischen Reichs unter erheblichem Zeitdruck zusammenführen sollte, wobei viele Bevölkerungsgruppen, darunter Deutsche, Ungar:innen, Albaner:innen und Türk:innen, von Beginn an nicht in den Gründungsprozess einbezogen waren (vgl. Schmitt, 2019, S. 65). Die Machtfrage wurde somit nicht demokratisch, sondern militärisch entschieden. Die hier verankerten Konflikte zwischen zentralistischer Herrschaft und regionaler Autonomie prägten die Region langfristig und liefern wichtige Ansatzpunkte zum Verständnis der heutigen Situation sowie der anhaltenden Spannungen im Kosovo (vgl. Schmitt, 2019, S. 15–16, 65). Dafür ist es auch notwendig, die Sprachenpolitik dieser Zeit zu analysieren.

4.1 Sprachenpolitik im Königreich SHS

Die Sprachenpolitik des Königreichs diente primär als Instrument dieser zentralistischen Vereinheitlichung. Da die Regierung in Belgrad auf nationale und sprachliche Einheit bestand, wurde folgendes beschlossen: eine Sprache (Serbokroatisch-Slowenisch), eine Nationalität (jugoslawisch) und ein Staat (Jugoslawien). Das Ziel der Sprachenpolitik war es demnach, eine einheitliche jugoslawische Nation bzw. eine Einheitssprache zu schaffen. Im Zuge ihrer Einheitssprachenpolitik ignorierte sie die ethnische sowie sprachliche Vielfalt Jugoslawiens, denn sowohl Albanisch als auch Mazedonisch wurden nicht weiter berücksichtigt bzw. sogar missachtet und unterdrückt. Letzteres galt als ein Unterdialekt des Serbischen, da Mazedonien als „Südserbien“ bezeichnet wurde. Im neuen südslawischen Staat kamen somit slawische Nationen zusammen, welche zwar in ihrer Sprache verwandt waren, sich jedoch hinsichtlich ihrer Religion, Tradition und ihres sozioökonomischen und kulturellen Entwicklungsstandes

stark unterschieden (vgl. Franolić, 1988, S. 7). Besonders die Slowen:innen profitierten jedoch davon, dass Slowenisch erstmals tatsächliche Amtssprache wurde und Institutionen wie die Universität Ljubljana (1919) als Schutzschirm gegen italienische Territorialforderungen dienten (vgl. Calic, 2018, S. 88). Die drei großen Volksgruppen, Serb:innen, Kroat:innen und Slowen:innen, zeichneten sich durch ihre jeweils eigene kulturelle und literarische Tradition aus (vgl. Franolić, 1988, S. 7). Dabei bestanden massive Bildungsunterschiede: Während in Slowenien weniger als 9 % der Bevölkerung Analphabet:innen waren, lag dieser Anteil in Makedonien und Bosnien bei über 80 % (vgl. Calic, 2018, S. 91). Von ihnen wurde erwartet, dass sie die religiösen und historischen Unterschiede, welche seit tausend Jahren bestanden, nicht beachten. Außerdem wurden die Kroat:innen, denen ein starkes Nationalbewusstsein zugeschrieben wird, wie ein Volk zweiter Klasse behandelt (vgl. Franolić, 1988, S. 7). Dies äußerte sich auch ökonomisch, da die ehemals österreichisch- ungarischen Landesteile über 80 % der Steuerleistung erbrachten, während Serbien und Montenegro über 70 % der Investitionen erhielten (vgl. Calic, 2018, S. 92). Im ehemaligen Jugoslawien gab es viele verschiedene Religionen, Sprachen, Dialekte und Bräuche, was zu kulturellen Konflikten und Feindseligkeiten führte (vgl. Franolić, 1988, S. 7). Die Entstehung des neuen Staates war insbesondere durch die Bestrebungen der Serb:innen geprägt, einen zentralisierten serbischen Staat zu etablieren, sowie durch den entschiedenen Widerstand der Kroat:innen und Slowen:innen, die eine stärkere Autonomie innerhalb des Staates anstrebten. Beide dieser Volksgruppen waren überwiegend römisch-katholisch geprägt und orientierten sich politisch und kulturell stärker an westlichen Modellen als die orthodoxen Serb:innen. Die serbische politische Elite zeichnete sich durch Royalismus aus und unterstützte die Dynastie der Karađorđevićs. Gleichzeitig vertraten die Serb:innen zentralistische Positionen und lehnten jede Form eines föderalen Regierungssystems ab (vgl. Franolić, 1988, S. 7). Erst Mitte der 1920er-Jahre begann die Kommunistische Partei, diese unitaristische Fiktion anzugreifen, indem sie Serb:innen, Kroat:innen und Slowen:innen als drei verschiedene Völker anerkannte (vgl. Calic, 2018, S. 95).

„Kao Jugosloveni imamo jednu državu sa trojstvom jezičkim [...]. Kad bi neko pitao za taj jezik, gdje on postoji i gdje se govori, bilo bi i najvještijem našem filologu nemoguće odgovoriti [...].“ (Šurmin, 1936, S. 141) // „Als Jugoslawen haben wir einen Staat mit einer sprachlichen Dreifaltigkeit [...]. Wenn jemand fragen würde, wo diese Sprache existiert und wo sie gesprochen wird, wäre es auch unserem geschicktesten Philologen unmöglich, eine Antwort darauf zu geben [...].“ (Šurmin, 1936, S. 141)

Dieses Zitat von Đuro Šurmin beweist nicht nur die sprachliche und kulturelle Heterogenität des jugoslawischen Staates, sondern auch die künstliche Konstruktion einer gemeinsamen jugoslawischen Identität. Es deutet darauf hin, dass der neue Staat eine einheitliche jugoslawische Nation bilden wollte, jedoch durch eine sprachliche Dreifaltigkeit, d.h. durch das Nebeneinander verschiedener südslawischer Sprachen bzw. Sprachvarianten (Serbisch, Kroatisch, Slowenisch), geprägt war. Während das Königreich SHS auf politischer Ebene versuchte, durch eine erzwungene Zentralisierung die Fiktion einer homogenen jugoslawischen Nation und Sprache aufrechtzuerhalten, verschärften die realen sozioökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen Serben, Kroaten und Slowenen die inneren Spannungen erheblich. Diese systematische Missachtung sprachlicher und ethnischer Vielfalt betraf jedoch nicht nur die südslawischen Brudervölker, sondern führte zu einer noch gravierenderen Unterdrückung der übrigen Minderheiten im Land. Welche drastischen Auswirkungen diese Politik der Verleugnung insbesondere für die albanischen und türkischen Bevölkerungsgruppen im Süden bedeutete, wird im folgenden Kapitel 4.1.1 näher beleuchtet.

4.1.1 Die Minderheiten im Süden des Landes

Während bereits zwischen den südslawischen Bevölkerungsgruppen erhebliche politische, kulturelle und sprachliche Spannungen bestanden, verschärfte sich die Situation gegenüber den anderen Minderheiten des neuen Staates zusätzlich. Besonders die albanischen und türkischen Bevölkerungsgruppen im Süden waren von Ausgrenzung und sprachpolitischer Marginalisierung betroffen. Mit der Verfassung von 1921 setzte sich gegen den Willen der kroatischen und slowenischen Abgeordneten das zentralistische Staatskonzept der serbisch dominierten Regierung durch. Das neu gegründete Königreich SHS bezeichnete sich als einheitlicher Staat einer „dreinamigen Nation“, welche aus den drei Stämmen der Serb:innen, Kroat:innen und Slowen:innen besteht, die durch die gemeinsame serbokroatisch-slowenische Kunstsprache (srpsko-hrvatsko-slovenački) verbunden sein sollten. Nicht nur diese Titularnation, sondern auch die Existenz nationaler Minderheiten wurde in der Verfassung anerkannt. Obwohl sich das Königreich im Friedensvertrag von Saint-Germain völkerrechtlich zum Schutz nationaler Minderheiten und deren Sprachen im Bildungssystem verpflichtet hatte (vgl. Reuter, 1982, S. 28), sah die Praxis im Süden des Landes völlig anders aus. Grund dafür war, dass sich die Bestimmungen lediglich auf die „neuen Länder“ bezogen und nicht auf die Territorien, welche Serbien vor dem Krieg erworben hatte (z.B. eben auf das in dieser Arbeit im Fokus stehende Kosovo). Folglich genossen Albaner:innen (laut Volkszählung 1921 439.658 Albaner:innen im Königreich SHS) und Türk:innen im Gegensatz zu den deutschen

sowie ungarischen Bevölkerungsgruppen keinerlei Minderheitenrechte (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 74; Sundhaussen, 2015, S. 281, 397). Für erstere wurde kein muttersprachlicher Schulunterricht angeboten. Es existierten weder kulturelle oder wissenschaftliche Einrichtungen, noch wurden Publikationen in albanischer Sprache veröffentlicht. Zusätzlich wurde die Einfuhr von Büchern aus Albanien verboten. Die Regierung rechtfertigte die Unterdrückung der albanischen Kultur und Sprache auf verschiedene Weise. Einerseits wurde programmatisch behauptet, dass im Süden des Landes keine nationalen Minderheiten existieren würden. Andererseits wurde auf die hohe Analphabetenrate unter der albanischsprachigen Bevölkerung (ca. 90 % im Kosovo) und den daraus resultierenden Mangel an qualifizierten Lehrkräften verwiesen. Eine weitere Erklärung war, dass die Albanischsprachigen „albanisierte Serb:innen“ seien und keine Albaner:innen. Mit dieser systematischen Ausgrenzung und der Verweigerung grundlegender Minderheitenrechte wurden bereits in dieser Phase die strukturellen Grundlagen für die tiefgreifenden ethnischen und politischen Konflikte gelegt, welche die Region bis in die Gegenwart prägen. Der mangelnde Widerstand gegen die systematische Verletzung von Minderheitenrechten erklärt sich überwiegend durch den niedrigen Bildungsstand und die sehr dünne intellektuelle Schicht innerhalb der albanischen Bevölkerung. Im Jahr 1939 waren ausschließlich 17 Albaner:innen an jugoslawischen Universitäten eingeschrieben. In der gesamten Zwischenkriegszeit schlossen nur 11 albanische Studierende ein Hochschulstudium im Königreich ab (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 74).

Die Position des Königreichs SHS, es handle sich bei den makedonischen Slaw:innen um Serb:innen, führte zwar zur Verdrängung der in bulgarischer Schriftsprache verfassten Literatur, jedoch nicht zur Unterdrückung der entstehenden literarischen Produktion in lokalen Dialekten. Diese Literatur wurde als Teil der serbischen Mundartliteratur bezeichnet. Eine zentrale Rolle bei der sprachlichen Eingliederung der mazedonischen Bevölkerung spielte der serbische Linguist Aleksandar Belić. Während die traditionelle Slawistik die mazedonischen Dialekte dem Bulgarischen zuordnete, gliederte Belić diese gezielt in das serbische Dialektsystem ein. Aleksandar Belić bezeichnete makedonischen Dialekte als „Altštokavisch“, eine Untergruppe des štokavischen Dialekts und demnach der serbokroatischen Sprache. Seine Klassifikation diente dazu, die sprachliche Nähe der Makedonier:innen zu den Serb:innen zu stärken und somit gleichzeitig die Verbindung zum Bulgarischen zu schwächen (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 75). Andere südslawische Gruppen wie die Makedonier:innen oder die bosnischen Muslim:innen wurden dabei weder politisch noch sprachlich als eigenständige Kollektive berücksichtigt. Insbesondere das Makedonische konnte im Königreich SHS keine Rolle spielen, da es erst nach dem Ersten Weltkrieg am 2. August 1944 durch den Beschluss

des ASNOM (*Antifašističko Sobra­nie za Narodno Oslobođivanje na Makedonija*) als eigenständige Volks- und Amtssprache kodifiziert wurde und die Abgrenzung zum Bulgarischen in der Zwischenkriegszeit noch nicht abgeschlossen war (vgl. Oschlies, 2007, S. 9).

4.1.2 Slowenisch im Königreich SHS

Die Sprachpolitik Jugoslawiens war von einem ständigen Wechsel zwischen zentristischen und pluralistischen Tendenzen geprägt. Einerseits zielten die Bestrebungen darauf ab, eine einheitliche Sprache zu fördern, während andererseits (später auf Grund einiger Konflikte) die Anerkennung mehrerer Sprachen angestrebt wurde. Der Ausgangspunkt war nicht die sprachliche Vielfalt des neuen Staates, sondern das Serbische beziehungsweise das im 19. Jahrhundert etablierte Serbokroatische, das de facto als zentrale staatstragende Sprache diente. Das Serbokroatische war im Königreich SHS durch konkurrierende, jedoch staatlich eingebundene Normierungsinstanzen geprägt und entwickelte sich im Kontext zentralistischer Vereinheitlichungsbestrebungen zur dominierenden staatlichen Sprache (vgl. Greenberg, 2004, S. 21). Diese Tendenzen traten während der gesamten Existenz des Staates auf, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität in den verschiedenen politischen Phasen (vgl. Franolić, 1988, S. 43).

Die Sprachsituation der Muttersprachler:innen im Königreich SHS war nicht weniger problematisch als jene der Minderheiten, weil sich das Verfassungsideologem der Dreieinigkeit nicht umsetzen ließ. Grund dafür war der Mangel an Schriften in Serbo-Kroato-Slowenisch. Die in der Frühphase propagierte „serbo-kroato-slowenische“ Sprache entsprach keiner linguistischen Realität (vgl. Gröschel, 2009, S. 116). Die Grundlage für eine sprachliche Hierarchie wurde bereits bei der Staatsgründung gelegt, indem das Königreich exklusiv als Staat der dreinamigen Nation aus Serb:innen, Kroat:innen und Slowen:innen definiert wurde (vgl. Schmitt, 2019, S. 64). Nicht-slawische Gruppen wie Deutsche, Ungar:innen, Türk:innen und Albaner:innen blieben von Anfang an von diesem Gründungsprozess ausgeschlossen, wodurch ihre Rolle in der neuen staatlichen Ordnung „völlig ungeklärt“ blieb (vgl. Schmitt, 2019, S. 65) und ihre Sprachen von Beginn an marginalisiert wurden.

Vor diesem Hintergrund ist die Stellung des Slowenischen nicht als Ausgangspunkt, sondern als Abweichung von der serbokroatisch dominierten sprachpolitischen Norm des Königreichs SHS zu verstehen. Trotz der Anstrengungen der serbischen und kroatischen Linguist:innen, ihre Sprache auf einen gemeinsamen Sprachstandard aufzuarbeiten, blieb die slowenische Sprache

als eine eigene Standardsprache und konnte sich faktisch auch nach der Gründung auch in hin zu einer Amts- und Wissenschaftssprache entwickeln. Dies beweist die Tatsache, dass slowenische Philolog:innen die Kodifizierung des Slowenischen mit einer Reihe von Neuerscheinungen fortsetzten. Die Regierung hinterfragte die Besonderheit dieser Sprache trotz des Zieles der nationalen Einheit nicht, sondern unterschied bei offiziellen Angelegenheiten zwischen „Serbokroat:innen“ und „Slowen:innen“. Im Grunde genommen erfolgte allerdings eine vollständige Slowenisierung der Verwaltung sowie des Schulwesens auf slowenischem Boden. Dadurch entstand im Jahr 1919 in Ljubljana eine Universität, an der auf Slowenisch unterrichtet wurde. Ebenso durften slowenische Abgeordnete im Belgrader Parlament ihre Muttersprache verwenden (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 75-76).

Aleksandar Belić, der vorher erwähnte Proponent der serbokroatischen Sprachpolitik, erkannte dem Slowenischen offiziell den Status einer der drei südslawischen Schriftsprachen zu. Gleichzeitig verstärkte sich aber im neu gegründeten südslawischen Staat der Einfluss des Serbokroatischen, indem es nicht nur als Armeesprache diente, sondern auch in der Verwaltung sowie in Schulen verpflichtend verwendet wurde und mit der kyrillischen Schrift verbunden war. Die slowenische Bevölkerung akzeptierte diese Sprachsituation mehr oder weniger, während dieselbe von serbischer Seite kritisiert wurde. Der serbische Schriftsteller und Literaturkritiker Milan Ćurčin lehnte die Gleichberechtigung zweier Amtssprachen ab und forderte die Slowen:innen auf, ihre Sprache zugunsten der staatlichen Einheit aufzugeben, da ihnen andernfalls politische Unterdrückung drohe. Matija Murko, der Professor für Südslawistik in Prag, widersprach dem und betonte die historische und kulturelle Verwurzelung des Slowenischen. Außerdem plädierte er für eine integrative Auslegung der jugoslawischen Idee, die auf gegenseitiger Achtung der kulturellen Vielfalt beruhen sollte. Der Rechtswissenschaftler und Mitglied der jugoslawischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 Leonid Pitamic lehnte Ćurčins Forderung ebenfalls vehement ab und bezeichnete diese als „barbarischen Akt“. Dennoch zeigten sowohl Matija Murko als auch Leonid Pitamic Bereitschaft zu Kompromissen, indem sie vorschlugen, dass sich die Slowen:innen das Serbokroatische aneignen, während Serb:innen und Kroat:innen Grundkenntnisse des Slowenischen erwerben sollten. Zusätzlich empfahl Murko die Förderung des Personalaustauschs innerhalb der Verwaltung in Slowenien und Belgrad und Pitamic die Entwicklung einer gemeinsamen serbokroatisch-slowenischen Terminologie. Andere Slowen:innen waren damit nicht einverstanden, da sie befürchteten, dass ihre Volksgruppe „im serbokroatischen Meer“ verschwinden könnte, was auch der Literaturkritiker Josip Vidmar im Jahr 1932 in seiner Schrift *Kulturni problem slovenstva* // „Das kulturelle Problem des

Slowenentums“ behauptete. Darin argumentierte er neben dem Status des Slowenischen als voll entwickelte Schriftsprache auch mit einer biologistischen Nationsauffassung. Nach dieser seien Sprache und Nation organische, grundsätzlich unveränderliche Gebilde, die durch die Einwirkung der Natur entstehen und sich somit menschlichem Bewusstsein und aktiver Sprachplanung entziehen. Vidmars Nationsverständnis wurde wiederum von anderen kritisiert, doch die Notwendigkeit des Erhalts der slowenischen Sprache blieb weitgehend unbestritten (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 76-77).

Božidar Borko, ein Übersetzer und Journalist, sah dies jedoch anders. Er betont die Wandlungsfähigkeit der slowenischen kulturellen und sprachlichen Identität und argumentiert, dass die Zukunft Sloweniens nur in enger Verbindung mit anderen südslawischen Volksgruppen und innerhalb des bestehenden jugoslawischen Staatsrahmens denkbar sei. Gleichzeitig erwähnt er, dass eine solche politische und kulturelle Integration keine Negation des slowenischen national-kulturellen Charakters bedeute, sondern dass die Sprache weiterhin aktiv bleiben würde. Unvorhersehbar ist jedoch, welche weiteren Entwicklungen die gemeinsame südslawische Gemeinschaft durchlaufen werde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 78).

4.1.3 Serbokroatisch im Königreich SHS

Obwohl die Gestaltung des Serbokroatischen ebenfalls so komplex war wie die des Slowenischen, erschien die Sprachsituation der Serb:innen und Kroat:innen im Königreich SHS zunächst weniger konflikthaft. Die gemeinsame Sprache galt oberflächlich betrachtet als Beweis nationaler Einheit, wobei gleichzeitig erwartet wurde, dass die gemeinsame Entwicklung der südslawischen Völker langfristig auch zu einer gemeinsamen Standardsprache führen würde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 78). Mit den zunehmenden politischen Spannungen zwischen zentralistischen und föderalistischen Kräften verschärften sich jedoch auch die sprachpolitischen Konflikte. Auslöser war das parlamentarische Attentat von 1928, bei dem der serbisch-zentralistische Abgeordnete Puniša Račić den kroatischen Oppositionsführer Stjepan Radić niederschoss. Infolgedessen setzte König Aleksandar Karadorđević Anfang 1929 die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und proklamierte das „Königreich Jugoslawien“. Nach der Einführung der Königsdiktatur im Jahr 1929 wurde eine zentralistische Einheitspolitik vorangetrieben und für alle staatlichen Schulen eine einheitliche Orthographie eingeführt, die in Kroatien vielfach als Ausdruck serbischer Dominanz wahrgenommen wurde. Dadurch entwickelten sich die sprachlichen Unterschiede

zwischen Belgrad und Zagreb zunehmend zu einem Politikum. Unterschiede gab es, wie auch vor dem Ersten Weltkrieg, vor allem in der Aussprache (ekavisch bzw. ijekavisch) und dem Wortschatz. Während Kroat:innen vorwiegend Lehnübersetzungen aus anderen slawischen Sprachen verwendeten, häufig nach deutschem Vorbild, griffen serbische Sprecher:innen verstärkt auf Entlehnungen aus dem Deutschen, Englischen und Französischen zurück: kro. *ljekarna*; serb. *apoteka* // „Apotheke“. Die Sprachverhältnisse in Bosnien und Herzegowina unterschieden sie sich durch spezifische lexikalische Merkmale, denn in muslimischen Schriften kamen Turzismen bzw. Orientalismen deutlich häufiger vor als in serbischen oder kroatischen. In den 1930er-Jahren verlagerte sich der Konflikt zunehmend in den sprachwissenschaftlichen Bereich, insbesondere zwischen den Zeitschriften *Naš jezik* // „unsere Sprache“ und *Hrvatski jezik* // „kroatische Sprache“, wodurch sich die nationalen Gegensätze weiter verhärteten. Während serbische Linguist:innen eine stärkere sprachliche Vereinheitlichung forderten, lehnten kroatische Philolog:innen diese Bestrebungen als Ausdruck kultureller und politischer Dominanz ab (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 79–81). Im politischen Klima der späten 1930er-Jahre veröffentlichten die kroatischen Sprachwissenschaftler Petar Guberina und Krsto Krstić ihr Werk *Razlike između hrvatskoga i srpskoga književnog jezika* (1940), eine der wichtigsten sprachpolitischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit. Darin lehnten sie die Vorstellung einer einheitlichen serbokroatischen Schriftsprache ab und argumentierten, dass die Idee des Jugoslawentums faktisch serbische Dominanz begünstige. Stattdessen plädierten sie für zwei getrennte Schriftsprachen, deren Unterschiede auf eigenständige kulturelle, politische und sprachhistorische Entwicklungen zurückzuführen seien (vgl. Guberina & Krstić, 1940, S. 18–19; Cvetković-Sander, 2011, S. 81–82). Gleichzeitig widersprachen sie serbischen linguistischen Positionen, wonach die kroatische Schriftsprache wesentlich auf den Reformen Vuk Karadžićs beruhe, und betonten die Kontinuität älterer kroatischer Schrifttraditionen (vgl. Ivšić, 1938, S. 34–35; Guberina & Krstić, 1940, S. 18–19). Kurz nach der Veröffentlichung des Werkes wurde Jugoslawien bereits in den Zweiten Weltkrieg verwickelt. Die sprachpolitischen Konflikte bzw. der Streit gingen weiter, teilweise aber dann unter anderen historischen Bedingungen (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 82).

4.2 Der Zweite Weltkrieg: Sprachpolitiken in den besetzten Gebieten

Die jugoslawische Regierung unterzeichnete den Beitritt zum Dreimächtepakt am 25. März 1941 unter dem Druck Deutschlands. Infolge eines darauffolgenden Putsches serbischer Offiziere griff das Nazideutschland das Königreich frontal an und versuchte es in seinen

Grundfesten zu zerstören. Das Ergebnis war, dass während Serbien und Nordkosovo unter deutscher Militärverwaltung die serbische Amtssprache beibehielten, in anderen Regionen die sprachliche Landschaft verändert wurde. Deutschland eroberte sowohl den nördlichen als auch den östlichen Teil Sloweniens, während der südliche Teil Sloweniens sowie einige Inseln und Küstenabschnitte Dalmatiens an Italien fielen. Die Sprache der Slowen:innen blieb dennoch weiterhin öffentlich präsent. Auf bosnischem und kroatischem Gebiet wurde als Marionette des Dritten Reiches der „Unabhängige Staat Kroatien“ ausgerufen. Die Regionen in der Provinz Vojvodina, Batschka und Baranja, welche an Ungarn grenzen, und das Murgebiet gingen an Ungarn, während der größte Teil Makedoniens sowie ein kleiner Teil im Osten Kosovos an Bulgarien zugeordnet wurden. Zum albanischen Staatsgebiet zählte nicht nur der größte Teil Kosovos, sondern auch jener Westmakedoniens. Ein italienischer Satellitenstaat entstand aus Montenegro. In den anderen Teilen Jugoslawiens veränderte sich die Sprachsituation. In den Gebieten Sloweniens, die von den Deutschen und Ungar:innen besetzt wurden, wurde Slowenisch in öffentlichem Raum verboten. Eine gegenläufige Entwicklung lässt sich im Kosovo und in Westmakedonien beobachten, wo die neuen politischen Verhältnisse von Teilen der albanischen Bevölkerung unterschiedlich bewertet wurden und teilweise als Entlastung von den bisherigen Machtstrukturen interpretiert wurden. Die italienischen Besatzungsbehörden (und ab 1943 nach deren Ablösung auch die deutschen) förderten gezielt den albanischen Nationalismus und etablierten das Albanische als zentrale Amtssprache. Dies ermöglichte erstmals einen mehr oder weniger systematischen Aufbau eines albanischsprachigen Schulwesens, die Albanisierung administrativer Strukturen sowie die Einrichtung einer eigenen Gendarmerie. Aus diesem Grund wurden alle Serb:innen und Montenegriner:innen, die sich dort in der Zwischenkriegszeit ansiedelten, vertrieben, wodurch auch deren sprachliche Präsenz beseitigt wurde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 83; Malcolm, 2002, S. 269, 305). Die serbische Sprache ging ebenso im bulgarisch besetzten Makedonien zurück, da als Amtssprache nun Bulgarisch galt (vgl. Troebst, 2007, S. 228). Außerdem wurden zahlreiche Schulen gegründet, in denen in bulgarischer Sprache unterrichtet wurde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 84). Unbeantwortet bleibt jedoch die Frage, in welchem Maß sich die slawische Bevölkerung Makedoniens in der Zwischenkriegszeit und zu Beginn des Krieges als bulgarisch bezeichnete. Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass große Teile der Bevölkerung die bulgarischen Truppen zunächst als Befreiungsmacht begrüßten. Die bulgarische Staatsführung betrachtete die makedonische Bevölkerung nicht als vollständig gleichwertige Konnationale. Zwar wurde die Stadt Ohrid symbolisch als „historische Geburtsstätte bulgarischer Kultur“ und „Jerusalem des bulgarischen Volkes“ gefeiert, zugleich aber organisierte die Regierung Abendkurse in

bulgarischer Sprache und Nationalgeschichte. Dies deutet auf ein Misstrauen gegenüber dem „Bulgarentum“ der Bevölkerung und gegenüber der Stärke ihres bulgarischen Patriotismus hin. Die makedonische Bevölkerung reagierte unterschiedlich auf die neuen Maßnahmen. Während einige Berichte der bulgarischen Behörden ein deutliches Interesse am Unterricht in bulgarischer Sprache hervorheben, lehnen ihn andere klar ab oder fordern sogar einen Unterricht in der makedonischen Sprache. Unklar bleibt, ob diese Reaktionen regional spezifisch waren oder bestimmten sozialen zuzuordnen sind. Außerdem ist bis heute ungeklärt, welche Haltung zur bulgarischen Standardsprache insgesamt überwog. Die Ablehnung des Bulgarisch-Unterrichts könnte damit zu tun haben, dass die neu eingerichteten bulgarischen Schulen kaum makedonische Lehrkräfte beschäftigten, da die Regierung ihre Sprachkenntnisse für unzureichend hielt und deshalb Lehrer:innen und Priester aus Altbulgarien einstellte. Diese Entscheidung vermittelte vielen Makedonier:innen den Eindruck, sie gälten als „rückständige Bulgar:innen“. Hinzuzufügen ist, dass die Bulgar:innen in Makedonien zunehmend wie eine dominierende Macht auftraten und dass ihre Herrschaft immer stärker der zuvor als unterdrückend empfundenen jugoslawischen ähnelte (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 84).

4.2.1 „Säuberung“ des Kroatischen im Ustascha-Staat

In Zagreb wurde im April 1941 der „Unabhängige Staat Kroatien“ (*Nezavisna Država Hrvatska* = NDH) proklamiert, welcher als deutsch-italienischer Vasallenstaat fungierte (vgl. Sundhaussen, 1995, S. 497). Der Vorsitzende der Kroatischen Bauernpartei Vladko Maček lehnte eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich ab, weshalb dieses sich an den Führer der Ustascha-Bewegung wandte. Diese seit 1929 bestehende Organisation hatte das Ziel, einen kroatischen Nationalstaat zu gründen, in dem nur das kroatische Volk herrschen sollte. Ante Pavelić, der an die Spitze des neuen Staates trat, erklärte deutlich, dass er keine eigene Außenpolitik betreiben wolle und ordnete sich somit offen den Vorgaben Deutschlands sowie Italiens unter (vgl. Sundhaussen, 1995, S. 499).

Um den Staat, in dem Serb:innen die zweitgrößte und Muslim:innen die drittgrößte Bevölkerungsgruppe stellten, ethnisch zu homogenisieren, betrieb das Regime unter Ante Pavelić die systematische Vertreibung und Ermordung von Serb:innen, Jüd:innen und Roma in Konzentrationslagern. Manche von ihnen zwang er, sich zu ihren „eigentlichen“ kroatischen Wurzeln zu bekennen. Die Muslim:innen hingegen wurden als „reinsten Teil“ der Kroat:innen bezeichnet. Das Ziel war sowohl die Schaffung eines rein kroatischen Nationalstaates als auch

die damit verbundene Auslöschung serbischer kultureller und historischer Spuren (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 84-85).

Die Sprache der Kroat:innen erklärte das Regime zum größten Heiligtum ihres Volkes, was sich nicht auf die Gegenwartssprache bezog, da diese als das Ergebnis einer systematischen, politisch motivierten Verunreinigung bezeichnet wurde. Eine Säuberung von Fremdwörtern, falschen Formen sowie fehlerhaften Sätzen sollte dazu führen, ihre ursprüngliche Form wiederherzustellen. Pavelić gründete kurz nach der Staatsgründung das „Kroatische Staatsamt für Sprache“ (*Hrvatski državni ured za jezik*). Dieses kontrollierte die Erstellung von Lehrbüchern, begutachtete Gesetzestexte und überwachte die gesamte öffentliche Sprachverwendung im NDH-Staat. Daneben betrieb es Sprachpropaganda und beriet Schriftsteller:innen und Verlage (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 85).

Das Regime setzte große Hoffnungen auf Änderungen der Orthographie, weshalb Ante Pavelić im August 1941 eine etymologische Rechtschreibung regelte, welchen er auf Kroatisch *korienski pravopis* // „etymologische Rechtsschreibung“ nannte (vgl. Samardžija, 1993, S. 33). Der Grundsatz des Sprachreformers Vuk Karadžić, dass so geschrieben werde, wie gesprochen wird, sollte nicht für die kroatische Orthographie gelten. Künftig soll sich im Geschriebenen nämlich die Wurzel des Wortes erkennen lassen, wodurch sich die Ustascha an ältere kroatische Traditionen etymologischer Orthographie anlehnten, genauer gesagt an Praktiken der Illyrer:innen sowie der Brüder Radić in der Zwischenkriegszeit. Die von Pavelić geforderte Einführung einer etymologischen Rechtschreibung stieß jedoch auf Widerstand seitens der kroatischen philologischen Elite. Anfang Juni 1941 sprachen sich Vertreter:innen des Kroatischen Staatsamts für Sprache, der Universität Zagreb und der Kroatischen Akademie der Wissenschaften und Künste geschlossen für die Beibehaltung der etablierten phonologischen Orthographie aus. Der Ausschuss, der vom Staatsamt eingesetzt wurde, legte dem Unterrichtsministerium im Dezember 1941 ein Regelwerk für eine gemäßigt etymologische Schreibweise vor, fügte diesem jedoch eine nahezu einhellig unterstützte Absichtserklärung hinzu, welche achtzehn Argumente enthielt. Die Mitglieder des Staatsamts befürchteten, eine neue Rechtschreibung werde die Analphabetenrate in die Höhe treiben und gravierende wirtschaftliche Verluste nach sich ziehen. Außerdem würde sie eine Spaltung zwischen Kroat:innen im Land und diesen im Ausland bewirken, da letztere die bisherige Schreibweise einhalten würden. Zusätzlich würde der Umstieg indirekt bedeuten, sie hätten ihre frühere Rechtschreibung und somit auch ihre Sprache von den Serb:innen übernommen, was aus ihrer Sicht nicht den historischen Tatsachen entspricht. Trotz den Bemühungen setzte das Regime

die Reform durch. So wurde am 1. Jänner 1943 die phonologische Rechtschreibung offiziell verboten. Der kroatische Philologe und Linguist Adolf Bratoljub Klaić deklarierte die etymologische Schreibweise zur kroatischen Besonderheit und entwickelte die maßgeblichen Handbücher. Daneben betrieb das Pavelić-Regime eine ausgeprägte Sprachreinigung, durch die Internationalismen und vor allem Serbismen aus dem Kroatischen entfernt werden sollten, um eine gereinigte Nationalsprache zu gewinnen. Dadurch wollten sie ein neues kroatisches Selbstbewusstsein etablieren. Ziel dieser Sprachsäuberung war nicht nur die Eigenständigkeit der kroatischen Sprache zu betonen, sondern auch jede Nähe zu anderen südslawischen Sprachen, insbesondere zur serbischen, zurückzuweisen. Adolf Bratoljub Klaić meinte, dass die kroatische Sprache weder ein Teil noch ein Dialekt einer anderen Sprache sei. Dadurch wurden sowohl frühere sprachliche Gemeinsamkeiten und Rechtschreibnormen aus Zeiten politischer Annäherung verworfen als auch historische Persönlichkeiten, wie Vuk Karadžić aus der kroatischen Sprachgeschichte ausgegrenzt, indem ihnen jede Vorbildfunktion für das Kroatische entnommen wurde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 85-87).

In der neuen Forschung kam es zu Uneinigkeiten über das Ausmaß, in dem kroatische Philolog:innen in die Sprachpolitik der Ustascha einbezogen waren. Während einige Studien die Rolle der Sprachwissenschaft marginalisieren, betonen andere ein koordiniertes Vorgehen zwischen dem Staat und der wissenschaftlichen Elite (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 87). In diesem Kontext wurden insbesondere die etymologische Rechtschreibbestrebungen sowie die willkürliche Klassifizierung bestimmter Wörter als serbische Elemente kritisiert. Dies stellte die Grundlagen der Ustascha-Sprachpolitik jedoch nicht infrage. Da offener Widerspruch angesichts der repressiven Verhältnisse kaum möglich war, schwiegen manche Wissenschaftler:innen. Die Akzeptanz dieser Sprachpolitik innerhalb der Bevölkerung war schwer zu beurteilen. Die sprachpflegerischen Ermahnungen des Kroatischen Staatsamts kurz vor dem Zusammenbruch des Regimes deuten darauf hin, dass es trotz zahlreicher Vorschriften und Verbote weiterhin Unsicherheit und Verwirrung im Sprachgebrauch gab. Die mangelnde Beherrschung der neuen Sprachnormen lässt sich mit der kurzen Dauer des Ustascha-Staates, aber auch mit der Abwendung der Bevölkerung vom Regime erklären (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 87-88).

4.2.2 Titos Widerstandsbewegung und die Sprachen

Noch zu Beginn der 1920er-Jahre sprach die Kommunistische Partei Jugoslawiens (*Komunistička partija Jugoslavije* = KPJ) von einem jugoslawischen Volk mit drei historischen

Namen (vgl. Vlačić, 1974, S. 69, 108). Unter dem Einfluss der Komintern sah sich die KPJ jedoch gezwungen, ihre Politik zu verändern, das jugoslawische Königreich als Vielvölkerstaat anzuerkennen und die nationale Frage programmatisch zu berücksichtigen. In der Folge erkannte sie die multinationale Struktur Jugoslawiens an und gründete im Jahr 1937 für Kroatien und Slowenien eigene kommunistische Parteien. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg bekannte sich die KPJ nicht nur eindeutig zum jugoslawischen Staat, sondern auch zu dessen multinationalem Charakter und dem Prinzip der Gleichberechtigung der Völker. Im Jahr 1941 wurde die Partisanenbewegung von der KPJ gegründet, die den verschiedenen Nationen Jugoslawiens politische Eigenständigkeit und Gleichberechtigung versprach. Ende November 1943 wurde auf der zweiten Tagung des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (*Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije* = AVNOJ) beschlossen, den zukünftigen Staat auf einem demokratisch-föderativen Prinzip zu gründen. Dieses Modell sollte die Gleichberechtigung der Teilrepubliken sowie den nationalen Minderheiten umfassende Rechte garantieren (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 88–90).

Zu den wichtigsten sprachpolitischen Dokumenten dieser Zeit zählt der Beschluss des AVNOJ vom 15. Jänner 1944, künftig all seine Entscheidungen in serbischer, kroatischer, slowenischer sowie makedonischer Sprache herauszugeben. Ebenso wurde in einem von Josip Broz Tito am 19. Dezember 1944 unterzeichneten Dokument festgelegt, dass auch das offizielle Amtsblatt (*Službeni list demokratske federativne Jugoslavije*) mehrsprachig erscheinen sollte. Damit markierte Tito deutlich die Abkehr vom sprachlichen Unitarismus des Vorkriegsjugoslawiens. Somit verwendeten Slowen:innen innerhalb der Widerstandsbewegung das Slowenische. Anfang Dezember 1943 erklärte Tito den slowenischen Vertreter:innen in Jajce, dass dies ebenso nach dem Krieg beibehalten werde. Die slowenischen Partisanen wollten das Prinzip der Brüderlichkeit und Einheit nicht durch sprachliche Angleichung verwirklichen, sondern verfolgten eher eine Strategie der sprachlichen Abgrenzung, was sich deutlich in der 1945 veröffentlichten Rechtschreibung zeigte. In jener wurden alle militärischen Begriffe, die während des Partisanenkampfes aus dem Serbokroatischen entnommen worden waren, mit einem Sternchen gekennzeichnet und somit als nicht-slowenisch erklärt. Für diese markierten Begriffe wurden slowenische Alternativen vorgeschlagen. Somit wurde beispielsweise für den Begriff „Landmine“ statt *nagazna mina* (kro. bzw. serb.) *mina na dotik* verwendet. Die Eigenständigkeit des Kroatischen und Serbischen wurde demnach offiziell bestätigt, das Slowenische ausdrücklich anerkannt und das Makedonische erstmals als eigenständige Sprache bezeichnet. Die Sprachenpolitik der Kroat:innen und Serb:innen blieb dennoch widersprüchlich. Während die Sprachen einerseits voneinander getrennt wurden, bezeichnete

die Bildungsabteilung des Präsidiums der kroatischen Partisanenregierung (ZAVNOH) sie andererseits weiterhin als gemeinsame Sprache. Als Bezeichnung wurde der neutrale Begriff *narodni jezik* („Volksprache“) verwendet. Gleichzeitig sollten sowohl die lateinische als auch die kyrillische Schrift berücksichtigt werden, während Autor:innen selbst entscheiden konnten, ob sie die kroatische oder serbische Orthographie verwenden wollten (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 90-91). Auch in Bosnien und Herzegowina wurde die Gleichberechtigung der serbischen und kroatischen Sprache sowie beider Schriftsysteme bestätigt. Gleichzeitig blieb jedoch unklar, wie die Muslim:innen sprachlich eingeordnet werden sollten. In schulpolitischen Dokumenten des ZAVNOBiH war deshalb sowohl von „Serbo-Kroatisch“ als auch vom Unterrichtsfach „Muttersprache“ (*maternji jezik*) die Rede (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 90–93).

Die vom AVNOJ festgelegte Gleichberechtigung der serbischen und der kroatischen Sprache sowie der beiden Schriftsysteme wurde ebenfalls von der bosnisch-herzegowinischen Partisanenregierung (ZAVNOBiH) bestätigt. Bosnien und Herzegowina wurde von der ZAVNOBiH als ein Land der Serb:innen, Kroat:innen und Muslim:innen bezeichnet, in welchem alle Bevölkerungsgruppen ihre nationale Kultur in voller Demokratie entwickeln können. Gleichzeitig sollte die traditionelle Orientierung der bosnischen Bevölkerung an externen Schutzmächten ein Ende finden, d.h. die der Kroat:innen an Kroatien, der Serb:innen an Serbien sowie jener der Muslim:innen an die Türkei oder an Österreich. Letztere wurden in den Dokumenten des ZAVNOBiH neben Serb:innen und Kroat:innen als eigene Gruppe genannt und in den öffentlichen Proklamationen gesondert angesprochen. Ob ihnen damit tatsächlich der Status einer eigenständigen Einheit zuerkannt wurde, bleibt dennoch umstritten. Dass klar umrissene Positionen und einzelne Äußerungen serbischer Parteifunktionäre fehlen, deutet darauf hin, dass innerhalb der kommunistischen Führung Skepsis gegenüber der Vorstellung überwog, die Muslim:innen als eine eigenständige nationale Gemeinschaft anzuerkennen. Der Begriff Muslim:innen wurde mehrheitlich in einem religiösen, nicht in einem nationalen Sinn verwendet. Dies zeigt sich insbesondere in den staatlichen Beschlüssen der zweiten AVNOJ-Tagung im Jahr 1943 in Jajce, denn dort wurden Serb:innen, Kroat:innen, Slowen:innen, Makedonier:innen und Montenegriner:innen als Völker des neuen jugoslawischen Staates angeführt, Muslim:innen jedoch nicht. Der Antrag eines Delegierten, „Jugoslawen-Muslim:innen“ explizit als eigene Kategorie aufzuführen, wurde abgelehnt. Stattdessen wurde der Beschluss auf Anregung des AVNOJ-Vorsitzenden Ivan Ribar so erweitert, dass das föderative Prinzip die volle Gleichberechtigung der Völker Serbiens, Kroatiens, Sloweniens, Montenegros, Makedoniens und Bosniens und Herzegowinas

garantieren solle. Nach seiner Darstellung sei diese Formulierung für die muslimischen Delegierten zufriedenstellend gewesen. Jedoch geht aus den Dokumenten des ZAVNOBiH nicht klar hervor, ob die Widerstandsbewegung die Muslim:innen sprachlich dem Kroatischen oder dem Serbischen zuordnete. Vielmehr zeigten die Unterlagen, dass die bildungspolitisch Verantwortlichen des ZAVNOBiH die im AVNOJ-Beschluss implizite Trennung zwischen kroatischer und serbischer Sprache in der praktischen Schulpolitik nicht übernahmen. Deshalb ist in Berichten zur Lage des Schulwesens und in Lehrplänen, die von dem ZAVNOBiH erarbeitet wurden, einerseits von „Serbo-Kroatisch“ (*srpsko-hrvatski*) und andererseits vom Unterrichtsfach „Muttersprache“ (*maternji jezik*) die Rede. Ob letzterer Begriff eine Lösung darstellte, um Muslim:innen weder ausdrücklich in die Sprachbezeichnungen einzubeziehen noch auszuschließen, bleibt jedoch unbeantwortet (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 92-93).

Zu einem Wendepunkt in der sprachlichen Geschichte kam es durch die KPJ kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Makedonien. Das Presseorgan des Provinzkomitees der KPJ für Makedonien *Bilten* erschien im Juli 1940, was eine sprachliche Neuerung darstellte, denn es veröffentlichte neben den Beiträgen in serbischer Sprache, die bis dahin im makedonischen Gebiet für die KPJ üblich gewesen war, ebenso Artikel in den Dialekten der makedonischen Slaw:innen. Ab der dritten Ausgabe setzten sich die makedonischen Idiome durch, wodurch *Bilten* die erste Zeitung war, die vollständig in makedonischer Sprache erschien. Während des Krieges hielten die makedonischen Kommunist:innen diese Praxis aufrecht. Zu Beginn war das verwendete Makedonisch stark dialektal geprägt. Es wurden teilweise ganze Zeitungen in peripheren Dialekten veröffentlicht. Die Auseinandersetzungen um die politische Vorherrschaft in Vardar-Makedonien (der jugoslawische Teil Makedoniens) zwischen bulgarischen und jugoslawischen kommunistischen Gruppen im Jahr 1941 spiegelten sich ebenfalls sprachlich wider. Die Komintern stellte sich hinter Titos Position, wonach die Grenzen des jugoslawischen Königreichs vor 1941 den legitimen Einflussbereich der KPJ definierten. Bereits im Jahr 1942 kontrollierte die KPJ den Großteil der kommunistischen Presse in Vardar-Makedonien. Außerdem nutzte sie diese Medien, um die Idee einer eigenständigen makedonischen Nation zu propagieren, welche in der Zukunft Teil der jugoslawischen Föderation sein sollte. Makedonisch wurde nicht nur stark vom Serbischen beeinflusst, sondern auch bulgarische Elemente blieben erhalten, insbesondere als Entlehnungen für Abstrakta. Laut Torsten Szobries lässt sich in der überregionalen Presse von 1943 eine beginnende Vereinheitlichung der makedonischen Schriftsprache erkennen. Jene sprachlichen Merkmale, welche sich in dieser Phase durchsetzten, wurden nach 1945 offiziell kodifiziert. Dazu gehören beispielsweise der maskuline Artikel *-ot*, das *Ø-Morphem* in der 3. Person Singular Präsens sowie die

Verdoppelung bestimmter Akkusativ- und Dativobjekte. Er vermutete, dass die neue Schriftsprache von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wurde. Doch wie weit sich die makedonische Nation und Sprache nach dem Kriegsende territorial und politisch ausdehnen sollten, blieb zunächst unklar. In unterschiedlichen Proklamationen deutete die KPJ die Möglichkeit einer Vereinbarung Vardar-Makedoniens mit den bulgarischen sowie griechischen Teilen des historischen Makedoniens an. Gelegentlich wurden sogar weitreichende Zusammenschlüsse des makedonischen Volkes angekündigt beispielsweise mit Bulgarien oder weiteren Balkanvölkern (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 93-94).

4.3 Die Situation in der SFRJ (1945-1992)

Mit der Verfassung von 1946 wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawien aus sechs Teilrepubliken konstituiert, wobei innerhalb der serbischen Republik der Vojvodina und „Kosovo-Metohija“ ein autonomer Status zugesprochen wurde. Der Staat verstand sich als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Die kommunistische Führung unter Tito ging davon aus, dass die nationale Frage durch den gemeinsamen Befreiungskampf und die föderale Struktur gelöst sei. Trotz föderaler Verfassung entwickelte sich das politische System zentralistisch, da Tito die Macht stark bündelte. Nach dem Bruch mit der Sowjetunion 1948 vollzog die KPJ eine endgültige ideologische Abkehr und entwickelte einen eigenständigen jugoslawischen Weg zum Sozialismus, basierend auf Arbeiterselbstverwaltung und Blockfreiheit (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 96-97). Im Jahr 1952 benannte sich die Partei in Bund der Kommunisten Jugoslawiens (SKJ) um, um nicht mehr direkt zu herrschen, sondern durch politische Überzeugung zu wirken. In der Nationalitätenpolitik zeigte sich zunächst keine grundlegende Wende; die Parteiführung erwartete, dass nationale Konflikte an Bedeutung verlieren würden, doch Spannungen blieben bestehen. Mitte der 1950er-Jahre konkurrierten zwei Modelle: eine einheitliche jugoslawische Nation oder die Beibehaltung der föderalen Struktur. Die Umbenennung der KPJ unterstrich symbolisch den programmatischen Bruch mit dem stalinistischen Parteiverständnis (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 97-99).

In der innerparteilichen Debatte über die nationale Frage standen sich in den 1950er-Jahren unterschiedliche Auffassungen gegenüber. Petar Stambolić, Vorsitzender des serbischen Parlaments und Mitglied der Ideologiekommision des Zentralkomitees des SKJ, sprach sich für eine stärkere politische sowie kulturelle Integration Jugoslawiens aus und plädierte dafür, Belgrad als politisches und kulturelles Zentrum zu festigen. Zugleich warnte er jedoch davor,

die nationale Frage zu dramatisieren, und forderte ein vorsichtiges, schrittweises Vorgehen. Demgegenüber formulierte Edvard Kardelj eine deutlich föderalistischere Position. In der Neuauflage seines Werkes zur slowenischen Nationalfrage (1957/58) erklärte er die nationale Frage im sozialistischen Jugoslawien grundsätzlich für gelöst, verwies jedoch auf fortbestehende Gefahren: bürgerlichen Nationalismus, wirtschaftliche Ungleichgewichte sowie insbesondere bürokratisch-zentralistische Tendenzen, die er mit großserbischen Bestrebungen verband. Eine sozialistische Einheit dürfe seiner Auffassung nach nicht zur Assimilation führen oder nationale Unterschiede eibebnen. Dauerhafte „Brüderlichkeit und Einheit“ könne nur auf der Anerkennung nationaler Individualität und Gleichberechtigung beruhen. Das jugoslawische Gemeinwesen sollte sich daher nicht aus ethnischer Homogenität, sondern aus einem gemeinsamen sozialistischen Bewusstsein speisen: die Entwicklung nationaler Sprachen betrachtete er als legitimen Bestandteil dieses Projekts. Kardeljs Position hatte erhebliches politisches Gewicht, da er zu den führenden Ideologen und Entscheidungsträgern des Staates gehörte. Dennoch zeigte sich innerhalb des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (SKJ) eine erhebliche Unsicherheit im Umgang mit der nationalen Frage. Berichte parteiinterner Gremien belegen, dass viele Funktionäre das offizielle Konzept missverstanden hatten. Insbesondere unter jüngeren Kadern wurde das „Jugoslawentum“ teils als Prozess der Herausbildung einer einheitlichen Nation interpretiert oder sogar die Anerkennung einer jugoslawischen Nationalität gefordert. Solche Vorstellungen standen jedoch im Widerspruch zur offiziellen Linie, die auf der Koexistenz autonomer und gleichberechtigter Nationen innerhalb eines föderalen sozialistischen Staates beruhte (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 98-101).

In den 1960er-Jahren trat die nationale Frage in Jugoslawien erneut offen zutage. Besonders deutlich zeigte sich dies im Konflikt zwischen dem serbischen Schriftsteller Dobrica Ćosić und dem slowenischen Literaturhistoriker Dušan Pirjevec, in dem Ćosić vor einem „Nationalismus mit rotem Stern“ warnte und jegliche ethnische Abgrenzung als Widerspruch zum sozialistischen Internationalismus verurteilte. Die Republiken und selbst der jugoslawische Staat seien lediglich Übergangsformen auf dem Weg zu einer weitergehenden sozialistischen Integration. Pirjevec widersprach dieser Sichtweise grundlegend. Zwar teilte er die marxistische Vorstellung vom langfristigen „Absterben“ staatlicher Strukturen, betrachtete jedoch die Republiken als historisch gewachsene und stabile nationale Organismen. Nationale Identität sei ein konstitutives Element menschlicher Existenz und gewinne im Sozialismus eher an Bedeutung. Sozialismus bedeute daher nicht nationale Angleichung, sondern biete den Rahmen für die freie Entwicklung gleichberechtigter Nationen. Tito selbst bezog zu Beginn der 1960er-Jahre eine neue Position. Er forderte zwar eine stärkere wirtschaftliche und kulturelle

Integration, lehnte jedoch die Aufhebung der Republikgrenzen ab und warnte vor separatistischen Kulturpolitiken. Auf dem achten Kongress des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens 1964 wurde schließlich offiziell anerkannt, dass die nationale Frage keineswegs gelöst war. Führende Ideologen wie Kardelj, Vlahović und Tito betonten nun ausdrücklich die Gleichberechtigung der Nationen, das Prinzip der freiwilligen Vereinigung und sogar das Recht auf Abspaltung. Vorstellungen, Nationen würden im Sozialismus automatisch verschwinden, wurden als Ausdruck zentralistischer und assimilatorischer Tendenzen zurückgewiesen. Damit erfuhr sowohl das Konzept der Nation als auch die föderale, multinationale Struktur Jugoslawiens eine deutliche politische Aufwertung (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 101-102). Zudem setzte die Parteiführung in den Jahren 1964 und 1965 eine Reihe von wirtschaftlichen Reformen um, die darauf abzielten, staatliche Kontrolle zurückzudrängen, den Betrieben mehr Autonomie zu gewähren und freie Marktbeziehungen zu etablieren. Kardelj und sein liberaler Flügel waren die Träger dieser Reformen, welche sich gegen den zentralistischen, reformfeindlichen Kreis um den Chef der Staatssicherheit, Aleksandar Ranković, durchsetzten. Die offizielle Entmachtung Rankovićs im Juli 1966 wegen des Vorwurfs der Fraktionsbildung und Behinderung der Selbstverwaltung markierte das definitive Ende dieses zentralistischen Kurses und leitete eine umfassende Dezentralisierung ein. Er eröffnete den Weg für eine umfassende Dezentralisierung und die Stärkung der Kompetenzen der einzelnen Republiken, was die föderale Struktur Jugoslawiens nachhaltig prägte (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 102).

4.3.1 Sprachenpolitische Unbestimmtheit in der SFRJ: Serbisch, Kroatisch oder Serbokroatisch?

Die Bundesverfassung Jugoslawiens von 1946 garantierte zwar die Gleichberechtigung der Sprachen, ließ jedoch offen, ob Serbisch und Kroatisch als eigenständige Sprachen oder als Varianten einer gemeinsamen serbokroatischen Sprache zu verstehen seien. Auch die Teilrepubliken verwendeten unterschiedliche amtliche Sprachbezeichnungen, wodurch eine sprachpolitische Unbestimmtheit bestehen blieb. In den ersten Nachkriegsjahren stand die Sprachfrage jedoch nicht im Mittelpunkt der kommunistischen Politik, da zunächst der Konflikt mit Stalin und der Aufbau eines eigenständigen sozialistischen Systems im Vordergrund standen (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 103). Besonders in Kroatien blieb die Sprachpolitik durch das Erbe des Ustascha-Staates belastet, dessen nationalistische Sprachpolitik nach 1945 bewusst tabuisiert wurde (vgl. Samardžija, 1993, S. 13–16; Gröschel, 2009, S. 18–19). Gleichzeitig zeigte sich gerade in Kroatien eine große Unsicherheit hinsichtlich der

Sprachbezeichnungen, da Namen wie „Kroatisch“, „Serbisch“ oder „Serbokroatisch“ jeweils politische Positionierungen implizierten (vgl. Gröschel, 2009, S. 33). In den wechselnden Bezeichnungen des Zagreber Sprachlehrstuhls zwischen 1945 und 1951 zeigt sich dies exemplarisch. In den Protokollen des Fakultätsrats können sowohl die Form „kroatische Sprache“ als auch später „kroatische oder serbische Sprache“ sowie „kroato-serbische Sprache“ entdeckt werden. Außerdem orientierten sich ebenfalls einige philologische Werke an dieser wechselhaften Sprachpolitik. So erschien die neunte und zehnte Auflage (1947 bzw. 1951) der in der Zwischenkriegszeit etablierten Rechtschreibung von Dragutin Boranić unter dem Titel *Pravopis hrvatskoga ili srpskoga jezika* // „Rechtschreibung der kroatischen oder serbischen Sprache“. Bei der Gründung der Zeitschrift *Jezik* // „Sprache“ zeigten sich im Jahr 1952 ähnliche Unsicherheiten bei der Kroatischen Philologischen Gesellschaft (*Hrvatsko filološko društvo*). Die Redaktion war uneins darüber, ob die Zeitschrift die zweisprachige Formel *Časopis za kulturu hrvatskoga ili srpskoga jezika* // „Zeitschrift für die Kultur der kroatischen oder serbischen Sprache“ oder die eindeutig kroatische Bezeichnung *Časopis za kulturu hrvatskoga književnog jezika* // „Zeitschrift für die Kultur der kroatischen Schriftsprache“ tragen sollte. Die Entscheidung fiel auf die letztere Variante, da laut Ljudevik Jonke (einem bekannten kroatischen Slawisten) die serbische Akademie in Belgrad die gemeinsame Sprache zunehmend nur als „serbisch“ bezeichnete. In den ersten Jahren der SFRJ existierten abgesehen vom Marxismus keine eindeutigen parteilichen Richtlinien für die kroatische Sprachwissenschaft. Die staatliche Nationalitätenpolitik bot den kroatischen Philolog:innen keine Orientierung, sondern verschärfte ihre Unsicherheit. Vor allem in Kroatien, wo die Verbrechen des Ustascha-Regimes die Beziehungen zwischen Serb:innen und Kroat:innen stark belasteten, fanden Ende der 1940er und Anfang der 1950er-Jahre politische Säuberungen innerhalb der nationalitätenpolitischen Führungsschichten statt. Die Parteiführung versuchte gleichzeitig, nationale Differenzen zu verschleiern. Tito entließ im Rahmen der Abrechnung mit vermeintlichen Stalinisten den einflussreichen Kroaten Andrija Hebrang sowie die führenden serbischen Politiker in Kroatien Stanko Opačić Canica, Dušan Brkić und Rade Žigić. Hebrang, der bereits während des Krieges des kroatischen Nationalismus beschuldigt worden war, wurde nach 1945 schrittweise aus allen Ämtern entfernt, 1948 inhaftiert und vermutlich 1949 im Gefängnis ermordet. Die drei serbischen Politiker wurden 1950 verhaftet und auf die Strafinsel Goli otok deportiert, nachdem es in mehrheitlich serbisch besiedelten Regionen Kroatiens zu bäuerlichen Protesten gegen die Wirtschaftspolitik gekommen war (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 103-105).

In der unmittelbaren Nachkriegszeit in Kroatien wurden jene serbischen Institutionen aufgelöst oder stark marginalisiert, die während des Zweiten Weltkriegs und kurz danach zur politischen und kulturellen Gleichberechtigung der serbischen Bevölkerung gegründet worden waren. Ein zentrales Beispiel stellt der am 29. und 30. September 1945 in Zagreb veranstaltete Kongress der Serb:innen in Kroatien dar, der rund 30.000 Teilnehmende anzog. Der Hauptausschuss der Serb:innen in Kroatien, der aus diesem Ereignis hervorging, beschloss eine Resolution, die als ersten Punkt die Wahrung der Einheit des serbischen Volkes im politischen und kulturellen Bereich forderte. Dabei wurden die innerjugoslawischen Republiksgrenzen symbolisch als „Brücken“ zur Verbindung aller Serb:innen definiert. Trotz der Ankündigung des Kongresses als Start einer regelmäßigen Veranstaltungsreihe wurde er nie wieder einberufen. Zudem nahm die Bedeutung weiterer serbischer Organisationen ab. Der im Jahr 1943 gegründete Serbische Klub beim kroatischen Antifaschistischen Rat ZAVNOH beendete nach dem Krieg schrittweise seine Aktivitäten. Der 1944 entstandene serbische Kulturverein *Prosvjeta* // „Bildung“ blieb zwar formal bestehen, erfüllte jedoch nicht seine vorgesehene Funktion als Institution zur Förderung serbischer Kultur. Er diente stattdessen immer mehr als Werkzeug zur Durchführung staatlicher Kollektivierungsmaßnahmen auf dem Land (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 105).

Die kroatische Parteiführung äußerte sich nicht zur Sprachfrage, doch innerparteiliche Einigkeit bestand nicht. 1952 eskalierten diese Meinungsverschiedenheiten in einem Streit in der Parteizeitschrift *Naprijed*. So diffamierte ein anonymes Artikel die Mitarbeiter:innen des Lexikographischen Instituts unter Miroslav Krleža als Ustascha, darunter insbesondere Krsto Krstić und Petar Guberina aufgrund ihrer früheren Arbeiten zu den serbokroatischen Sprachunterschieden (siehe Kap. 4.1.3). Der anonyme Autor bezeichnete ihr gemeinsames Werk von 1940 dabei als „Ustascha-Wörterbuch“. In der folgenden Ausgabe reagierte Krleža auf diese Angriffe und verteidigte die beiden Forscher: Er betonte, dass Unterschiede zwischen der kroatischen und serbischen Schriftsprache tatsächlich existierten, und verwies darauf, dass das Werk laut einer Aussage Guberinas sogar von der KPJ gefördert worden war. Zum Beweis zog Krleža zudem die Parteizeitung *Borba* heran, deren kroatische Ausgabe tagtäglich genau nach den sprachlichen Anweisungen von Krstić und Guberina veröffentlicht wurde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 105).

Während in Belgrad zunehmend die Vorstellung einer gemeinsamen serbokroatischen Standardsprache dominierte, blieb die kroatische Sprachwissenschaft deutlich zurückhaltender. Eine zentrale Rolle spielte dabei Aleksandar Belić, der die sprachliche Einheit von Serb:innen und Kroat:innen als historisch gegeben betrachtete und unter den politischen Bedingungen des

sozialistischen Jugoslawiens als endgültig verwirklicht ansah. Mit seiner 1950 veröffentlichten Rechtschreibung des Serbokroatischen knüpfte er an unitaristische Positionen aus der Zwischenkriegszeit an und betonte die zentrale Bedeutung Vuk Karadžićs für die gemeinsame Schriftsprache. Ein sprachlicher Leitfaden des serbischen Philologen Miodrag S. Lalević (1953) zeigte, wie die Forderung nach sprachlicher Einheit als Bevorzugung der serbischen Varietät interpretiert werden konnte. Er erklärte mehrere phonologische, morphologische und lexikalische Merkmale des kroatischen schriftsprachlichen Gebrauchs als nicht normgerecht im Serbokroatischen, was der kroatische Slawist Ljudevit Jonke scharf kritisierte. Lalevićs Empfehlungen wären dann nachvollziehbar, wenn sie ausschließlich an ein serbisches Lesepublikum gerichtet wären. Wer jedoch, wie Lalević, von einer gemeinsamen Schriftsprache für Serb:innen und Kroat:innen ausgeht, muss auch beide literarischen Traditionen gleichwertig berücksichtigen. Daher müsse anerkannt werden, dass Formen wie *sretan* und *srećan* // „glücklich“, *krumpir* und *krompir* // „Kartoffel“, *historija* und *istorija* (sowie *povijest*) // „Geschichte“ gleichermaßen zulässig seien. Bereits 1953 begann die Kroatische Philologische Gesellschaft mit der Entwicklung einer eigenen kroatischen Orthographie und Grammatik. Ende 1954 wurde die Orthographie fertiggestellt, aber die kroatischen Bildungsbehörden lehnten eine Veröffentlichung ab. Sie verwiesen auf das anstehende Treffen kroatischer und serbischer Sprachwissenschaftler:innen in Novi Sad und empfahlen, ein orthographisches Handbuch erst in Zusammenarbeit mit den serbischen Kolleg:innen auszuarbeiten (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 106-107).

4.3.1.1 Novosadski Dogovor 1954

Bei der Vereinbarung in Novi Sad (*Novosadski Dogovor*), die einen Meilenstein in der Sprachgeschichte der Serb:innen und Kroat:innen kennzeichnete, wurde am 10. Dezember 1954 ein Dokument erstellt, mit dem Titel „Zaključke“, auf Deutsch „Schlussfolgerungen“. Es besteht aus insgesamt zehn sprachpolitischen Grundsätzen, die von achtzehn serbischen und sieben kroatischen Schriftstellern und Sprachwissenschaftlern formuliert wurden. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass an den Verhandlungen zu diesem Abkommen ausschließlich Männer mitwirkten. Die Vereinbarung legt die Aufgaben einer gemeinsamen Sprachpolitik fest, um standardsprachliche Fragen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Serbien und Montenegro zu regeln. Die ersten vier Grundsätze sind die relevantesten, da sie die sprachliche Substanz explizit definieren (vgl. Wingender & Müller, 2013, S. 211).

1. Narodni jezik Srba, Hrvata i Crnogorčaca jedan je jezik. Stoga je i književni jezik koji se razvio na njegovoj osnovi oko dva glavna središta, Beograda i Zagreba, jedinstven, sa dva izgovora, ijekavskim i ekavskim. (Zabarah, 2008, S. 116) // Die Volkssprache der Serben, Kroaten und Montenegriner ist eine Sprache. Daher ist auch die Schriftsprache, die sich auf ihrer Grundlage um zwei Zentren, Belgrad und Zagreb, entwickelt hat, einheitlich, mit zwei Aussprachen, der ijekavischen und der ekavischen. (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 114)
2. U nazivu jezika nužno je uvek u službenoj upotrebi istaći oba njegova sastavna dela. // Bei der Bezeichnung der Sprache ist es notwendig, im offiziellen Gebrauch immer ihre beiden Bestandteile (gemeint: Aussprache) hervorzuheben.
3. Oba pisma, latinica i ćirilica, ravnopravna su; zato treba nastojati da i Srbi i Hrvati podjednako nauče oba pisma, što će se postići u prvom redu školskom nastavom. // Beide Schriften, die lateinische und die kyrillische, sind gleichberechtigt; deshalb muss man sich darum bemühen, dass Serben und Kroaten beide Schriften erlernen, was in erster Linie durch den Schulunterricht zu erreichen sein wird.
4. Oba izgovora, ekavski i ijekavski, takođe su svemu ravnopravna. // Auch die beiden Aussprachen, die ekavische und die ijekavische, sind in allem gleichberechtigt.

Es wurde demnach beschlossen, dass die Sprache der Serb:innen, Kroat:innen und Montenegriner:innen als eine gemeinsame bezeichnet wird (1.). In der Vereinbarung von Novi Sad, in der die Sprache der Bosnier:innen bzw. die Bosnier:innen selbst gar nicht erwähnt werden, manifestiert sich eine serbokroatische Sprachpolitik. Auffallend ist, dass die Rede von nur zwei Ausspracheformen ist, nämlich ijekavisch und ekavisch (2.). Außerdem waren beide Schriftarten (Latinica und Kyrilliza) gleichwertig und wurden sowohl den Serb:innen als auch den Kroat:innen schon in den Volksschulen beigebracht (3.). Zusätzlich wurde festgeschrieben, dass ein Wörterbuch der damaligen serbokroatischen Sprache sowie eine einheitliche Terminologie für alle Bereiche der Wirtschaft, Wissenschaft und des kulturellen Lebens erforderlich seien. Im siebten Grundsatz wird beschlossen, dass eine gemeinsame Sprache eine gemeinsame Rechtschreibung haben soll. Aus diesem Grund sei deren Erarbeitung ein höchst dringendes kulturelles und gesellschaftliches Bedürfnis (vgl. Wingender, 2013, S. 211).

Die Bedeutung dieser Vereinbarung wird unterschiedlich interpretiert. Während der bosnische Serbe Miloš Okuka die Versammlung als offenen und konstruktiven Meinungsaustausch bezeichnet, bei welchem ein versöhnlicher Ton geherrscht habe und eine Annäherung der Positionen sichtbar geworden sei, sieht der Politikwissenschaftler Steven L. Burg darin einen

von der kommunistischen Führung erzwungenen „Waffenstillstand“ zwischen zwei kulturellen Gemeinschaften (vgl. Burg, 1983, S. 26). Heute wird in Serbien vor allem die Autonomie und Entscheidungsfreiheit der beteiligten Philologen und Schriftsteller hervorgehoben. Viele kroatische Sprachwissenschaftler:innen und Historiker:innen sind jedoch davon überzeugt, dass nicht nur die Einberufung des Treffens, sondern auch die erwarteten Ergebnisse von der höchsten Parteiführung vorgegeben wurden. Der Linguist August Kovačec interpretiert das Abkommen von Novi Sad sogar als ein „politisch-polizeiliches Projekt der Partei“, welches mittels „Einschüchterung und Gewalt“ durchgesetzt wurde (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 107-108).

Unterschrieben wurde die Vereinbarung von Novi Sad von Ivo Andrić, Miloš Hadžić, Josip Hamm, Miloš Đurić, Ljudevit Jonke und ungefähr zwanzig weiteren Professoren, Schriftstellern und Akademikern (vgl. Zabarah, 2008, S. 116- 117).

4.3.1.1.1 Die Umfrage von *Letopis Matice srpske* vor der Tagung in Novi Sad

Den Ausgangspunkt der Vereinbarung von Novi Sad bildete ein Aufruf an serbische und kroatische Schriftsteller:innen, Wissenschaftler:innen und Politiker:innen, welcher in der Zeitschrift *Letopis Matice srpske* im September 1953 veröffentlicht wurde. Ziel war es, deren Bewertungen des Zustands der serbokroatischen Sprache und ihrer Rechtschreibung zu erfragen. Die Redaktion wies auf klare Neigungen zur sprachlichen Spaltung hin und stellte die Frage, welche Entwicklungen zur Annäherung beitrugen und welche zu einer Trennung führten. Es wurde dabei ausdrücklich betont, dass die Sprachfrage gesellschaftlich sowie politisch von Bedeutung ist. Obwohl sie neutral erscheinen wollte, erkannte man, dass die Redaktion Bemühungen, die Unterschiede zwischen serbischen und kroatischen Sprachformen zu verringern, unterstütze. Ein Kommentar im Belgrader Magazin *NIN* ging noch weiter, da dieser eine aktive Herstellung der Einheitlichkeit forderte. Kroat:innen sollten die ekavische Aussprache übernehmen, während die Serb:innen hingegen auf die kyrillische Schrift verzichten sollten. Ziel war es, dass die ekavische Aussprache sowie die lateinische Schrift zur Norm werden, was in der Umfrage nicht unterstützt wurde. Nur eine von 110 befragten Personen war damit vollständig einverstanden. Im Grunde genommen hatte zwar niemand Zweifel daran, dass Serb:innen und Kroat:innen eine gemeinsame Sprache teilten, jedoch sahen einige einen Reformbedarf (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 108-109).

Mehr Unterstützer:innen konkreter Vereinheitlichungsmaßnahmen zeigten sich auf serbischer Seite. Der Slawist Miloš Moskovljević sprach sich offen für politische Maßnahmen aus, um die sprachliche „Unordnung“ zu beheben. Er wies auf die Vielzahl unterschiedlicher Schreibweisen, Aussprachen und Bezeichnungen für die gleiche Sprache hin. Viele serbische Teilnehmer:innen äußerten ebenfalls häufig die Meinung, das Ekavische als verbindliche Aussprache einzuführen. Sie argumentierten mit der größeren Anzahl von ekavischen Sprecher:innen sowie der Ähnlichkeit zwischen den makedonischen und slowenischen Standardsprachen und dem Ekavischen. Es wurde kaum in Betracht gezogen, auf die kyrillische Schrift zu verzichten (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 109).

Die Mehrheit der kroatischen Wissenschaftler:innen und Schriftsteller:innen sprach sich jedoch gegen eine verpflichtende Vereinheitlichung aus. Laut dem Zagreber Slawisten Josip Hamm werde die ijekavische Schreibweise von ungefähr sechs Millionen Personen verwendet, weshalb sie nicht zurückgedrängt werden könne. In einem föderativen Staat könne sich die Sprachform der Hauptstadt, Belgrad, nicht automatisch zur maßgeblichen Form werden. Die meisten Kroat:innen, die befragt wurden, waren zwar für eine Zusammenarbeit bei Rechtschreibung und wissenschaftlicher Terminologie, doch gegen Angleichungen bei der Aussprache und dem Alphabet. Einige Personen, darunter auch der Zagreber Literaturwissenschaftler Josip Badalić, betonten grundsätzliche Einwände gegen planmäßige Eingriffe, solange keine Einigkeit über die Diagnose gegeben sei. Eingriffe wurden von Ljudevit Jonke als Gewalt und Ungerechtigkeit kritisiert. Zusätzlich behauptete er, dass Kroat:innen und Serb:innen als unterschiedliche Völker im Verlauf der Moderne jeweils eigene Typen von Schriftsprache entwickelt hätten, welche historisch legitim seien. Eine erzwungene Vereinheitlichung würde diese organische Entwicklung stören. Außerdem betonte er gleichzeitig, dass seine Auffassung mit den Grundsätzen der jugoslawischen Revolution in Einklang stehe. Die Völker Jugoslawiens sollten sich annähern, doch zugleich das Recht haben, ihre sprachlichen Besonderheiten frei zu pflegen. Von Bedeutung sei dabei die Anerkennung, dass es sich um „eine Sprache mit mehreren Ausprägungen“ handeln würde, deren Gebrauch allen Sprechenden freistehen müsse (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 109-110).

Die Sprache der Bosniak:innen, Kroat:innen, Montenegriner:innen und Serb:innen diene unter der Bezeichnung „Serbokroatisch“ als verbindender Faktor besonders von 1918 bis 1941 und von 1945 bis 1991, also bis zum Zerfall Jugoslawiens (vgl. Tripunovski, 2018).

Nach dem Zerfall Jugoslawiens erlebten die Nachfolgestaaten sowohl politische und territoriale Umbrüche als auch eine tiefgreifende sprachliche Fragmentierung, denn der damalige

gemeinsame serbokroatische Sprachraum wurde in nationale Varietäten aufgeteilt, welche heutzutage als Bosnisch, Kroatisch, Montenegrinisch und Serbisch bekannt sind. Ihre sprachliche Einheit wird aus politischen Gründen bestritten, obwohl sie laut dem Linguisten Ranko Bugarski zu über 90 % identisch sind. Außerdem behaupten heute ungefähr 17 Millionen Menschen, dass sie verschiedene Sprachen sprechen. Tatsächlich lässt sich nicht behaupten, dass die Sprachen völlig identisch sind, da sie sich beispielsweise darin unterscheiden, dass Serbisch ekavisch gesprochen wird, Bosnisch ijekavisch und Kroatisch ebenfalls ijekavisch und zusätzlich ikavisch. Hinzuzufügen ist auch, dass in Serbien hauptsächlich die kyrillische Schrift verwendet wird, während in Bosnien und Herzegowina und in Kroatien das lateinische Schriftsystem dominiert. Besonders in Kroatien fand eine bewusste sprachliche Reinigung statt, indem sie Neologismen und alte lateinische Begriffe einführten. Ziel war es, sich von den übrigen südslawischen Sprachen deutlich zu unterscheiden. So ersetzten sie beispielsweise Wörter wie *avion* durch *zrakoplov* // „Flugzeug“ oder *fudbal* durch *nogomet* // „Fußball“ (vgl. Marcolongo, 2017).

4.3.2 Die Rechtschreibung von 1960

Im Jahr 1960 veröffentlichten die *Matica srpska* und die *Matica hrvatska* zusammen eine zweibändige Orthographie des Serbokroatischen, welche als bedeutendes Kooperationsprojekt zwischen serbischen und kroatischen Sprachinstitutionen galt. Während sie in Novi Sad unter dem Titel „*Rechtschreibung der serbokroatischen Schriftsprache*“ in kyrillischer, ekavischer Version erschien, hieß sie in Zagreb „*Rechtschreibung der kroatoserbischen Schriftsprache*“ und wurde in lateinischer, ijekavischer Form gedruckt. Trotzdem waren beide Fassungen inhaltlich nahezu vollständig identisch. Sie klärten die orthographischen Regeln für beide Standardaussprachen auf und enthielten identische Wörterverzeichnisse, welche weder nach serbischen noch nach kroatischen Traditionen unterschieden. Obwohl es ein hohes Maß an Vereinheitlichung erreicht wurde, gelang es der Orthographie jedoch nicht, die von einigen Beteiligten erhoffte vollständige sprachliche Einheit herbeizuführen. An einigen Stellen gestatteten die Autor:innen Parallelformen, welche aber bewusst nicht national markiert waren und für den gesamten serbokroatischen Sprachraum gelten sollten. Ein bekanntes Beispiel war die Zulassung beider Futurformen, d.h. der zusammengescriebenen Form *nosiću* sowie der getrennten Form *nosit ću* // „ich werde tragen“, um bestehende morphologische Differenzen bewusst zu entnationalisieren. Alle sollten die Freiheit haben, zwischen den Varianten zu wählen, solange sie die Schreibweisen innerhalb eines Textes nicht miteinander vermischten (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 119).

Die führenden Mitwirkenden feierten die Veröffentlichung der Orthographie als einen Meilenstein. Ljudevit Jonke bezeichnete das Jahr 1960 als „historisch“ für die Entwicklung der kroatoserbischen Sprache und Literatur und betonte, dass alle umstrittenen Fragen im Sinn der „Brüderlichkeit und Einheit“ auf harmonische sowie wissenschaftliche Weise gelöst worden sei. Ein anderer Mitwirkender aus Kroatien, Mate Hraste, erwähnte, dass das Werk integrativ wirkte und sprach von einem „großen Schritt nach vorn“ für den Zusammenhalt der jugoslawischen Völker. Dennoch war die Orthographie offensichtlich ein Kompromiss. Die Unterschiede in den Vorstellungen über die künftige Entwicklung des Serbokroatischen, die weiterhin bestanden, wurden bereits während der Feierlichkeiten zur Veröffentlichung deutlich. Somit hinterfragte der serbische Linguist Jovan Vuković, ob die zugelassenen Dubletten wirklich notwendig seien und verband damit die Hoffnung, dass gesellschaftliche Modernisierungsprozesse langfristig zu einer größeren sprachlichen Einheit führen würden. Im Gegensatz dazu stellte Jonke ausdrücklich klar, dass die Zusammenarbeit in orthographischen Angelegenheiten das Recht jedes jugoslawischen Volkes auf eine eigenständige Entwicklung seiner nationalen Kultur und Sprache nicht in Frage stellen dürfe. Laut Jonke stehe dieses Recht sowohl dem serbischen als auch dem kroatischen Volk uneingeschränkt zu (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 119-120).

4.4 Sprachenpolitik im Kosovo 1941-1944

Während man sich im jugoslawischen Kernland (wie im vorangegangenen Abschnitt gezeigt) primär mit inneren sprachtheoretischen Streitigkeiten befasste, vollzog sich im Kosovo zeitgleich eine recht dynamische politische Entwicklung. Im Gegensatz zu Makedonien gab es im Kosovo nur wenige Anhänger:innen der jugoslawischen Widerstandsbewegung. Grund dafür war, dass die albanische Bevölkerung Kosovos kaum Interesse an Titos Versprechen zeigte, dass im zukünftigen Jugoslawien jede Nation sowie nationale Minderheiten alle nationalen Rechte erhalten würden (siehe Kap. 4.2.2). Seit der Eingliederung der italienischen Besatzungszone Kosovos in das 1941 etablierte „Großalbanien“ waren die Kosovo-Albaner:innen Teil ihres „Mutterstaates“ und entwickelten sich von einer marginalisierten Minderheit zu einer Titularnation (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 94). Während dieser Zeit flohen mindestens 10.000 slawische Familien, zumeist Serb:innen und Montenegriner:innen, nach Serbien, während albanische „Kolonist:innen“ aus den ärmeren Gebieten Nordalbanien dort ansiedelten (vgl. Ramet, 2006, S. 155). Trotz anfänglicher Kooperation zwischen der KPJ und der albanischen Kommunistischen Partei wurde eine offene Diskussion über den künftigen Status des Kosovo zunächst vermieden, da innerhalb der jugoslawischen Führung Uneinigkeit

herrschte. Miladin Popović, der seit 1939 führende KPJ-Funktionär für Kosovo, bezeichnete es als „albanisches Istrien“ und sprach sich für dessen Anschluss an Albanien aus. Dieser Position widersprach Tito jedoch mehrfach. Letztlich beschloss der engste Führungskreis der KPJ, die Kosovo-Frage nicht offen zu diskutieren, um serbische Vorwürfe zu vermeiden, die Kommunist:innen wollten Jugoslawien zerschlagen (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 94).

Während die KPJ-Führung einen Anschluss Kosovos an Albanien aus strategischen Gründen ablehnte (vgl. Dedijer, 1949, S. 134), verlangte die Konferenz von Bujan (1943/44) für die albanische Mehrheit Kosovos Selbstbestimmung einschließlich des Sezessionsrechts (vgl. Reuter, 1982, S. 38). Tito erklärte die Resolution jedoch umgehend für ungültig (vgl. Ramet, 2006, S. 156).

Der genaue Umgang des Zentralkomitees mit dieser Resolution wird in der Forschung unterschiedlich dargestellt (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 95). Ramet zufolge erklärte das Politbüro der KPJ die Bujan-Resolution jedoch umgehend für null und nichtig, wobei Tito die Forderung nach einer Eingliederung Kosovos in Albanien bereits zuvor als „reaktionär“ bezeichnet hatte (vgl. Ramet, 2006, S. 156). Ebenso bleibt unklar, ob das Zentralkomitee das Provinzkomitee aufforderte, den umstrittenen Absatz zu entfernen, oder ob dieser bis zum Ende des Krieges Teil der Politik des Provinzkomitees blieb (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 95). Nach dem Rückzug der Deutschen im Oktober 1944 führte die Enttäuschung über diese politische Linie sowie Titos Befehl zur Entwaffnung zu einem massiven bewaffneten Aufstand albanischer Kräfte unter Führung des Balli Kombëtar, der erst im Juli 1945 vollständig niedergeschlagen werden konnte (vgl. Ramet, 2006, S. 156). Daneben fehlen genaue Informationen über die Sprachenpolitik der Partei im Kosovo. Die vorliegenden Hinweise deuten darauf hin, dass das Albanische im Vergleich zum Serbischen keinen gleichwertigen Status erhielt. Dazu wird in der Literatur berichtet, dass führende KPJ-Funktionäre die Kommunisten im Kosovo dafür kritisierten, albanischsprachige Kommunikation in der Öffentlichkeit zu dulden bzw. selbst zu praktizieren. Ausdruck dieser Haltung ist die Kritik von Đoko Pajković, dem damaligen Sekretär des Provinzkomitees von Kosovo. Er sprach nicht nur von riesigen Fehlern der Partei gegenüber der albanischen Bevölkerung im Befreiungskrieg, sondern nannte dabei auch ausdrücklich den durchgesetzten Zwang, Serbisch zu sprechen (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 95).

4.4.1 Status des Albanischen im Kosovo: Der Weg zur Amtssprache

Im Kosovo verlief die Machtübernahme der jugoslawischen Partisanen im Jahr 1945 noch konfliktreicher als in anderen Regionen Jugoslawiens. Bewaffnete albanische Gruppen setzten sich zur Wehr, was zur Einführung eines viermonatigen Kriegsrechts mündete. In diesem Zusammenhang wurde Miladin Popović getötet. Die albanische Bevölkerung begegnete der neuen Herrschaft misstrauisch, weil diese bereits während des Krieges Gewalt durch jugoslawische Einheiten erfahren hatte. Zusätzlich blieb das im Krieg propagierte Selbstbestimmungsrecht unerfüllt. Der von albanischen Partisanen geplante Anschluss Kosovos an Albanien wurde abgelehnt. Stattdessen blieb Kosovo-Metohija Teil Jugoslawiens und erhielt im Jahr 1945 lediglich den Status eines autonomen Gebiets innerhalb Serbiens. Selbst innerhalb der KPJ war diese Entscheidung umstritten. Obwohl einige Parteiführer, darunter Edvard Kardelj, eine Vereinigung mit Albanien für grundsätzlich sinnvoll hielten, verhinderten außen- und innenpolitische Faktoren deren Realisierung. Bis 1948 stand Albanien unter dem Einfluss Jugoslawiens und funktionierte faktisch als Satellitenstaat. Der Bruch zwischen Tito und Stalin führte umgehend zu einer grundlegenden Neubewertung der albanisch-jugoslawischen Beziehungen. Bei der Gründungskonferenz der Kommunistischen Partei Serbiens im Mai 1945 versuchte die Parteiführung, sich programmatisch von früheren nationalitätenpolitischen Fehlentwicklungen abzuwenden. Es fand eine Selbstkritik an den gegenüber der albanischen Bevölkerung verübten Übergriffen statt und die Bekämpfung des großserbischen Chauvinismus wurde hervorgehoben. Ziel war eine Minderheitenpolitik, die auf langfristige Gleichberechtigung abzielte, anstatt sich kurzfristigen Stimmungen anzupassen. Tito und andere hochrangige Funktionäre gewährten den Albaner:innen politische, kulturelle und sprachliche Gleichstellung. Der Aufbau einer zweisprachigen Verwaltung wurde insbesondere als zentral angesehen. Diese Umorientierung wurde durch Gesetze und verfassungsrechtliche Bestimmungen manifestiert. Ab 1945 wurden durch gesetzliche Bestimmungen nicht nur die Gleichstellung der Sprachen, sondern auch das Recht auf Bildung in der eigenen Muttersprache sichergestellt. Die Gleichstellung der serbischen und albanischen Sprache in Verwaltung und Justiz wurde durch die Bundesverfassung von 1946 und das Kosovo-Statut von 1948 institutionalisiert. Staatliche Behörden wurden verpflichtet, mit Bürger:innen in ihrer Muttersprache zu kommunizieren. Dennoch blieben nationalistische Denkweisen in der serbischen Elite bestehen. Ein Beispiel dafür ist der Historiker Vaso Čubrilović, der im Jahr 1944 eine radikale Veränderung der ethnischen Zusammensetzung Kosovos durch Vertreibung der Albaner:innen verlangte. Trotz der offiziellen Ablehnung seiner Vorschläge, hatte dies keine negativen Auswirkungen auf seine Karriere, was auf eine

anhaltende Ambivalenz zwischen offizieller Minderheitenpolitik und informellen nationalistischen Einstellungen hinweist (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 145-148).

4.4.1.1 Stellung des Albanischen im Schulwesen

Nach 1945 wurden schnell umfassende Reformen umgesetzt, darunter die Einführung von albanischsprachigem Unterricht. Im Schuljahr 1945/46 erhielten bereits zehntausende albanische Kinder Unterricht in ihrer Muttersprache, während ein erheblicher Teil der Schüler:innen weiterhin auf Serbokroatisch unterrichtet wurde. In den zwei Jahrzehnten danach nahm die Anzahl der albanischsprachigen Schüler:innen in Grund- und weiterführenden Schulen deutlich zu. Trotz des quantitativen Wachstums spiegelte das Verhältnis der albanisch- zu serbokroatischsprachigen Schüler:innen lange nicht die demographische Realität wider, obwohl die Albaner:innen ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung Kosovos ausmachten. Dennoch werden die Bildungsreformen insgesamt nicht als erfolglos angesehen. In Anbetracht der ungünstigen Ausgangsbedingungen, vor allem der sehr hohen Analphabetenrate (1948: über 60 % der Bevölkerung, bei Albaner:innen über 90 %), stellen der Ausbau des Schulnetzes und die Ermöglichung von Grundschulbildung in der Muttersprache einen bedeutenden Fortschritt dar. Ein wesentliches strukturelles Problem war der erhebliche Mangel an Lehrkräften sowie die unzureichende Qualifikation des Lehrpersonals, insbesondere im albanischsprachigen Bildungsbereich. Ein großer Anteil der Lehrer:innen hatte keine formale pädagogische Ausbildung und kein abgeschlossenes Studium. Im Durchschnitt waren die Qualifikationen albanischer Lehrkräfte geringer als die ihrer serbischen Kolleg:innen, was die Unterrichtsqualität weiter verschlechterte. Das Schulwesen war bildungspolitisch durch eine Spannung zwischen der formalen Gleichberechtigung und der faktischen Ungleichheit gekennzeichnet. Obwohl albanische Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet wurden, mussten sie gleichzeitig Serbokroatisch lernen, weil es als „Republikssprache“ angesehen wurde. Serbische Schüler:innen erhielten im Gegenzug keinen Albanischunterricht. Zudem war der Serbokroatisch-Unterricht für albanische Kinder didaktisch wenig ausgeprägt und es mangelte an Lehrmaterialien. Dies hatte weitreichende Folgen, da der Zugang zu weiterführenden Schulen größtenteils von ausreichenden Serbokroatischkenntnissen abhing. Zudem war die geringe Beteiligung albanischer Schüler:innen an höheren Schulen sprachlich bedingt. Ab der Mitte der 1950er-Jahre gab es innerhalb der Partei Überlegungen, ob muttersprachlicher Unterricht in der Grundschule ohne intensive Einführung in die Mehrheitssprache tatsächlich gleiche Bildungs- und Berufschancen bieten könne. Einige Politiker betrachteten den Unterricht, der nur auf Albanisch stattfand, sogar als eine

Einschränkung der Integrationsmöglichkeiten. Im Kontext der politischen Spannungen zwischen der jugoslawischen Führung und den Albaner:innen wurde die serbokroatische Sprache zugleich implizit mit Loyalität zum jugoslawischen Staat verknüpft. Im Jahr 1959 stellte sich die Parteiführung offiziell hinter die Idee, echte zweisprachige Schulen einzuführen, in denen Kinder unterschiedlicher Nationalitäten gemeinsam unterrichtet werden und beide Sprachen gelernt werden sollten. Während solche Modelle in anderen Regionen Jugoslawiens getestet wurden, fanden sie im Kosovo größtenteils nicht statt. Faktisch wurde am bestehenden System getrennter, einsprachiger Klassen festgehalten, aus Angst vor Widerstand, vor allem von serbischer Seite. Die rechtlichen Bestimmungen, wie im Statut von 1963, waren ungenau und boten lediglich unverbindliche Optionen für Zweisprachigkeit (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 148-153).

4.4.1.1.1 Welches Albanisch für Kosovo?

Mitte November 1952 entschieden Politiker:innen und Philolog:innen in Pristina, dass die gegische Varietät des Albanischen als Schriftsprache für die Albaner:innen in Jugoslawien gelten solle, da diese Bevölkerungsgruppe vorwiegend gegische Dialekte sprach. Diese Entscheidung widersprach der Entwicklung im „Mutterland“ Albanien, wo nach Hoxhas Machtergreifung die zuvor diskutierte südgegische Elbasaner Varietät verworfen und das Toskische zur Grundlage der Standardsprache erhoben wurde. Im Jahr 1968 fand jedoch ein grundlegender Richtungswechsel statt: Auf einer Sprachberatung in Pristina wurde beschlossen, den auf Toskisch basierenden Standard aus Albanien auch für die albanischen Einwohner:innen Jugoslawiens zu übernehmen. Es ist bemerkenswert, dass an beiden Entscheidungen (1952 und 1968) teilweise dieselben Linguist:innen beteiligt waren, vor allem Idriz Ajeti. In der Forschung gibt es verschiedene Interpretationen für die Ursachen dieses Wandels. Autor:innen aus dem Westen, wie beispielsweise Janet Byron und Noel Malcolm, betrachten die frühe Standardisierung des Gegischen eher als eine freiwillige, interne Entscheidung der kosovo-albanischen Intellektuellen und bestreiten die Existenz einer gezielten jugoslawischen Politik zur sprachlichen Abspaltung von Albanien. Byron deutet den Wandel von 1968 als einen Übergang von einer eigenständigen (endonormativen) zu einer extern übernommenen (exonormativen) Standardisierung, die durch Nationalismus motiviert ist.¹ Viele albanische Linguist:innen aus Albanien und dem Kosovo hingegen sind der Meinung, dass die Förderung des Gegischen in Jugoslawien politisch erzwungen war. Sie betrachten dies

¹ Die Begriffe „endonormative“ und „exonormative“ stammen von William A. Stewart: (vgl. Stewart, 1968).

als den Versuch der jugoslawischen Staatsführung, eine von Albanien getrennte albanische Identität zu schaffen. Aus dieser Perspektive heraus war die Haltung der Mehrheit der kosovo-albanischen Intellektuellen gegenüber der offiziellen Politik eine kritische. Sie zielten auf eine Angleichung an den gesamtalbanischen Standard ab, die nationale Identität zu wahren. Xhevat Lloshi, einer der führenden Linguist:innen Albaniens heute, spricht von der Bedrohung durch eine serbische Sprachpolitik, die darauf abzielte, durch die Schaffung einer separaten albanischen Sprache namens „*shiftarski jezik*“ eine Spaltung zu erzwingen (vgl. Lloshi, 2006, S. 97). Emil Lafe, ein weiterer bedeutender Philologe aus Tirana, schließt sich dieser Meinung an. In diesem Konzept nehmen die kosovo-albanische Intellektuelle die Rolle von Gegner:innen der amtlichen Politik ein. Fadil Raka, ein Philologe aus dem Kosovo, bringt ein ähnliches Argument vor. Er unterscheidet dabei zwischen der Mehrheit der albanischsprachigen Intellektuellen im Kosovo, die sich eine Annäherung der dortigen Schriftsprache an die Sprachvarietät aus Albanien gewünscht hat, und einer kleineren Gruppe von Linguist:innen, welche nicht nur als „verlängerter Arm der bürokratisch-etatistischen Kräfte“ fungierte, sondern auch die Entwicklung einer „vollkommen vom Stamm abgetrennten“ albanischen Schriftsprache in Jugoslawien vorbereitete. Rexhep Ismajli, ein Kollege von Raka und Autor der einzigen Monographie zur Sprachplanung des Albanischen im Kosovo zwischen 1945 und 1968, weist auf die Gefahr des sogenannten „makedonischen Syndroms“ in Bezug auf die albanische Sprachpolitik unter Tito hin. Ismajli beschreibt mit diesem Begriff das Phänomen, das auch Raka und Lafe behandeln: die Einleitung eines Prozesses der Nationenbildung durch die Kodifizierung spezifischer sprachlicher Merkmale einer Sprechergruppe, die sich zuvor als Teil einer größeren Sprachengemeinschaft verstand. Diese These, die bereits in der albanischen Linguistik erörtert wurde, findet zunehmend auch Eingang in die westliche Linguistik, vor allem in Bezug auf Ismajlis Arbeiten. Der US-Balkanologe Victor A. Friedman stellte im Jahr 2006 die Hypothese auf, dass die jugoslawische Regierung versuchte, unter den Albaner:innen auf ihrem Gebiet ein Gefühl der ethnischen Trennung zu fördern, indem sie zwischen zwei Nationalitäten sowie zwei Sprachen unterschied: den „*Albanci*“, die „*Albanski*“ in Albanien sprachen und den „*Šiptari*“, die „*Šiptarski*“ sprachen. Die Differenzierung zwischen den Albaner:innen in Albanien und Jugoslawien bestand bis zur Verfassung von 1974 fort, wobei sich auch ein Teil der albanischen Bevölkerung als „*Šiptari*“ bezeichnete. Diese Dualität in der Benennung der albanischen Nation kann jedoch nicht als Ausdruck eines Wettbewerbs zwischen zwei klar abgegrenzten sprachpolitischen Gruppen im Kosovo interpretiert werden. Daher ist es nicht möglich, Staatsmacht und albanische Intellektuelle klar voneinander zu trennen: Erstere wollte angeblich die nationale Einheit der Albaner:innen zerschlagen, während

sich letztere für den Erhalt einsetzte. Ebenso wenig spiegelt Malcolms Ansicht, die spezifischen gegischen Merkmale im Kosovo seien trotz theoretischer Möglichkeiten nicht kodifiziert worden, die tatsächlichen Gegebenheiten wider. Die Kodifizierung des Gegischen in Jugoslawien erfolgte tatsächlich bis in die 1960er-Jahre, während das Toskische in Albanien bereits vor 1972 die dominante Stellung einnahm (vgl. Cvetković-Sander, 2011, S. 162-164).

4.4.2 Sprachenpolitik im Kosovo in den 1980er-Jahren

Das Spannungsverhältnis zwischen der zuvor erreichten Autonomie und den einsetzenden staatlichen Repressionsmaßnahmen stand im Zentrum der kosovarischen Sprachenpolitik der 1980er-Jahre (vgl. Kostovicova, 2005, S. 52-58). In den nachfolgenden Kapiteln werden die Auswirkungen der Proteste von 1981 auf das Bildungswesen, die Mechanismen der ideologischen Differenzierung sowie die demographische Aufladung der Sprachenfrage detailliert thematisiert. Ziel ist es, den schrittweisen Verlust der bildungspolitischen Eigenständigkeit nachzuzeichnen.

4.4.2.1 Autonomiephase, Bildungsaufbau und die Proteste von 1981

Bereits in den 1970er-Jahren durchlief das sozialistische Kosovo, als Teil der SFRJ, eine Phase umfassender politischer, kultureller und bildungspolitischer Veränderungen. Durch die Verfassungsreform von 1974 wurden dem Kosovo als autonome Provinz innerhalb der Republik Serbien weitreichende Befugnisse übertragen, was zu seiner faktischen Entwicklung zu einer „Quasi-Republik“ mit eigener Regierung, Verfassung, Polizei, Gerichten sowie unabhängigen Bildungs- und Wirtschaftsinstitutionen führte, jedoch ohne ein formales Recht auf Sezession (vgl. Mertus, 1999, S. 17-19).

In diesem Zusammenhang wurde die Bildung in albanischer Sprache erheblich erweitert. Mit der Gründung der Universität von Pristina im Jahr 1969 wurde der albanischsprachige Unterricht auf allen Bildungsebenen, von der Grundschule bis zur Hochschule, institutionell abgesichert. In den 1970er-Jahren wurden Institute für albanische Literatur und Kultur gegründet. Es wurden kulturelle Verbindungen zwischen dem Kosovo und Albanien zugelassen, was den Import albanischer Lehrbücher und den Austausch von Professor:innen ermöglichte (vgl. Mertus, 1999, S. 17-18).

Zugleich war der Status der Kosovo-Albaner:innen der einer „Nationalität“ und nicht einer konstitutiven „Nation“, wodurch ihnen der Status einer Republik verwehrt blieb. Diese

statusrechtliche Differenz zwischen institutioneller Aufwertung und politischer Begrenzung war ein zentraler Kristallisationspunkt für spätere Spannungen (vgl. Mertus, 1999, S. 19).

Trotz der Transferleistungen auf föderaler Ebene blieb der Kosovo die ökonomisch schwächste Region innerhalb Jugoslawiens, wobei die Arbeitslosenquote im Jahr 1980 bei 27,5 % lag. Bis 1981 wuchs die Universität von Pristina auf über 20.000 Studierende an und diente in einer strukturell unterentwickelten Ökonomie als sozialer Puffer. Gleichzeitig bildete sich ein akademisches Umfeld mit zunehmenden, oft enttäuschten Erwartungen (vgl. Mertus, 1999, S. 17-20).

4.4.2.2 Die Proteste von 1981 und die Politisierung des Bildungswesens

In den 1980er-Jahren waren die Entwicklungen der Sprachenpolitik im Kosovo eng verbunden mit den albanischen Massenprotesten von 1981, die das fragile Gleichgewicht zwischen der nationalen Bestärkung der Kosovo-Albaner:innen und der Akzeptanz der jugoslawischen Verfassungsordnung durcheinanderbrachten. Als zentrale Trägerin albanischen Nationalbewusstseins wurde die albanischsprachige Bildung von der Grundschule bis zur Universität identifiziert und zum Hauptziel politischer und ideologischer Interventionen. Schulen, insbesondere die Universität Pristina, wurden als „Brutstätte“ feindlicher Ideologien angesehen, Bildung wurde als ein Bereich definiert, in dem „nationalistische“ und „irredentistische“ Tendenzen entstanden und sich reproduzierten (vgl. Kostovicova, 2005, S. 52-54).

4.4.2.3 Ideologische Kontrolle und „Differenzierung“ im Bildungssektor

Das Aktionsprogramm des Bundes der Kommunist:innen Kosovos sah eine umfassende „Differenzierung“ vor, die faktisch die Säuberung von Lehrpersonal und Studierenden mit angeblich antisozialistischen oder antiselbstverwaltenden Haltungen bedeutete. Lehrpläne, Schul- und Universitätslehrbücher, wissenschaftliche Arbeiten sowie Forschungsprojekte wurden einer marxistischen Überprüfung unterzogen, um als nationalistisch geltende Inhalte zu entfernen. Albanische Bücher wurden aus dem Unterricht entfernt. Gleichzeitig wurden ebenfalls albanischsprachige Lehrmaterialien aus dem Kosovo unter Verdacht gestellt. Insbesondere wurde die starke Fokussierung auf albanische Geschichte, Literatur und nationale Symbolik zum Nachteil jugoslawischer und sozialistischer Themen kritisiert. Sogar Illustrationen in Lehrbüchern mussten auf die jugoslawische sozialistische Realität Bezug nehmen, während nationale Symbole als potenziell feindlich interpretiert wurden (vgl.

Kostovicova, 2005, S. 53-57). Bis August 1984 wurden insgesamt 585 Personen wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten“ verurteilt, darunter 372 Intellektuelle, Studierende oder Schüler:innen, von denen 452 jünger als 35 Jahre waren. Zugleich wurde die Anzahl der Studierenden stark verringert: Im Studienjahr 1984/85 lag die Zahl der Neueinschreibungen mit 11.589 nahezu auf dem halben Niveau von 1981. Gleichzeitig verschob sich das Fächerangebot zugunsten technischer und naturwissenschaftlicher Disziplinen, während Studiengänge der Geistes- und Sozialwissenschaften, die eng verbunden mit albanischer Geschichte, Sprache und Kultur waren, zurückgedrängt wurden (vgl. Kostovicova, 2005, S. 54-55).

4.4.2.4 Die Einführung der „gemeinsamen Kerne“ und curriculare Zentralisierung

Die Einführung der sogenannten „gemeinsamen Kernen“ in Lehrplänen sollte dazu dienen, die Bildungssysteme zu vereinheitlichen und die jugoslawische Zusammengehörigkeit symbolisch zu fördern. Diese Maßnahme wurde im Kosovo als eine Einschränkung des Raums für spezifisch albanische Inhalte wahrgenommen, weil die Kerne kaum Ergänzungen zuließen und die curriculare Autonomie faktisch beschnitten wurde (vgl. Kostovicova, 2005, S. 56-57). Im serbischen nationalistischen Diskurs wurde die seit der Verfassung von 1974 bestehende Bildungsautonomie des Kosovo als Ausdruck eines „Staates im Staate“ interpretiert. Die albanischsprachige Bildung, insbesondere an der Universität Pristina, wurde als Symbol für eine mögliche Sezession betrachtet. Im Jahr 1989 führte die verfassungsrechtliche Reintegration Kosovos in Serbien zur Zentralisierung der Bildungspolitik. Serbien übernahm die alleinige Entscheidungsbefugnis in Bildungsfragen, was das Ende der Bildungsautonomie des Kosovo zur Folge hatte (vgl. Kostovicova, 2005, S. 58).

4.4.2.5 Demographischer Wandel und die Nationalisierung der Sprachenfrage

Die Politisierung der Sprachenfrage wurde durch den demographischen Wandel verstärkt. Von 1961 bis 1991 sank der Anteil der Serb:innen und Montenegriner:innen an der Bevölkerung des Kosovo von 27,4 % auf 14,9 % im Jahr 1981 und auf 11 % im Jahr 1991, während der Anteil der Albaner:innen auf 77,4 % bzw. 81,6 % anstieg (vgl. Kostovicova, 2005, S. 58-59). Auf demografischer und gesellschaftlicher Ebene wurden damit neue Fakten geschaffen, welche die Realität im Kosovo grundlegend veränderten. Diese Entwicklung ging einher mit einer Erhöhung der nationalen Spannungen. Besondere Beachtung fanden die sogenannten

„Zwergklassen“, in denen nur sehr wenige serbische Schüler:innen vertreten sind. Trotz ihrer Beibehaltung im Zuge der Politik zu gleichen Bildungschancen wurden sie als Beleg für eine „Albanisierung“ des Kosovo betrachtet. Die zahlenmäßige Dominanz albanischer Schüler:innen in den Schulen wurde als Anomalie dargestellt, die politisch korrigiert werden müsse. Dies führte dazu, dass selbst das Prinzip des Muttersprachenunterrichts Teil der nationalen Auseinandersetzung wurde (vgl. Kostovicova, 2005, S. 59-61).

4.4.2.6 Der „nationale Schlüssel“ und Bildung als Machtfrage

Ziel der proportionalen nationalen Repräsentation („*national key*“) war es, öffentliche Ämter entsprechend der Bevölkerungsstruktur zu verteilen und nationale Gleichheit zu gewährleisten. Im serbischen Diskurs wurde sie jedoch als „Majorisierung“ gedeutet. Obwohl ihr Bevölkerungsanteil an der Universität Pristina abnahm, waren Serb:innen und Montenegriner:innen teilweise überrepräsentiert und verlangten dennoch eine institutionelle Gleichstellung in Bezug auf Leitung, Personal und Studierende. Damit wurde Bildung zum entscheidenden Bereich, in dem Fragen der nationalen Machtverteilung, der Gleichheit und der staatlichen Souveränität ausdiskutiert wurden (vgl. Kostovicova, 2005, S. 62-63).

4.4.3 Sprachenpolitik im Kosovo in den 1990er-Jahren

Die 1990er-Jahre waren im Kosovo durch die vollständige ethnische Segregation und den Zusammenbruch der gemeinsamen Sprachpolitik geprägt (vgl. Kačka, 2017, S. 206, 209, 211). In Anlehnung an Mualjim Kačka beleuchten die folgenden Kapitel den Ausschluss des Albanischen aus staatlichen Institutionen sowie die Entstehung eines parallelen Bildungssystems. Ziel ist es, die Transformation von Sprache zu einem Instrument des politischen Widerstands darzustellen.

4.4.3.1 Politische und gesellschaftliche Veränderungen im Kosovo der 1990er-Jahre

Kosovo erlebte in den 1990er-Jahren weitreichende Veränderungen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Sprache. In diesem Jahrzehnt entwickelte sich die Sprachenpolitik einerseits zu einem zentralen Instrument der politischen Machtausübung und andererseits zu einem wesentlichen Element der ethnischen Segregation und der Zerstörung kultureller Identitäten. Vor allem im Bildungswesen wurde deutlich, wie eng sprachliche Regelungen mit Themen der politischen Kontrolle, kulturellen Identität und Minderheitenrechten verbunden waren. Die

Sprachenpolitik dieser Zeit war weniger durch institutionelle Planung geprägt, sondern vielmehr durch Ausschlussmechanismen und Parallelstrukturen. Ende der 1980er-Jahre wurde die Autonomie Kosovos aufgehoben und ein zunehmend zentralistisches serbisches Staatsmodell etabliert, was zu einer grundlegenden Veränderung der sprachpolitischen Ordnung führte. Trotz der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung im Kosovo in den 1990er-Jahren aus Kosovo-Albaner:innen bestand, wurde Serbisch in Verwaltung, Justiz und staatlichen Institutionen zur dominierenden und privilegierten Sprache. Albanisch verlor seinen institutionellen Status und wurde aus zentralen öffentlichen Bereichen schrittweise verdrängt. Diese Entwicklung stand im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien der Sprachenpolitik, die in mehrsprachigen Gesellschaften auf Ausgleich und rechtliche Absicherung sprachlicher Vielfalt abzielen sollte. Stattdessen wurde Sprache als Instrument der politischen Homogenisierung genutzt, das auf die Etablierung staatlicher Kontrolle abzielte (vgl. Kačka, 2017, S. 201-203).

Vor den 1990er-Jahren wurde das Bildungssystem durch den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt. Der Unterricht fand in albanischer und serbischer Sprache statt und die Gründung der Universität Pristina führte bis in die 1970er und 1980er-Jahre zu einem signifikanten Rückgang der Analphabetenrate (vgl. Elsie, 2011, S. 91).

4.4.3.2 Serbische Sprachpolitik und gesetzliche Maßnahmen

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Sprachpolitik waren die gesetzlichen Maßnahmen, die von der serbischen Regierung verabschiedet wurden. So erließ das serbische Parlament im März 1990 das „Programm zur Erlangung von Frieden, Freiheit und Wohlstand“, das als Grundlage für eine Reihe repressiver Gesetze diente. Diese sollten nicht nur die Rückkehr von Serb:innen nach Kosovo fördern, sondern auch Maßnahmen ergreifen, die die albanische Bevölkerung weiter marginalisierten. Im Juli 1990 folgten die „vorübergehenden Maßnahmen“ oder das Gesetz über die Tätigkeit von Organen der Republik in außergewöhnlichen Umständen², die unter anderem die Entlassung von Albaner:innen aus öffentlichen Positionen zur Folge hatten (vgl. Judah, 2000, S. 62).

4.4.3.3 Auswirkungen auf das Bildungssystem

Das Bildungssystem war besonders stark von den sprachpolitischen Maßnahmen betroffen. Bis zu Beginn der 1990er-Jahre wurde der Schulunterricht im Kosovo in mehreren Sprachen

² Es handelt sich hierbei um spezielle serbische Gesetze, die in dieser Zeit für die Repression maßgeblich waren.

abgehalten, darunter auf Albanisch, Serbokroatisch und Türkisch. Ab dem Jahr 1991 wurde der albanischsprachige Unterricht jedoch aus dem staatlichen Bildungssystem ausgeschlossen. Während Lehrkräfte, welche der albanischen Sprache mächtig waren, ihre Positionen verloren, wurden gleichzeitig albanische Lehrpläne abgeschafft. Außerdem war für einen Großteil der Bevölkerung der Zugang zu Bildung in der eigenen Muttersprache nicht länger garantiert (vgl. Kačka, 2017, S. 204-206). Die Repression beschränkte sich jedoch nicht nur auf den Bildungssektor. So wurden über 1.855 Ärzt:innen und medizinisches Personal entlassen, was die ohnehin eingeschränkte Gesundheitsversorgung für die albanische Bevölkerung erheblich verschlechterte. Ebenso verloren 1.300 Journalist:innen ihren Job, und unter diesen befanden sich auch 250 Mitarbeiter:innen der größten albanischen Zeitung *Rilindja*, deren Redaktion im Zuge der staatlichen Maßnahmen geschlossen wurde (vgl. Judah, 2000, S. 62). Die Entlassungen im öffentlichen Dienst, die Zerschlagung der albanischen Bildungs- und Gesundheitssysteme sowie Repressionen gegen Lehrkräfte und medizinisches Personal führten zu schwerwiegenden sozialen Folgen, darunter ein Anstieg vermeidbarer Krankheiten (vgl. Malcolm, 1998, S. 349).

Als Reaktion darauf wurde ein paralleles, informelles Bildungssystem geschaffen (vgl. Malcolm, 1998, S. 349), welches unabhängig von staatlichen Institutionen organisiert war. Der Unterricht wurde in privaten Räumlichkeiten abgehalten und orientierte sich an individuellen Lehrplänen. Bis zum Ende der 1990er-Jahre bestand dieses System und stellte eine Form der sprachlichen und kulturellen Selbstorganisation dar. So wurde die Bildung in der Muttersprache zu einem Ausdruck nicht nur von politischem Widerstand, sondern auch dem Bemühen um den Erhalt einer gemeinsamen Identität. Die serbische Sprachenpolitik der 1990er-Jahre war ein wesentlicher Faktor für die Eskalation ethnischer Spannungen im Kosovo. Durch den Ausschluss der albanischen Sprache aus offiziellen Bildungs- und Verwaltungsstrukturen wurden grundlegende sprachliche und kulturelle Rechte eingeschränkt. Sprache entwickelte sich nicht nur zu einem Zeichen für soziale Ungleichheit, sondern auch zu einem Faktor der Mobilisierung im politischen Konflikt zwischen serbischen Staatsorganen und der albanischen Bevölkerung. Aus sprachpolitischer Perspektive wird hier eine Konvergenz von Recht, Macht und Ideologie erkennbar. Statt die Mehrsprachigkeit als gesellschaftliche Realität anzuerkennen, wurde sie politisch negiert. Dies führte zu einer verstärkten institutionellen Segregation, die sich in parallelen Bildungs- und Gesellschaftsstrukturen niederschlug. Das Ende der 1990er-Jahre und der Krieg von 1999 brachten den Zusammenbruch der bestehenden sprachpolitischen Ordnung. Die bis zu diesem Zeitpunkt verfolgte Politik der Exklusion stellte sich als nicht haltbar heraus und war einer der strukturellen Hintergründe des Konflikts. Die

Erfahrungen dieser Dekade schufen zeitgleich die Voraussetzungen für eine spätere Neuausrichtung der Sprachenpolitik unter internationaler Verwaltung, welche ausdrücklich auf Mehrsprachigkeit und Minderheitenrechte abzielte (vgl. Kačka, 2017, S. 206).

4.4.3.4 Repression im Medien- und Bildungsbereich

Darüber hinaus verschärfte die serbische Regierung die Repression, indem sie Medien und Universitäten polizeilich übernahm. Um die Kontrolle zu sichern, drang die Polizei mit Gewalt in Radio- und Fernsehanstalten ein. Im Bildungsbereich wurde die Universität von Pristina im Jahr 1991 zu einer ausschließlich serbischen Institution, als 863 Lehrkräfte und Mitarbeiter:innen der Universität entlassen wurden. Nachdem Ejup Statovci, der frühere Rektor der Universität, öffentlich gefordert hatte, dass die von der serbischen Regierung übernommenen Universitätsgebäude zurückgegeben werden, wurde er im Jahr 1993 verhaftet. Serbische Akteur:innen, wie der neue Rektor der Universität Radivoje Papović, haben die ideologische Rechtfertigung dieser Maßnahmen offen ausgesprochen. Er erläuterte, dass die Umgestaltung der Universität darauf abzielte, den „Hass auf alles Serbische“ zu beseitigen und die „serbische Denkweise“ im Kosovo zu erneuern (vgl. Judah, 2000, S. 63).

In den 1990er-Jahren, als die Serb:innen die Universitätseinrichtungen übernahmen und albanische Lehrer:innen sowie Student:innen vertrieben wurden, richtete die albanische Gemeinde eigene „parallele“ Universitätsstrukturen ein und finanzierte diese, wobei der Unterricht in Privathäusern, Kirchen und Moscheen stattfand. Die akademische Ausbildung wurde unter diesen Umständen so gut es ging fortgeführt, aber der Mangel an geeigneten Bibliotheken, Laboren sowie wissenschaftlichen und medizinischen Geräten führte letztlich dazu, dass albanische Student:innen nur eine sehr grundlegende Ausbildung erhielten. Serbische Studierende setzten ihre Ausbildung in den Einrichtungen fort, die nun in eine einsprachige serbischsprachige Institution umgewandelt worden waren. Mit dem Ausbruch des Kosovo-Krieges Ende der 1990er-Jahre brach jedoch auch die tertiäre Ausbildung für die serbische Minderheit praktisch zusammen (vgl. Elsie, 2011, S. 282).

4.4.3.5 Die Entstehung eines parallelen Bildungssystems

Die Entwicklung dieser informellen Strukturen verstärkte eine Sprachkrise, welche nicht nur als linguistisches Problem, sondern vor allem als soziokulturelles und anthropologisches Phänomen verstanden werden muss. Während die Untersuchung der Frage sprachlicher Normen vornehmlich aus linguistischer Sicht erfolgt, trat die Krise im Kosovo hingegen als

Folge politischer Ausschlussmechanismen und sozialer Marginalisierung zutage. Albanisch wurde vollständig aus dem offiziellen öffentlichen Leben verbannt, was zu einer systematischen Einschränkung seiner Funktionen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur führte (vgl. Ismajli, 2025). Erst Ende 1999 wurde im Kosovo der albanische Sprachunterricht wieder eingeführt. Die Universität von Pristina, die unter der Leitung von Rektor Mujë Rugova, umfasst heute 17 Fakultäten: Landwirtschaft und Veterinärkunde (Campus in Fushë Kosova), Kunst, Bauingenieurwesen und Architektur, Wirtschaft, Bildung, Elektro- und Computertechnik, Recht, Mathematik und Naturwissenschaften, Maschinenbau, Medizin, Bergbau und Metallurgie (Campus in Mitrovica), Philologie, Philosophie, Leibeserziehung und Sport sowie angewandte Wirtschaftswissenschaften (Campus in Peja) und angewandte technische Wissenschaften an den Campussen in Mitrovica und in Ferizaj (vgl. Elsie, 2011, S. 282-283).

4.4.3.6 Der „Sprachkrieg“ und die Auswirkungen der Migration

Nach 1990 verschlechterte sich die Lage aufgrund von gleichzeitig ablaufenden, chaotischen Entwicklungen auf beiden Seiten der Grenze. Während in Albanien der Zusammenbruch des Einparteiensystems zu sozialer Anomie führte und die Bedeutung der Sprachfrage abnahm, war die Situation im Kosovo durch eine Eskalation gekennzeichnet, die vermehrt als „Sprachkrieg“ bezeichnet wurde. Dieser Ausdruck verdeutlicht die Intensität der Auseinandersetzung um sprachliche Rechte in einer Zeit, in der eine starke, unkontrollierte Migration in westliche Länder einsetzte. Die daraus resultierende schnelle Vergrößerung einer unorganisierten Diaspora destabilisierte die sprachliche Situation zusätzlich und verlagerte die Identitätsfrage auch in den internationalen Kontext. Trotz der institutionellen Neuausrichtung nach dem Jahr 2000 bleibt die Untersuchung dieser Dekade essenziell, um die Sprachenpolitik im Kosovo als ein System der Repression und des Widerstands in informellen Räumen zu verstehen (vgl. Ismajli, 2025).

4.4.4 Die aktuelle Sprachenpolitik im Kosovo (seit 2008)

Im Kosovo bestehen bei der praktischen Umsetzung gesetzlicher Vorgaben der heutigen Sprachenpolitik nachweisbare Schwierigkeiten, was zu Defiziten führt. In nahezu allen staatlichen Institutionen, wie Gerichten, Polizei, Gemeinden, Ministerien sowie teilweise auch der gesetzgebenden Versammlung, werden sprachliche Rechte in unterschiedlichem Ausmaß verletzt. Zwar gibt es einzelne positive Entwicklungen, doch wird der allgemeine Zustand weiterhin als unzureichend bewertet. Slaviša Mladenović, ein Sprachkommissar im Kosovo,

schätzt ein, dass es vor allem an politischem Willen und an qualifiziertem Personal mangelt, um die gesetzlichen Bestimmungen konsequent umzusetzen. Oft beschränke sich die politische Unterstützung auf formale Bekundungen, während die Anzahl der Personen mit professionellen Kenntnissen in beiden Amtssprachen kontinuierlich abnehme. Deshalb können öffentliche Institutionen zunehmend weniger sicherstellen, dass im Alltag sprachliche Gleichberechtigung gewährleistet ist (vgl. Kolašinac, 2024).

Aus zivilgesellschaftlicher Sicht wird ebenso betont, dass dieses Gesetz in der praktischen Umsetzung nur unzureichend beachtet wird. In einigen Gemeinden werde es kaum angewendet, insbesondere wegen des Mangels an qualifizierten Übersetzer:innen sowie der fehlenden Bereitschaft, sprachliche Vielfalt zu respektieren. Davon sind vor allem Angehörige der serbischen Gemeinschaft, aber auch andere nicht-mehrheitliche Gemeinschaften betroffen. Die bevorstehende Gründung einer Einheit für sprachliche Harmonisierung und Kontrolle wird als aktueller Entwicklungsschritt angesehen. Es handelt sich dabei um ein zentrales Kontrollorgan auf Regierungsebene, welches als präventiver Mechanismus zur Qualitätssicherung im Gesetzgebungsprozess dient. Diese Einheit soll nicht nur eine sprachliche Überprüfung von Gesetzestexten vor deren Inkrafttreten durchführen, sondern auch bestehende Fehler sowie Inkonsistenzen zwischen den verschiedenen Sprachversionen beheben. Dies ist von fundamentaler Bedeutung, da im Kosovo die albanische und serbische Fassung eines Gesetzes rechtlich gleichermaßen bindend sind, inhaltliche Abweichungen in der Praxis jedoch regelmäßig zu massiver Rechtsunsicherheit bei der Gesetzesanwendung führen. Trotz einzelner Fortschritte bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen für eine effektive und gleichberechtigte Umsetzung der Sprachenpolitik im Kosovo (vgl. Kolašinac, 2024).

Diese Defizite stehen im Kontrast zu einem formal umfassenden rechtlichen Rahmen, der durch das Gesetz über den Gebrauch von Sprachen sowie die Festlegung der offiziellen Sprachen im Kosovo definiert wird und Albanisch sowie Serbisch als gleichberechtigte Amtssprachen vorsieht. Die Zweisprachigkeit, die verfassungsrechtlich garantiert ist, sowie spezialisierte Institutionen zur Überwachung der Sprachrechte werden im Alltag staatlicher Institutionen nur unzureichend umgesetzt. Internationale Berichte belegen eine systematische Schwäche in der praktischen Anwendung der Sprachgesetze, insbesondere zum Nachteil des Serbischen und anderer Minderheitensprachen. In den zentralen Bereichen Verwaltung, Justiz, Polizei, Medienzugang und öffentliche Dienstleistungen ist der Gebrauch der serbischen Sprache oft eingeschränkt, verzögert oder von unzureichender Qualität. Fehlende, fehlerhafte oder nur teilweise verfügbare Übersetzungen erschweren den Zugang zu Rechten und Informationen

erheblich. Im Justizsystem ist die Situation besonders problematisch: Übersetzungen sind zwar formal vorgesehen, doch ihre Qualität gefährdet die Rechtssicherheit (vgl. Lazarević & Radulović, 2024).

Zugleich wird das Serbische in der öffentlichen Kommunikation staatlicher Institutionen, insbesondere im digitalen Bereich, zunehmend marginalisiert. Offizielle Webseiten, soziale Medien und Dokumente sind oft nur auf Albanisch verfügbar oder bieten unzureichende serbische Versionen. Obwohl die serbische Sprache rechtlich gleichgestellt ist, wird sie zunehmend wie eine Minderheitensprache behandelt (vgl. Lazarević & Radulović, 2024).

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist der Umgang mit der kyrillischen Schrift. Ihre Reduzierung im öffentlichen Raum, vor allem in mehrheitlich serbischen Gemeinden, wird von Betroffenen als Bedrohung für ihre Identität und kulturellen Rechte angesehen. Unklare gesetzliche Bestimmungen zur Nutzung von Schriftsystemen eröffnen die Möglichkeit restriktiver Auslegungen, wodurch die praktische Verwendung der Kyrilliza weiter eingeschränkt wird. Obwohl die Regierung des Kosovo Fortschritte und Investitionen im Bereich der Sprachrechte betont, belegen zahlreiche unabhängige Berichte, Beschwerden und persönliche Erfahrungen eine fortdauernde strukturelle Diskriminierung. In der Summe ist die Sprachenpolitik im heutigen Kosovo durch ein Spannungsverhältnis zwischen formaler Gleichstellung und faktischer Ungleichbehandlung gekennzeichnet, was das Vertrauen nicht mehrheitlicher Gemeinschaften in staatliche Institutionen weiter schwächt (vgl. Lazarević & Radulović, 2024).

4.4.4.1 Der Status der serbischen Sprache im Kosovo

Der Status der serbischen Sprache im Kosovo ist durch eine tiefe Diskrepanz zwischen verfassungsrechtlicher Gleichstellung und administrativer Vernachlässigung geprägt (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025). In Anlehnung an Tatjana Lazarević und Dragana Vukosavljević werden im Folgenden die strukturellen Hürden in Justiz, Verwaltung und Alltag besprochen. Ziel ist es, das Spannungsfeld zwischen gesetzlicher Norm und faktischer Marginalisierung aufzuzeigen.

4.4.4.1.1 Rechtlicher Rahmen und formale Gleichstellung

Die Sprache der Serb:innen wird im Kosovo als gleichberechtigte Amtssprache angesehen. Sie wird demnach als offizielle Sprache Kosovos definiert, die ebenfalls für den amtlichen Verkehr zugelassen ist (vgl. Gröschel, 2009, S. 331). Diese Stellung ist sowohl in der Verfassung als auch im Gesetz über den Gebrauch von Sprachen verankert. Außerdem ist sie auf das Ahtisaari-

Paket zurückzuführen, welches nicht nur den Schutz der serbischen Gemeinschaft, sondern auch ihrer sprachlich-kulturellen Identität vorsieht. Zusätzlich verpflichtet der Rechtsrahmen staatliche Institutionen, Verwaltungsvorgänge, öffentliche Informationen und amtliche Dokumente sowohl auf Albanisch als auch auf Serbisch bereitzustellen. Daneben wurden Mechanismen wie das Büro des Sprachkommissars eingerichtet, welche der Überwachung und Durchsetzung dieser Bestimmungen dienen (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

Der rechtliche Rahmen für die beiden primären Sprachen im Kosovo basiert auf einer ambitionierten Gesetzgebung, die maßgeblich durch internationale Verhandlungsprozesse zur Konfliktlösung geprägt wurde. Nach dem Konflikt von 1999 wurde die Gleichberechtigung der albanischen und serbischen Sprache zunächst in den Verordnungen der UN-Verwaltung (UNMIK) anerkannt; eine explizite rechtliche Detaillierung erfolgte jedoch erst 2006 mit dem Gesetz über den Gebrauch von Sprachen (*Law on the Use of Languages*). Diese Regelungen wurden in die Verfassung von 2008 überführt, deren Artikel 5 und 59 die verfassungsrechtliche Grundlage bilden und Albanisch sowie Serbisch als gleichberechtigte Amtssprachen im gesamten Territorium definieren (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 3-4).

Aus dieser formalen Gleichstellung erwachsen umfangreiche Verpflichtungen für sämtliche staatlichen Ebenen. Auf institutioneller Ebene garantiert der Rechtsrahmen, dass jede Behörde in beiden Amtssprachen kontaktiert werden kann (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 11). Im Justizwesen ist verankert, dass Gerichtsverfahren in der von den Parteien beantragten Amtssprache durchgeführt werden (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 4). Zudem müssen alle offiziellen Dokumente, Verträge und Gesetze zwingend in beiden Sprachen veröffentlicht werden (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 11). Da beide Sprachversionen eines Gesetzes denselben rechtsverbindlichen, autoritativen Status besitzen, verlangt das Recht eine absolute inhaltliche Konsistenz (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 12-13). Für die Arbeit innerhalb staatlicher Gremien besteht zudem die Pflicht, auf Anfrage Dolmetscherdienste bereitzustellen. Die hohe Relevanz dieser Vorgaben spiegelt sich auch im parlamentarischen Verfahren wider: Gemäß Artikel 81 der Verfassung gelten Gesetze über den Sprachgebrauch als Gesetzgebung von vitalem Interesse (*legislation of vital interest*) und erfordern für Änderungen eine doppelte Mehrheit im Parlament, die auch die Stimmen der Minderheitenvertreter einschließt (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 4-5).

4.4.4.1.2 Diskrepanz zwischen Rechtsnorm und Praxis

Obwohl der gesetzliche Rahmen oftmals als umfassend und fortschrittlich empfunden wird, zeigt die praktische Umsetzung erhebliche Unterschiede zwischen den rechtlichen Vorgaben und der tatsächlichen Anwendung im Alltag. So verweisen beispielsweise internationale Organisationen sowie zivilgesellschaftliche Akteur:innen auf eine inkonsistente Anwendung der Sprachgesetze und wiederkehrende Abweichungen von den gesetzlichen Verpflichtungen. In vielen staatlichen Institutionen dominiert in der alltäglichen Kommunikation die albanische Sprache, während serbische Übersetzungen unvollständig, verspätet oder fehlerhaft sind. Offizielle Formulare liegen teils ausschließlich auf Albanisch vor, was den Zugang serbischsprachiger Bürger:innen zu öffentlichen Dienstleistungen einschränkt. Außerdem werden neben dem Serbischen ebenso die Minderheitensprachen im Kosovo marginalisiert (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.3 Institutionelle Barrieren und Umsetzungsprobleme

Zu den zentralen strukturellen Problemen zählen Faktoren, die bereits in Abschnitt 5.1.2 angedeutet wurden: Engpässe bei qualifizierten Übersetzer:innen, begrenzte finanzielle und organisatorische Mittel sowie eine noch unzureichende Sensibilisierung für Sprachrechte innerhalb der Verwaltung. Insbesondere Gerichte und Verwaltungsbehörden weisen auf Kapazitätsengpässe hin, die eine konsequente Zweisprachigkeit erschweren. Darüber hinaus berichten Vertreter:innen der serbischen Gemeinschaft von Fällen, in denen die Kommunikation auf Serbisch faktisch verweigert oder auf albanischsprachige Dokumente verwiesen wird. Solche Erlebnisse werden sowohl als Zeichen politischer Spannungen als auch administrativer Vernachlässigung gedeutet (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.4 Symbolische Dimension und gesellschaftliche Wahrnehmungen

Neben funktionalen Zugangsbarrieren ist ebenso die symbolische Bedeutung der serbischen Sprache von großer Wichtigkeit. In Teilen der Öffentlichkeit und in den Medien wird Serbisch, insbesondere die kyrillische Schrift, mit historischen und politischen Konflikten verknüpft und manchmal als fremd oder provokativ empfunden. Diese Wahrnehmungen fördern eine tatsächliche Marginalisierung im öffentlichen Raum. Die serbische Gemeinschaft assoziiert dies mit einem umfassenderen Empfinden von sprachlicher Unsichtbarkeit und kultureller Distanz (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.5 Regierung und begrenzte Fortschritte

Die kosovarische Regierung hebt Maßnahmen zur Förderung der Zweisprachigkeit hervor, wie die Erweiterung von Übersetzungsdiensten in Parlament und Regierung sowie zusätzliche Hilfe für das Sprachkommissariat. Diese Initiativen weisen auf ein zunehmendes Problembewusstsein hin. Ihre Wirkung bleibt jedoch begrenzt, solange die bereits genannten strukturellen Defizite und das Fehlen einer systematischen Qualitätssicherung nicht nachhaltig angegangen werden (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.6 Betonung der politischen Fortschritte

Albin Kurti, der kosovarische Premierminister, stellt die Lage der Sprachrechte deutlich positiver dar, als sie in unabhängigen Berichten erscheint. Er erwähnt mehrere Maßnahmen, welche seine Regierung nach eigener Aussage zur Förderung der serbischen Sprache ergriffen hat. Außerdem hebt Albin Kurti hervor, dass serbische Übersetzungen in den Sitzungen der Kosovo-Versammlung sowie bei Regierungssitzungen implementiert wurden und dass Pressemitteilungen des Büros des Premierministers mittlerweile regelmäßig in zwei Sprachen veröffentlicht werden. Zusätzlich betont Kurti, dass das Budget für das Amt des Sprachkommissars deutlich erhöht worden sei und die Schaffung einer weiteren Stelle zur Sprachkontrolle und -harmonisierung in Erwägung gezogen werde. Regierungsangaben zufolge ist zudem die Anzahl der serbischsprachigen Übersetzer:innen gestiegen. Diese genannten Schritte deutet der Premierminister aus dieser Perspektive als Beleg für eine zunehmende Sensibilität gegenüber Minderheitenrechten und als Signal politischer Offenheit. Dies werde durch seine teilweisen Redebeiträge auf Serbisch bei internationalen Anlässen zusätzlich symbolisch unterstrichen. Allerdings gesteht er ein, dass die praktische Umsetzung vieler Maßnahmen aufgrund der allgemeinen personellen Schwierigkeiten weiterhin erschwert wird (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.7 Marginalisierung in institutioneller Kommunikation

Trotz der von der Regierung betonten Fortschritte wird in der institutionellen Kommunikation des Staates deutlich, dass die serbische Sprache in der Tat häufig nur eine untergeordnete Rolle spielt (vgl. Mirković, 2025). Die serbische Sprachversion auf den Webseiten staatlicher Einrichtungen ist nicht nur oft unvollständig, veraltet oder fehlerhaft, sondern in manchen Fällen gar nicht vorhanden. Die albanische Sprache dominiert ebenfalls in sozialen Medien, während serbische Inhalte nur sporadisch und oft von unzureichender sprachlicher Qualität

sind. Zudem ist es bemerkenswert, dass selbst Institutionen, welche einen besonderen Bezug zu Minderheitenrechten haben, wie der Kosovo-Presserat oder das Büro der Ombudsperson, keine konsistenten zweisprachigen Kommunikationsstandards bieten. Diese Praxis verstärkt den Eindruck, dass Serbisch im öffentlichen Raum zwar rechtlich anerkannt, aber in der symbolischen und funktionalen Dimension staatlicher Kommunikation weiterhin marginalisiert bleibt (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

Die Marginalisierung zeigt sich auf kommunaler Ebene besonders deutlich. In den vier nördlichen Gemeinden (Leposavić, Zvečan, Mitrovica und Zubin Potok), die überwiegend serbisch besiedelt sind (vgl. Tschinderle & Tskouko, 2022), wurden alte kyrillische Schilder entfernt und durch neue, dreisprachige Schilder ersetzt, die Institutionen, Straßen und Gemeinden auf Albanisch, Serbisch (in lateinischer Schrift) und Englisch kennzeichnen. Auffällig ist dabei, dass der albanische Text hervorgehoben bzw. größer geschrieben wird, während Serbisch und Englisch in deutlich kleinerer Schrift erscheinen. In diesen Gemeinden stellt die serbische Bevölkerung die Mehrheit, weshalb diese Praxis einen eindeutigen Verstoß gegen die Verfassung (Artikel 5 und 59) darstellt. Der systematische Nachteil der serbischen Sprache im lokalen Kontext verstärkt den Eindruck einer funktionalen Marginalisierung und Ungleichbehandlung (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.8 Sprachbarrieren in Justiz und Verwaltung

Im Bereich der Justiz und öffentlichen Verwaltung zeigen sich die Sprachprobleme besonders gravierend. Fehlende oder qualitativ mangelhafte Übersetzungen betreffen ebenso zentrale Rechtsdokumente, Verwaltungsakte und die Beschilderung öffentlicher Einrichtungen. Dies führt in der Praxis zu Verzögerungen, Missverständnissen und einem eingeschränkten Zugang zu Rechtsdienstleistungen. Obwohl Übersetzungen in Gerichtsverfahren formal bereitgestellt werden, fehlt es oft an professioneller Qualität und konsistenter Terminologie (vgl. Mirković, 2025). Spontane Dolmetschlösungen, Mehrfachübersetzungen und der Verdacht auf maschinell erzeugte Übersetzungen können zu inhaltlichen Ungenauigkeiten führen und damit die Rechtsunsicherheit verstärken. Internationale Beobachtungsberichte weisen immer wieder auf Mängel bei der Verfügbarkeit und der Qualität von Dolmetsch- und Übersetzungsdiensten hin. Betroffene haben den Eindruck, dass Serbisch im rechtlichen Alltag nicht als gleichwertiges Arbeitsinstrument angesehen wird. Erwähnenswert ist, dass zahlreiche Berichte belegen, dass die serbische Sprache und das kyrillische Alphabet in offiziellen Dokumenten nicht ausreichend berücksichtigt werden, selbst bei grundlegenden Tätigkeiten wie der Erstellung von Gesetzen

oder Verordnungen. Die Behörden können aufgrund der Unklarheiten im Sprachengesetz die kyrillische Schrift weitgehend zugunsten der lateinischen Schrift verdrängen (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.9 Sprachbarrieren im Polizeiwesen und im öffentlichen Kontakt

Auch im Polizeiwesen wird deutlich, dass die fehlende funktionale Zweisprachigkeit Konfliktpotenzial birgt, besonders in den mehrheitlich serbisch bewohnten Gemeinden des Nordkosovos. Berichte legen nahe, dass es in Situationen der Interaktion zwischen Polizeibeamt:innen und Bürger:innen immer wieder zu Verständigungsproblemen kommt, etwa wenn die Kommunikation hauptsächlich auf Albanisch eingefordert wird oder die Sprachkenntnisse auf beiden Seiten nicht ausreichen. Dies führt einerseits zu praktischen Schwierigkeiten im Behördenkontakt und andererseits zu einem Gefühl der institutionellen Distanz sowie der Unsicherheit über das Recht, Serbisch im Umgang mit staatlichen Organen zu verwenden. Es gibt zwar formale Beschwerdemechanismen, aber auch hier ist die institutionelle Kommunikation oft überwiegend albanischsprachig. Obwohl neuere Initiativen zur Einstellung von Übersetzungs- und Dolmetschdienstleistungen auf ein zunehmendes Problembewusstsein innerhalb der Polizei hinweisen, ist ihre Wirkung bislang nur punktuell und strukturell begrenzt. Auf kommunaler Ebene verschärft zudem die „Albanisierung der serbischen Sprache“ die Situation, da serbische Bürger:innen in ihren eigenen Gemeinden oft gezwungen sind, Latein statt Kyrillisch zu verwenden, selbst bei offiziellen Dokumenten. Diese Praxis wird als ein Angriff auf die kulturelle und sprachliche Identität der Serb:innen angesehen und trägt zusätzlich zu einem zunehmenden Misstrauen gegenüber den Institutionen bei (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.1.10 Medien, Banken und öffentliche Dienstleistungen

Von den Sprachproblemen ist ebenso der Bereich der Medien, des Finanzsektors und der alltäglichen Dienstleistungen betroffen. Serbischsprachige Medien erhalten offizielle Informationen oft nur in albanischer Sprache, was nicht nur ihre Arbeit erschwert, sondern auch ihre Reichweite innerhalb der serbischen Gemeinschaft begrenzt. Pressemitteilungen von öffentlichen Institutionen werden oftmals verzögert oder gar nicht ins Serbische übersetzt. Außerdem erfolgen öffentliche Veranstaltungen teilweise ohne serbische Simultanübersetzung. In Banken und Versorgungsunternehmen lässt sich ebenfalls beobachten, dass serbische Sprachoptionen zwar formal existieren können, jedoch in der Praxis unvollständig, funktional eingeschränkt oder sprachlich fehlerhaft sind. Insgesamt ergibt sich so ein Bild, in dem die

serbische Sprache im administrativen und gesellschaftlichen Alltag nur begrenzt als gleichwertige Kommunikationssprache etabliert ist. Wie der stellvertretende Ombudsmann Srđan Sentić hervorhebt, ist Sprache nicht nur ein Mittel zur Kommunikation, sondern auch eine wesentliche Grundlage für kulturelle und ethnische Identität. Die begrenzte Nutzung des kyrillischen Alphabets sowie die geringe Präsenz der serbischen Sprache wirken sich direkt auf das kulturelle Selbstverständnis der serbischen Gemeinschaft im Kosovo aus (vgl. Lazarević & Vukosavljević, 2025).

4.4.4.2 Status der albanischen Sprache im Kosovo

Obwohl Albanisch die dominante Amtssprache des Kosovo ist, bleibt ihre flächendeckende Vermittlung durch die ethnische Trennung des Bildungssystems eingeschränkt (vgl. Cvetković, 2022a). Gestützt auf Sandra Cvetković werden im Folgenden der rechtliche Rahmen, die gesellschaftliche Nachfrage nach Sprachkursen sowie die historischen Ursachen dieser Segregation analysiert. Ziel ist es, die Diskrepanz zwischen institutioneller Dominanz und fehlendem interlingualen Austausch aufzuzeigen.

4.4.4.2.1 Rechtlicher Status und institutionelle Rahmenbedingungen

Laut Cvetković (2022a) besitzt Albanisch im Kosovo den Status einer Amtssprache und wird formal gleichberechtigt mit dem Serbischen behandelt. Jedoch ist ihre Nutzung trotz dieser rechtlichen Gleichstellung im Bildungssystem stark durch strukturelle Trennungen geprägt, die seit dem Ende des Krieges andauern. Mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende des Kosovo-Krieges ist die Regelung zum Erlernen der Amtssprachen im Bildungssystem noch nicht einheitlich. Die Bildungseinrichtungen arbeiten in getrennten Systemen ohne institutionelle Verbindungen, was direkte Auswirkungen auf den Status und die Verbreitung der albanischen Sprache hat. In Schulen, die zum serbischen Bildungssystem gehören, erfolgt kein Albanischunterricht. Umgekehrt wird in Schulen, die nach den Lehrplänen des kosovarischen Bildungsministeriums arbeiten, kein Unterricht in serbischer Sprache angeboten. Diese parallelen Bildungssysteme bewirken, dass die albanische Sprache zwar eine institutionelle Anerkennung erfährt, jedoch nicht als Kommunikations- und Bildungssprache für alle Bevölkerungsgruppen flächendeckend vermittelt wird. In der Konsequenz führt diese strikte Segregation dazu, dass den jüngeren Generationen zunehmend die Basis für eine interethnische Kommunikation entzogen wird (vgl. Cvetković, 2022a).

4.4.4.2.2 Gesellschaftliche Nachfrage und digitale Lernangebote

Untersuchungen und Analysen des beim Büro des Premierministers angesiedelten Sprachkommissariats zeigen, dass es in der Gesellschaft einen Bedarf und eine Bereitschaft zum Erlernen der jeweiligen Amtssprache gibt. Diese Beurteilung wird durch die Verwendung einer digitalen Lernplattform für Albanisch und Serbisch untermauert, welche von ungefähr 70.000 Personen aus unterschiedlichen Gemeinschaften besucht wird. Die Existenz und Nutzung solcher Angebote weisen darauf hin, dass das Albanische als relevante Sprache über institutionelle Grenzen hinweg wahrgenommen wird (vgl. Cvetković, 2022a).

4.4.4.2.3 Politische Debatten und unterschiedliche Sprachbewertungen

Zugleich wird ersichtlich, dass die Einführung des Albanischen als Unterrichtsfach weiterhin ein politischer Streitpunkt ist. Während Vertreter:innen gesellschaftlicher Institutionen die bereits erwähnte Offenheit in der Bevölkerung beobachten, wird von politischer Seite oft die Behauptung aufgestellt, die Gesellschaft sei für das institutionalisierte Erlernen der albanischen Amtssprache nicht bereit. Zudem gibt es auch unterschiedliche Ansichten in der Bevölkerung darüber, wie wichtig die albanische Sprache ist. Manche räumen anderen Fremdsprachen wie Englisch oder Deutsch eine größere Bedeutung ein und sehen Albanisch nicht als international relevante Sprache (vgl. Cvetković, 2022a).

4.4.4.2.4 Institutionelle Förderung und Bildungsinitiativen

Auf der Ebene des Staates wird Mehrsprachigkeit offiziell als ein grundlegender Wert des gesellschaftlichen Modells im Kosovo betont. Es besteht die Möglichkeit, im Rahmen eines neu entwickelten Curriculums Sprachen der Gemeinschaften als Wahlfächer zu integrieren. Zudem gibt es an der Universität Pristina einen vierjährigen Studiengang, welcher auch Serbisch lehrt, um die interlinguale und interkulturelle Kommunikation zu fördern. Obwohl die Reichweite dieser Initiativen noch begrenzt ist, zeigen sie institutionelle Bemühungen auf, den Sprachkontakt zu stärken (vgl. Cvetković, 2022a).

4.4.4.2.5 Historische Einflüsse auf den Sprachgebrauch

Darüber hinaus ist der Status der albanischen Sprache von historischen Faktoren geprägt. Ältere Generationen der albanischen Bevölkerung besitzen häufig Kenntnisse in Serbisch, da diese Sprache in früheren politischen Systemen für das gesellschaftliche Funktionieren notwendig war. Jüngere Generationen, die nach dem Kosovo-Krieg (Ende der 1990er-Jahre) in das seitdem

bestehende getrennte Bildungssystem hineingewachsen sind, haben infolgedessen kaum schulische Möglichkeiten, die jeweils andere Amtssprache zu lernen (vgl. Cvetković, 2022a).

4.4.4.3 Der rechtliche Rahmen der Minderheitensprachen

Für alle weiteren Gemeinschaften, die traditionell im Kosovo ansässig sind und deren Muttersprache nicht mit den beiden nationalen Amtssprachen identisch ist, wie beispielsweise die bosnische, türkische oder die Romani-Gemeinschaft, sieht die kosovarische Gesetzgebung einen differenzierten Spezialschutz vor. Dieser rechtliche Rahmen ist eng mit dem verfassungsrechtlich verankerten Minderheitenschutz verknüpft und stützt sich im Kern ebenfalls auf das Gesetz über den Gebrauch von Sprachen aus dem Jahr 2006 sowie auf Artikel 58 der Verfassung. Hierbei verpflichtet sich die Republik Kosovo, die höchsten internationalen Standards einzuhalten und insbesondere die Werte der *Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen* sowie des *Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten* des Europarates zu fördern. Im Gegensatz zur landesweiten Gültigkeit der Amtssprachen wird der rechtliche Status von Minderheitensprachen primär auf kommunaler Ebene über feste demografische Schwellenwerte geregelt, die sich am prozentualen Anteil der jeweiligen Gemeinschaft an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Gemeinde orientieren (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 1, 3-4).

Das Gesetz unterscheidet in diesem Kontext zwischen zwei Stufen des kommunalen Sonderstatus. Die erste Stufe regelt die Anerkennung als offizielle Sprache auf Gemeindeebene. Wenn eine Minderheitengemeinschaft mindestens fünf Prozent der Bevölkerung einer Gemeinde ausmacht, wird ihre Muttersprache in dieser spezifischen Kommune als offizielle Sprache anerkannt und erhält dort de jure denselben rechtlichen Status wie das Albanische und das Serbische. Eine historische Ausnahme bildet hierbei die türkische Sprache in der Gemeinde Prizren, die aufgrund traditioneller Verwurzelung unabhängig vom Erreichen dieses Schwellenwerts als offizielle Sprache anerkannt ist. Die zweite Stufe betrifft den Status einer Sprache im offiziellen Gebrauch. Erreicht eine Gemeinschaft einen Bevölkerungsanteil von mindestens drei Prozent innerhalb einer Gemeinde oder ist die Sprache dort traditionell verankert, wird dieser Status gewährt (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 4-5). Flankiert wird dieser kommunale Sprachschutz durch politische Partizipationsrechte auf Gemeindeebene: Sobald eine Minderheitengemeinschaft mindestens zehn Prozent der lokalen Bevölkerung stellt, garantiert Artikel 62 der Verfassung ihr den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeindeversammlung (vgl. Rrahmani, 2018, S. 239). Dies impliziert das Recht der

Bürger, sowohl mündliche als auch schriftliche Kommunikation mit den kommunalen Behörden in dieser Sprache zu führen, und erlaubt es gewählten Gemeindevertretern, ihre Muttersprache in der täglichen Arbeit zu verwenden (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 5). Auf nationaler Ebene schlägt sich der Schutz der Minderheitensprachen ferner darin nieder, dass verkündete Primärgesetze des Zentralstaates neben den Amtssprachen zwingend auch in die bosnische und türkische Sprache übersetzt und publiziert werden müssen (vgl. Najvirtova & Burema, 2014, S. 11).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Sprachpolitik von 1918 bis 1992 einen doch massiven Wandel durchlief: von einem zentralistischen, ideologisch geprägten Unitarismus („Serbo-Kroato-Slowenisch“) hin zu einer weitgehenden Dezentralisierung und Anerkennung sprachlicher Vielfalt. Diese Veränderungen standen stets in engem Zusammenhang mit den jeweils aktuellen Machtverschiebungen innerhalb des jugoslawischen Staatsgefüges. Aufbauend auf diesem historischen und sprachpolitischen Rahmen behandelt Kapitel 5 nun die Geschichte des Kosovo, um die besonderen Entwicklungen und den wechselhaften Status der serbischen und albanischen Sprache in der Region genauer zu untersuchen.

5. Kosovo und seine Geschichte

Die Republik Kosovo liegt im Südosten Europas im Zentrum der Balkanhalbinsel und grenzt im Südwesten an Albanien, im Nordwesten an Montenegro, im Norden und Osten an Serbien bzw. Zentralserbien und im Südosten an Nordmazedonien. Kosovo gehörte völkerrechtlich bis zum 17. Februar 2008 zu Serbien. Am 17. Februar 2008 erklärte der Kosovo seine Unabhängigkeit von Serbien. Diese Unabhängigkeit wird von vielen, aber nicht allen Ländern anerkannt (vgl. Hannover Moser, 2012, S. 416). Während Serbien Kosovo weiterhin als Teil seines Territoriums anerkennt (vgl. Hannover Moser, 2012, S. 416), befürworten das Vereinigte Königreich, Österreich, Polen, Slowenien, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Italien beispielsweise die Unabhängigkeit Kosovos (vgl. Ukshini, 2023, S. 333-334).

Kosovo besitzt eine Fläche von ungefähr 10.877 km² und ist administrativ in 30 Gemeinden unterteilt, wobei Pristina (alb. Prishtinë, serb. Priština) die Hauptstadt ist. Die aktuelle Bevölkerungsdichte beträgt 200 Personen pro Quadratkilometer. Im ehemaligen Jugoslawien wies Kosovo das höchste Bevölkerungswachstum in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg auf, was dazu führte, dass Kosovo ab 1971 mit durchschnittlich 145 Einwohner:innen pro Quadratkilometer zum dichtesten besiedelten Gebiet Jugoslawiens zählte. Nicht nur der Boykott der letzten durchgeführten Volkszählung im Jahr 1991 in Ex-Jugoslawien, sondern auch die hohe Bevölkerungsfluktuation sind der Grund dafür, dass keine genauen Zahlen zur Einwohner:innenzahl und ethnischen Zusammensetzung verfügbar sind. Außerdem sind diese Fragen nach dem Krieg 1999 politisch umstritten, besonders hinsichtlich der Größe der serbischen Bevölkerung. Daher schwanken die Schätzungen zur Gesamteinwohnerzahl Kosovos zwischen 1,7 und 2,4 Millionen Menschen. Während die Volkszählung im Jahr 1991 ergab, dass 1.956.000 Menschen im Kosovo wohnen, davon 82 % Albaner:innen, 10% Serb:innen und 8 % andere, schätzte das Statistische Amt des Kosovo im Mai 2004 ca. 1.900.000 Einwohner:innen, davon hingegen 88 % Kosovo-Albaner:innen, 7 % Kosovo-Serb:innen sowie 5 % Angehörige anderer Minderheiten Kosovos (vgl. Džihic & Kramer, 2006, S. 11).

Die Spannungen zwischen Albaner:innen und Serb:innen resultieren aus einem langanhaltenden Konflikt, dessen Wurzeln weit in die Vergangenheit zurückreichen und der sich immer wieder in bewaffneten Auseinandersetzungen zeigt. Die Gegensätzlichkeit der beiden Kulturen hat ihren Ursprung im 19. Jahrhundert, als verschiedene Nationalbewegungen versuchten, die Nachwirkungen des Osmanischen Reiches für eigene politische und territoriale Ansprüche auszunutzen. Hierbei wurden die als sogenannte „ethno-religiösen Feindbilder“

bezeichnete Vorstellungen gebildet, die ihren Ursprung in gewaltsamen Attacken und politischen Unruhen hatten. Im Kosovo wurden albanische Aufstände gegen die osmanische Herrschaft brutal niedergeschlagen, wobei die serbisch-orthodoxe Bevölkerung oft zwischen die Fronten geriet. Um ein genormtes Nationalbewusstsein zu erzeugen, wurden von den jungen Nationalstaaten zumeist repressive Methoden angewandt. Zwangsbekehrungen, Umsiedlungen oder die Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen zählten dabei zu den bevorzugten Maßnahmen. Zugleich wurde die überwiegend aus Muslim:innen und Albaner:innen bestehende Bevölkerung in den von Serb:innen kontrollierten Regionen Ähnlichem ausgesetzt, da sie verfolgt, unterdrückt oder vertrieben wurde. Diese Entwicklungen führten zu einer erheblichen Verschärfung der ethnischen und religiösen Spannungen zwischen beiden Gruppen. Die Nationalbewegungen jener Zeit propagierten Programme, die damals als fortschrittlich oder emanzipatorisch galten, deren Ziel jedoch die Schaffung ethnisch homogener Regionen war. Die Umsetzung eines Nationalstaates gestaltete sich jedoch als herausfordernd, da das zerfallende Osmanische Reich in Südosteuropa eine komplexe Mischung aus unterschiedlichen ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen beinhaltete. Um dieses Ziel zu erreichen, setzten die neuen Nationalstaaten auf harte Maßnahmen wie Zwangsbekehrungen, Umsiedlungen oder die Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen, um ein einheitliches Nationalbewusstsein zu schaffen. Betroffen waren vor allem Gemeinschaften, deren kulturelle Merkmale nicht mit dem Konzept der dominierenden Kulturnation übereinstimmten. Ein Beispiel dafür ist das Kosovo nach der serbischen Eroberung im Ersten Balkankrieg 1912 (vgl. Petritsch & Pichler, 2004, S. 23-25).

5.1 Ethnische Gruppen im Kosovo

Im Kosovo leben heute nicht nur Kosovo-Albaner:innen und Serb:innen, sondern auch weitere Minderheiten wie Goran:innen, Ashkali, Ägypter:innen, Roma, Türk:innen, Bosniak:innen und Kroat:innen (vgl. Lichnofsky, Pandejmonji & Stojanov, 2017, S. 16). Diese Vielfalt zeigt, dass es zu kurz greift, den Konflikt und die Gesellschaft nur auf die serbisch-albanische Ebene zu reduzieren. Um den Kosovo wirklich zu verstehen, ist es stattdessen notwendig, auch die Lebensrealitäten und Sichtweisen der kleineren Minderheiten genau zu betrachten. Während das kosovarische Statistische Amt den Anteil der Serb:innen auf etwa 7 % und den anderer Minderheiten auf 5 % schätzt (davon 1,9 % Bosniak:innen, 1,7 % Roma, Ashkali und Ägypter:innen sowie 1 % Türk:innen), geht das Belgrader Statistische Zentralbüro von einem serbischen Bevölkerungsanteil von 10 % aus. Obwohl sie heute zahlenmäßig eine Minderheit im Kosovo darstellen, nehmen sie die Bezeichnung „Minderheit“ sowohl aus historischen als

auch aus politischen Gründen nicht an. Obwohl die serbische Bevölkerung heute zahlenmäßig eine Minderheit darstellt, lehnt sie diese Bezeichnung aus historischen und politischen Gründen ab. Entscheidend für die schwierigen Beziehungen ist dabei, dass im Kosovo (im Gegensatz zu Bosnien-Herzegowina) kaum Ansätze eines multiethnischen Lebens existierten (vgl. Džihic & Kramer, 2006, S. 14-15).

5.1.1 Die Goran:innen

Goran:innen sind nicht nur slawischsprachige Muslime, sondern eine ethnische Minderheit im Kosovo, welche hauptsächlich im Süden lebt. Dort sind sie in insgesamt achtzehn verschiedenen Dörfern vertreten. Außerdem befinden sich zusätzlich Goran:innen in ungefähr zehn Dörfern in Albanien und in zwei Dörfern in Mazedonien. In diesen Gebieten kommunizieren sie in einer eigenen Sprache, welche sie als *Našinski* betiteln. Dies ist ein südslawisches Idiom und bedeutet übersetzt „unsere Sprache“ (vgl. Schmidinger, 2013, S. 9).

Herausgebildet hat sich die Sprache aus dem Bulgarischen, Mazedonischen, Slowenischen und Serbokroatischen und wird zusammen mit dem Albanischen, Bulgarischen, Mazedonischen, Rumänischen und den torlakischen Dialekten des Serbischen zum Balkansprachbund gezählt. Das *Našinski* wird von Linguist:innen zu einer Unterart des Torlakischen zugeordnet und beinhaltet Lehnwörter aus dem Albanischen, Mazedonischen und Türkischen. Es stellt sich die Frage, ob es sich bei dieser Sprache um eine eigene handelt oder ob sie einen bulgarischen, mazedonischen oder serbischen Dialekt darstellt, weil sie strukturell mit dem Mazedonischen verwandt ist (vgl. Schmidinger, 2013, S. 23). Das Torlakische ist ein altstokavischer südslawischer Dialekt, welcher vor allem im Südosten Serbiens, aber auch im Südosten des Kosovo, in den östlichsten Regionen Bulgariens, den nördlichsten Teilen Mazedoniens, in der Umgebung von Belgrad und in Rumänien gesprochen wird. Es bildet einen Übergangsdialekt zum Bulgarischen und Mazedonischen, denn auch in diesem Dialekt sind der Infinitiv und teilweise die Deklination verloren gegangen. Erhalten geblieben sind jedoch folgende zwei Fälle: der Nominativ und der sogenannte casus generalis bzw. allgemeiner Fall, welcher alle anderen Fälle ersetzt. Außerdem werden im Torlakischen doppelte Formen von Personalpronomen verwendet (vgl. Lisac, 2003, S. 141-152; Ivić 1985, S. 110, 112). Erwähnenswert ist auch, dass *Našinski* aufgrund der langjährigen serbischen Herrschaft stark von der serbischen Standardsprache beeinflusst wurde. Sowohl das kyrillische als auch das lateinische Alphabet finden Verwendung, wenn *Našinski* als Schriftsprache verwendet wird.

Früher wurde dafür teilweise auch das arabische und griechische Alphabet gebraucht (vgl. Schmidinger, 2013, S. 24-25).

Heute wird *Našinski* meistens nur mündlich verwendet, was nicht bedeutet, dass es nicht auch geschrieben wird, denn die Sprache ist Alltagssprache in den zuvor genannten Gebieten. Trotzdem besitzt sie weder im Kosovo noch in Albanien oder Mazedonien den offiziellen Status einer Amtssprache (vgl. Schmidinger, 2013, S. 24).

5.1.2 Die Ashkali, Roma und Ägypter:innen

Roma, Ashkali und Ägypter:innen sind drei verschiedene anerkannte Volksgruppen im Kosovo, die von der albanischen Mehrheit als „*Magjupë*“ und von der serbisch/bosnischsprachigen Minderheit als „*Cigani*“ // „*Zigeuner“³ betrachtet werden, was auch der Name der Ashkali signalisiert, der von „*kale*“ (Romani) abgeleitet wird und übersetzt „schwarz“ bedeutet. Die Ägypter:innen selbst sehen sich als Nachkommen ägyptischer Einwanderer auf dem Balkan. In der ethnografischen Forschung wird diese Identität nicht als essenziell betrachtet, sondern als hybrides, relationales und historisch gewachsenes Phänomen, das sich in bestimmten Konjunkturen, vor allem während politischer Umbrüche, herausbildet (vgl. Duijzings, 2000, S. 132-134). Ashkali und Ägypter:innen beziehen sich auf eine muslimische, albanisch sprechende, aber nicht-albanische Bevölkerung. Außerdem distanzieren sich diese zwei Gruppen von den Roma und konstruieren folgende zwei Ursprungserzählungen: Ägypten bzw. Persien. Die Erwähnung Ägyptens ist eine Tradition in Europa, die weit zurückreicht: Seit dem 14. Jahrhundert wurden die sogenannten „*Gypsies*“ in Europa mit Ägypten verknüpft. Begriffe wie „*Gypsy*“, „*Gitano*“ oder „*Gitan*“ stammen davon ab. Auf dem Balkan gab es ebenso entsprechende Ethnonyme. Außerdem berichten frühneuzeitliche Quellen von Gruppenführer:innen, die sich als „Herzog:innen von Ägypten“ oder aus „Klein-Ägypten“ stammend bezeichneten. Diese strategische Selbstdarstellung sollte Aufenthaltsrechte, Schutz sowie soziale Akzeptanz in christlich geprägten Gesellschaften erleichtern (vgl. Duijzings, 2000, S. 134-136). Weder Roma noch Ashkali oder Ägypter:innen nehmen sich selbst als Albaner:innen wahr, was auch der Sichtweise der Mehrheitsbevölkerung entspricht. Alle drei Minderheiten verfügen im Parlament des Kosovo über insgesamt vier reservierte Sitze: Jede Gruppe hat jeweils einen eigenen festen Sitz und zusätzlich teilen sie

³ Diese begriffliche Äquivalenz ist nicht richtig, da man im heutigen Sprachgebrauch „Roma“ sagen müsste. Der Begriff wird hier jedoch angeführt, da im serbischen Kontext das Wort „*Cigani*“ verwendet wird, was übersetzt genau diese Bedeutung hat. Die Nennung dient somit nur der exakten Übersetzung der lokalen Fremdbezeichnung.

sich einen vierten gemeinsamen Sitz, der an die Gruppe mit den meisten Stimmen geht (vgl. Lichnofsky, 2013, S. 30). Dies signalisiert, dass sie etwas gemeinsam haben, was sie von den anderen unterscheidet. Außerdem werden sie in den meisten Berichten über den Kosovo und in der Umgangssprache gemeinsam erwähnt und auch als RAE (Roma, Ashkali und Ägypter:innen) zusammengefasst. Weder die Roma noch die Ashkali und Ägypter:innen möchten als RAE bezeichnet werden, weil sie drei verschiedene Ethnien darstellen. Hinzuzufügen ist, dass Ashkali und Ägypter:innen versuchen, sich klar von Roma abzugrenzen, da sie nicht nur eine andere Herkunft, sondern auch eine andere Sprache haben, weshalb Radio- und Fernsehsendungen sowie Zeitschriften für Roma auf Romanes ausgestrahlt und veröffentlicht werden (vgl. Lichnofsky, 2013, S. 30; Trubeta, 2005, S. 71). Im Gegensatz zu den Roma, die eine eigene Sprache beanspruchten, forderten die Ägypter:innen vor allem die Anerkennung als eigenständige ethnische Gruppe sowie eigene Medienangebote, wie Radio- und Fernsehprogramme und setzten diese Forderungen seit 1991 öffentlich durch (vgl. Duijzings, 2000, S. 133-134).

Die Roma, die als „*Magjupë*“ bezeichnet werden, haben seit den 1970er-Jahren, als die internationale Romani-Bewegung begann, Radio, Zeitschriften und fakultativen Sprachunterricht in der Schule. Die Ägypter:innen begannen nach 1999, ihre eigene ethnische Kategorie zu beanspruchen, ohne eine eigene Sprache zu beanspruchen (vgl. Lichnofsky, 2013, S. 39). Ihre verstärkte öffentliche Sichtbarkeit setzte insbesondere Anfang der 1990er-Jahre im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens ein. In dieser Phase traten sie erstmals prominent in Medien auf, knüpften Kontakte zur ägyptischen Botschaft in Belgrad, veröffentlichten Sammlungen von Volksmärchen, Legenden und Bräuchen und äußerten politische Stellungnahmen. Im Jahr 1991 wurden sie im Zuge der Volkszählung explizit als eigene Kategorie erfasst, was ihre nationale Anerkennung politisch untermauerte (vgl. Duijzings, 2000, S. 133-134). Nach dem Krieg 1999 wurden die internationale Gemeinschaft, Menschenrechtsgruppen und Forscher:innen auf Ashkali als ethnische Gruppe aufmerksam (vgl. Lichnofsky, 2013, S. 39).

Roma zogen bereits im 11. Jahrhundert aus ihrer ursprünglichen Heimat in Nordindien in den europäischen Teil des Byzantinischen Reiches, wo es Hinweise auf sie als Wahrsager:innen und Bärenführer:innen gibt: im Jahr 1362 lebten Roma in Ragusa, 1373 wurden sie in Zagreb erwähnt, und in einem Dokument aus dem Jahr 1378, in dem sogar Dörfer sesshafter Roma in Westbulgarien genannt werden. Angesichts dieser geografischen Verteilung ist davon auszugehen, dass im 14. Jahrhundert auch Roma im Gebiet des heutigen Kosovo gelangten

(vgl. Malcolm, 1998, S. 205). Zugleich gab es bereits vor ihrer politischen Sichtbarkeit lokale muslimische Gruppen, die sich Ägypter:innen nannten, deren Selbstdefinition jedoch lange Zeit von der Gesellschaft nicht anerkannt oder ernst genommen wurde. Seit den 1980er-Jahren entstand schrittweise aus solchen lokalen Kontexten eine überregionale „vorgestellte Gemeinschaft“, die nationale Anerkennung über die engen Ortsgrenzen hinaus anstrebte (vgl. Duijzings, 2000, S. 133-134).

5.2 Die Situation im Kosovo in den Jahren 1989-1999

Am 23. März 1989 nahm die Provinzversammlung Kosovos unter erheblichem politischen und sicherheitspolitischen Druck Verfassungsänderungen an, welche die Autonomie der Provinz faktisch beendeten. Das Verfahren war geprägt von militärischer Präsenz, der Einflussnahme serbischer Funktionären und dem Fehlen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit. Am 28. März 1989 wurde die formelle Bestätigung im serbischen Parlament in Belgrad abgegeben. Damit festigte Slobodan Milošević seine Machtstellung in Jugoslawien und erlangte entscheidenden Einfluss auf die föderalen Institutionen. Die Verfassungsänderungen führten im Kosovo zu sofortigen gewaltsamen Protesten, sodass es zwischen März und April 1989 in vielen Städten zu Demonstrationen, Auseinandersetzungen mit der Polizei und erheblicher Repression kam und dadurch zu zahlreichen Todesopfern. Diese Phase war zudem von Massenverhaftungen, lang andauernden Inhaftierungen ohne rechtlichen Beistand und gezielte Maßnahmen gegen die albanische Elite gekennzeichnet. Im Jahr 1990 kam es zu erneuten Protesten, bei denen weitere Todesopfer zu beklagen waren. Obwohl im April 1990 der Ausnahmezustand beendet und bedeutende politische Gefangene entlassen wurden, führten neue Sicherheitsmaßnahmen zu einer verstärkten Kontrolle über die Provinz (vgl. Malcolm, 1998, S. 344).

Das im Jahr 1990 beschlossene Programm zur „Verwirklichung von Frieden und Wohlstand im Kosovo“ stellte einen entscheidenden Einschnitt dar. Es beinhaltete zahlreiche Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und demographischer Art, welche die serbische Bevölkerung begünstigten und die albanische Mehrheit benachteiligten, darunter Eingriffe in Eigentums-, Arbeits-, Medien- und Kulturinstitutionen. Ab Juni 1990 erlaubten „temporäre Maßnahmen“ die Schließung wesentlicher albanischer Institutionen sowie die Entlassung von zehntausenden albanischen Beschäftigten (vgl. Malcolm, 1998, S. 345–346).

Im Juli 1990 proklamierten albanische Abgeordnete Kosovo in einem informellen Akt als gleichberechtigte Einheit innerhalb Jugoslawiens. Die serbischen Behörden reagierten darauf, indem sie die Provinzversammlung und –regierung auflösten. In den darauffolgenden Jahren

bauten die Kosovo-Albaner:innen parallel dazu staatliche Strukturen auf. 1991 wurde ein Referendum über die Unabhängigkeit abgehalten und im Jahr 1992 fanden Wahlen zu einer eigenen Versammlung und Regierung statt. Diese politische Aktivierung gründete sich vor allem auf intellektuellen Netzwerken rund um die Universität Pristina. Berufs- und Kulturverbände spielten eine zentrale Rolle, aus denen Ende 1989 die Demokratische Liga Kosovos (LDK) entstand. Unter der Führung von Ibrahim Rugova umfasste ihre Strategie die Vermeidung von Gewalt, die Internationalisierung der Kosovo-Frage und die systematische Delegitimierung der serbischen Herrschaft durch den Boykott staatlicher Strukturen sowie den Aufbau eigener Institutionen (vgl. Malcolm, 1998, S. 346-347).

Sowohl der Zerfall Jugoslawiens als auch die Kriege ab 1991 wirkten sich zunehmend auf Kosovo aus. Politisch bewirkten die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens eine Neuausrichtung der kosovo-albanischen Führung in Richtung vollständiger Souveränität. Die Situation verschärfte sich erheblich durch den Krieg in Bosnien: Die serbisch-nationalistische Rhetorik stellte Albaner:innen, Bosniak:innen sowie andere muslimische Bevölkerungsgruppen als demographische und religiöse Bedrohung dar, obwohl religiöse Politik in Kosovo kaum Bedeutung hatte (vgl. Malcolm, 1998, S. 350-351).

Infolge der internationalen Sanktionen gegen Serbien und Montenegro kam es zu einem wirtschaftlichen Verfall, enormen Inflationsraten und zunehmender Armut. Teile der albanischen Bevölkerung waren gezwungen, auf informelle Wirtschaftsstrukturen auszuweichen, während viele Albaner:innen unterhalb des Existenzminimums lebten. Zugleich nahm die Kriminalisierung der Wirtschaft zu, was eng mit paramilitärischen Gruppen und nationalistischer Politik verbunden war, welche die Kosovo-Frage gezielt ausnutzten (vgl. Malcolm, 1998, S. 351).

Langfristig sollte die staatliche Politik eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur bewirken. Hierzu zählten Schritte zur „Serbisierung“ des Kosovo, darunter die Einführung der serbischen Sprache, die Einschränkung albanischsprachiger Medien, die Umbenennung von Orten und Straßen sowie das Schließen oder Umgestalten albanischer Forschungs- und Kultureinrichtungen. Zudem wurden Programme zur Ansiedlung serbischer Flüchtlinge realisiert, deren demographische Auswirkungen jedoch begrenzt blieben. Während der Kriegsjahre (1991-1995) war die Abwanderung der albanischen Bevölkerung ins Ausland deutlich größer (vgl. Malcolm, 1998, S. 352-353).

Das 1995 abgeschlossene Dayton-Abkommen führte zu keiner Verbesserung der Situation im Kosovo, da der Konflikt dort nicht behandelt wurde (vgl. Judah, 2000, S. 125) und stärkte

indirekt die Position von Slobodan Milošević in Serbien (vgl. Sell, 2002, S. 240). Die Strategie der gewaltfreien Politik unter Ibrahim Rugova verlor an Glaubwürdigkeit, weil die internationale Anerkennung ausblieb und Vereinbarungen mit Belgrad nicht umgesetzt wurden. Die interne Kritik wuchs, während ab dem Jahr 1996 erstmals bewaffnete Angriffe auf serbische Einrichtungen registriert wurden, welche später von der Kosovo-Befreiungsarmee für sich reklamiert wurden (vgl. Malcolm, 1998, S. 353-355).

Trotz der politischen und militärischen Kontrolle Serbiens stellte sich deren Position langfristig als strukturell geschwächt heraus. Die serbische Bevölkerung im Kosovo stellte eine kleine Minderheit dar, demographische Entwicklungen wirkten der serbischen Dominanz entgegen und selbst innerhalb Serbiens wurden erstmals Überlegungen zu einer möglichen Abspaltung des Kosovo öffentlich erörtert. Die fortdauernde Krise trat damit weniger als kurzfristiges Sicherheitsproblem zutage, sondern wurde als Ergebnis langfristiger politischer, demographischer und ideologischer Entwicklungen sichtbar (vgl. Malcolm, 1998, S. 355-356).

Ab 1997 wuchs die internationale Besorgnis über die Situation im Kosovo. Grund dafür waren nicht nur die zuvor genannten anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien, sondern auch die Verweigerung politischer Selbstbestimmung. Die internationalen Gemeinschaftsinitiativen legten ihren Fokus auf die Forderung nach einer Gewaltabkehr und der Bereitschaft zum Dialog. Einigkeit herrschte lediglich in der Absicht, Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, um Verhandlungen zu ermöglichen. Die Bestimmung des zukünftigen Status des Kosovo wurde kontrovers betrachtet, wobei ein hoher Grad an Autonomie innerhalb der international anerkannten Grenzen akzeptiert werden konnte. Eine Abspaltung als unabhängiger Staat wurde nicht befürwortet. Die höchste Forderung der politischen Führung der Kosovo-Albaner:innen wurde international nur wenig unterstützt. Zur Stabilisierung der Lage setzte die internationale Gemeinschaft auf die Aufrechterhaltung bestehender Sanktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sowie auf diplomatische Maßnahmen. Die Umsetzung des im September 1996 zwischen Milošević und Rugova unterzeichneten Bildungsabkommens, das die Rückkehr albanischer Student:innen und Professor:innen an die Universität vorsah, galt als wichtiger, jedoch bislang nicht umgesetzter Ansatz zur Reduzierung ethnischer Spannungen (vgl. Kaser, Petritsch & Pichler, 1999, S. 209-210).

5.2.1 Hintergrund des Konflikts im Kosovo aus der serbischen Sicht

Die Ansiedlung der Serb:innen in Südosteuropa setzte im Zuge der slawischen Landnahme ab dem 5. bzw. 6. Jahrhundert ein (vgl. Malcolm, 1998, S. 22-23). Zu dieser Zeit wurde die ethnische Landkarte Europas weitgehend geformt. Dabei wurden die Slaw:innen in drei Gruppen unterteilt. Die Südslaw:innen, die sich auf dem Balkan niederließen, waren eine davon. Innerhalb dieser Südslaw:innengruppe bildeten sich drei verschiedene Völker heraus, welche die Vorfahren der heutigen Serb:innen, Kroat:innen und Slowen:innen sind. Das Kosovo war jenes Gebiet, welches die Serb:innen zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert besiedelten. Sie waren hauptsächlich Ackerbauer:innen und bewohnten daher die Ebenen und Flusstäler des heutigen Kosovos, während die Berge den Walach:innen und den Vorfahren der heutigen Albaner:innen überlassen wurden (vgl. Daskalovski, 2003, S. 12).

Edgar Hösch schreibt, dass die slawischen Gruppen seit dem 6. Jahrhundert in das Gebiet des Byzantinischen Reiches vordrangen, was durch die Kriegszüge der Awaren im Donauraum ausgelöst wurde, bei denen slawische Hilfstruppen mitwirkten. Im Jahr 582 wurde mit der Eroberung der Stadt Sirmium den Slaw:innen nach der Zerschlagung des Gepidenreiches und dem Abzug der Langobarden nach Italien (568) ein breiter Zugang zum Inneren des Balkans eröffnet. In byzantinischen Quellen sind dauerhafte Siedlungen der slawischen Eindringlinge, genannt *Sklabiniai* (dt. *Sklavinien*), belegt. Ihre Siedlungsgrenzen können bis heute ungefähr anhand von Ortsnamen nachgezeichnet werden. Demnach war die Besiedlung bis nach Epirus und Makedonien dicht, während slawische Siedler:innen weiter südlich vor allem im Binnenland bis zur Peloponnes vordrangen (vgl. Hösch, 2011, S. 16-17).

Ein besonders wichtiger Einfluss auf die serbische Identität ging von Byzanz aus. Die frühe serbische Staatsbildung wurde stark von der byzantinischen Kultur beeinflusst, da die Serb:innen durch griechische Geistliche christianisiert wurden. Diese religiöse und kulturelle Verbindung (Cäsaropapismus) bildete die Grundlage für die spätere Bedeutung des Kosovo als geistliches Zentrum (vgl. Pilar, 1995, S. 78).

Laut Noel Malcolm sollen Slaw:innen im Gebiet des heutigen Kosovos im 6. Jahrhundert angekommen sein. Von dort aus zogen sie weiter südlich, wahrscheinlich über Makedonien und entlang der Via Egnatia, bis zur Adriaküste. Nach den Awarenkriegen (7. Jahrhundert) siedelten sich zunehmend serbische Gruppen in Raszien (serb. Raška) an, einer Stadt, die sich heute im Süden Serbiens an der Grenze zum Kosovo befindet. Zu jener Zeit galt Kosovo noch nicht als Zentrum, sondern als Nachbarstaat der Serb:innen (vgl. Malcolm, 1998, S. 23-26). Raszien fungierte dabei als das politisch-strategische Zentrum: In einer ständigen Schaukelpolitik

zwischen den Großmächten Byzanz und Bulgarien gelang es den Serb:innen dort, ihre Existenz zu behaupten, indem sie sich meist auf die Seite des jeweils Schwächeren stellten (vgl. Pilar, 1995, S. 79-80).

Noch vor dem 16. Jahrhundert, der Zeit der massenhaften Konversion großer Teile der albanischen Bevölkerung zum Islam, galten die politischen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Serb:innen und Albaner:innen häufig als symbiotisch. Am Ende des 12. Jahrhunderts wurde Kosovo und Metohija in das mittelalterliche serbische Reich integriert. Zu dieser Zeit wurde Kosovo nicht nur als das Herz von Serbien, sondern auch als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der serbischen Nation bezeichnet. In dieser Region befanden sich überall mehr Kirchen und Klöster als in jedem anderen serbischen Gebiet. Aus diesem Grund war Kosovo und Metohija das spirituelle Zentrum der Serb:innen (vgl. Daskalovski, 2003, S. 12). Den Höhepunkt des mittelalterlichen serbischen Staates stellt die Zeit von Stefan Dušan (1331-1355) dar, als dieser Gebiete von Belgrad bis nach Albanien, Epirus, Thessalien und Mazedonien bis hin zur Ägäis umfasste. Dušan bezeichnete sich selbst als der Kaiser der Serb:innen, Griech:innen, Bulgar:innen und Albaner:innen. Bis 1385 war das serbische mittelalterliche Reich größtenteils zerfallen und fiel unter türkische Herrschaft. Serbien, welches stark unter den Feudalherren zersplittert war, trat im Jahr 1389 selbst in die Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) gegen die Osmanischen Truppen ein (vgl. Daskalovski, 2003, S. 12-13).

Für Serb:innen spielte es keine Rolle, ob die Schlacht auf dem Amselfeld eine der größten bewaffneten Auseinandersetzungen Europas war, welche mit der berühmten Schlacht bei den Thermopylen (480 v. Chr.) verglichen werden kann oder ob sie in der Weltgeschichte nur eine geringe Bedeutung hatte. Viel wichtiger war es, dass unter allen Kämpfen um das Kosovo nur diese eine Schlacht prägend für das serbische nationale Bewusstsein wurde. Aus diesem Grund sehen einige serbische Historiker:innen Kosovo nicht als bloßen Mythos, sondern als eine „historische Idee“, welche dem serbischen Volk ermöglicht, eine Verbindung zu seiner realen Vergangenheit herzustellen (vgl. Daskalovski, 2003, S. 13). Die Schlacht auf dem Amselfeld war im 14. und 15. Jahrhundert vor allem von religiöser und kompensatorischer Bedeutung. Fürst Lazar wurde nach der militärischen Niederlage heiliggesprochen. Sein bewusstes Wählen des „Reichs im Himmel“ verwandelte die Niederlage in einen geistigen Sieg. Die Legendenbildung festigte die kollektive Identität unter osmanischer Herrschaft und bot moralische Orientierung für das serbische Volk (vgl. Redjep, 1989, S. 65). In diesem Sinne wurde die Schlacht zum Manifest des serbischen Widerstands gegen die Türken und zum

Symbol für das Herzstück des mittelalterlichen Reiches, das als „Altserbien“ oder „Wiege des serbischen Staates“ verstanden wurde (vgl. Reuter, 1982, S. 25). Die Erzählungen wurden über Jahrhunderte hinweg vielfach abgeschrieben und verbreitet, wobei die Substanz der Legende unverändert blieb. Um die Niederlage zu rationalisieren und das Heldentum der serbischen Kämpfer unbefleckt zu lassen, wurde später das Motiv des Verrats entwickelt, welches an Lazars Schwiegersohn Vuk Branković haften blieb. So wurde die Schlacht zu einem dauerhaften Symbol für Tapferkeit, Opferbereitschaft und nationale Identität (vgl. Redjep, 1989, S. 66). Dies begründete eine starke emotionale Bindung an das Gebiet, die bis heute als Argument für ein „historisches Recht“ der Serben gegenüber der albanischen Bevölkerung dient (vgl. Reuter, 1982, S. 25). Heute dient die Schlacht auf dem Amselfeld vor allem der Identitätsstiftung. Die Ereignisse, die in der „Erzählung“ und in den Volksliedern überliefert sind, verknüpfen die mittelalterliche Staatlichkeit mit dem historischen Bewusstsein nachfolgender Generationen. Sie sind weniger durch die militärische Auseinandersetzung an sich von Bedeutung als durch ihre Funktion als symbolischer Bezugspunkt für die nationale Erinnerung und kulturelle Kontinuität (vgl. Redjep, 1989, S. 70-71), deren weitreichende Auswirkungen bis in die heutige Zeit spürbar sind (vgl. Reuter, 1982, S. 24).

5.3 Hintergrund des Konflikts im Kosovo aus der albanischen Sicht

Aus der albanischen Perspektive besteht eine direkte Verbindung zwischen den alten Illyrer:innen und den Albaner:innen. Deren ethnische und kulturelle Kontinuität wird als historisch belegt angesehen. Nach dieser Darstellung begannen die Serb:innen erst im 12. Jahrhundert gezielt Gebiete zu besiedeln, welche davor von Albaner:innen bewohnt waren. Albanische Historiker:innen behaupten, dass Serb:innen und Montenegriner:innen seit ihrer Ankunft auf dem Balkan versucht hätten, das Land der Illyrer:innen bzw. Albaner:innen zu erobern. So führt der albanische Historiker Pulaha aus, dass die Ausdehnung des serbischen Staates nach Kosovo im 12. Jahrhundert eine Eroberung albanischer Gebiete gewesen sei. Nach der osmanischen Eroberung des Balkans sollen Serb:innen mit Unterstützung der orthodoxen Kirche und Russlands zwei Aufstände im frühen 19. Jahrhundert organisiert haben, wodurch sie eine gewisse Selbstverwaltung erlangten. Aus albanischer Sicht hätten die serbische Kirche, Intellektuelle und politische Führer seit dieser Zeit wiederholt versucht, albanisches Territorium unter ihre Kontrolle zu bringen (vgl. Daskalovski, 2003, S. 16).

5.4 Die albanische Opposition im Kosovo-Konflikt (1989-1999)

In den 1990er-Jahren wurde die albanische Opposition im Kosovo durch die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) unter der Führung von Ibrahim Rugova geprägt. In der zeitgenössischen Berichterstattung und späteren Analysen, wie sie etwa der US-amerikanische Linguist und prominente Kritiker der westlichen Außenpolitik Noam Chomsky in seiner kritischen Aufarbeitung des Kosovo-Kriegs heranzieht, wird die LDK oft als Organisation mit autoritären Zügen beschrieben, die kaum innere Kritik duldete. Die ethnischen Spannungen in der Region reichten jedoch weiter zurück: Aufgrund von Drangsalierung und Diskriminierung durch die kosovo-albanische Mehrheit hatten bereits zwischen 1966 und 1989 ungefähr 130.000 Serb:innen die Provinz verlassen. Reaktion auf die darauffolgende Aufhebung der kosovarischen Autonomie durch Belgrad betrachtete die albanische Bevölkerung die serbische Verwaltung zunehmend als fremde Besatzung, was zu breitem Widerstand führte. Die serbische Regierung rechtfertigte ihre repressive Politik wiederum mit der separatistischen Haltung der neugegründeten LDK, welche die Unabhängigkeit des Kosovo offen anstrebte. Rugovas Strategie basierte auf gewaltfreiem Widerstand und der schrittweisen Loslösung von Serbien. Chomsky stützt sich dabei auf eine Analyse des Journalisten Tim Judah. Dieser führt an, Rugovas Strategie sei im Grunde ein passives Abwarten gewesen: Er habe gehofft, dass die serbischen Bürger:innen aufgrund des demografischen Drucks das Kosovo verlässt, wodurch die Provinz der albanischen Mehrheit am Ende „wie eine reife Frucht in den Schoß“ falle (vgl. Chomsky, 2000, S. 44-45).

Die Kosovo-Albaner:innen boykottierten die jugoslawischen Wahlen von 1992, da sie die Legitimität der serbischen Regierung nicht anerkannten. Zusätzlich verurteilte die LDK alle Teilnehmer:innen als Verräter:innen. Unter Verweis auf die Historikerin Miranda Vickers legt Chomsky dar, dass eine albanische Wahlbeteiligung den Sturz Miloševićs hätte ermöglichen können. Dies sei von der kosovarischen Führung jedoch nicht intendiert gewesen, um die kompromisslose politische Forderung nach einer Grenzänderung und Unabhängigkeit international nicht zu gefährden. In den Jahren 1992–1993 wies Ibrahim Rugova zudem einen Vorschlag des serbisch-jugoslawischen Präsidenten Dobrica Ćosić zur Teilung des Kosovo zurück, da die von ihm geführte „Republik Kosovo“ bereits ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Die serbischen Behörden schritten gegen Rugovas außenpolitische Aktivitäten zunächst nicht ein, da sie hofften, er könne die radikaleren Kräfte in der Region kontrollieren (vgl. Chomsky, 2000, S. 46). Da die Anliegen der Kosovo-Albaner:innen im Friedensabkommen von Dayton (1995) jedoch gänzlich missachtet wurden, verlor ein Großteil der Bevölkerung das Vertrauen

in Rugovas gewaltfreie Politik. In der Folge formierte sich die Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK) als militante Gegenbewegung. Laut einer von Chomsky zitierten Analyse des Journalisten Chris Hedges reichten die konspirativen Ursprünge der UÇK zwar bis in das Jahr 1991 zurück, doch trat sie erst ab Mai 1993 mit ersten bewaffneten Angriffen auf serbische Polizeibeamte aktiv in Erscheinung. Hedges beschreibt die UÇK dabei als eine Organisation mit tiefen ideologischen Spaltungen: Einerseits umfasst sie eine rechtsgerichtete, teilweise faschistische Fraktion, die aus Nachkommen der SS-Division „Skanderbeg“ und den Erben der Kacak-Rebellen der 1920er-Jahre bestand. Andererseits gab es eine linksgerichtete, kommunistische Fraktion, die historische Verbindungen zum ehemaligen albanischen Regime unter Enver Hoxha hatte. Das gemeinsame Ziel, die vollständige Unabhängigkeit des Kosovo mit Gewalt zu erzwingen, blieb das verbindende Element beider Lager (vgl. Chomsky, 2000, S. 46-47).

Die historische Analyse des Kosovo zeigt, dass sich der Status von Serbisch und Albanisch stark verändert hat und gesetzliche Gleichberechtigung oft nicht der Realität entsprach. Im folgenden Kapitel wechselt die Arbeit von der historischen Betrachtung zur empirischen Analyse, in der Methodik und Materialsammlung für den heutigen öffentlichen Raum vorgestellt werden.

Teil II: Forschung

6. Materialsammlung und Methode der Forschung

Für die Untersuchung wurde ein empirisch-qualitativer Ansatz ausgewählt, welcher auf der Erfassung von visueller Sprache basiert. Als Untersuchungsorte dienten alle Städte und Dörfer, die im Kosovo während der dreitägigen Reise erkundet wurden. Dazu zählen folgende: Leposavić (alb. Leposaviq; serb. Leposavić), Pristina (alb. Prishtina; serb. Priština), Banjska (alb. Banjskë, serb. Banjska), Gračanica (alb. Graçanicë; serb. Gračanica), Gjakova (alb. Gjakova; serb. Đakovica), Prizren (alb. Prizreni; serb. Prizren), Velika Hoča (alb. Hoçë e Madhe), Deçani (alb. Deçani; serb. Dečani) und Peja (alb. Pejë; serb. Peć). Die besuchten Orte wählte die Kirchengemeinde gezielt deshalb aus, weil sich dort bis heute bedeutende serbisch-orthodoxe Kirchen und Klöster befinden, die für die religiös-kulturelle Identität der Gemeinschaft eine bedeutende Rolle spielen. Erwähnenswert ist, dass alle Orte explizit besucht und untersucht wurden, während Leposavić, Pristina sowie Gjakova lediglich auf dem Weg durchfahren wurde. Dort wurde somit kein Forschungsstopp eingelegt. Dennoch konnten Beobachtungen zur lokalen Sprachlandschaft aus dem Reisebus aus erfasst und aufgenommen werden. Der längste Aufenthalt war jedoch jener in Prizren, da dort über einen Zeitraum von ungefähr acht Stunden die umfangreichsten Beobachtungs- und Dokumentationsarbeiten durchgeführt wurden. Dafür wurden vom 31. Oktober 2025 bis zum 02. November 2025 öffentliche Beschriftungen jeder Art fotografisch dokumentiert. Dabei wurde darauf geachtet, dass auch visuelle Elemente, wie beispielsweise Symbole, Bilder, Graffiti und andere dekorative Gestaltungen aufgenommen werden. Die fotografische Erfassung diente einerseits der Sicherung des Materials. Andererseits ermöglichte sie auch eine wiederholte und detaillierte Auswertung unabhängig von witterungsbedingten oder zeitlichen Einschränkungen vor Ort. Im Anschluss an die Datensammlung wurden die Fotografien systematisch ausgewertet. Jede Aufnahme wurde einzeln im Hinblick auf sprachliche Merkmale, inhaltliche Aspekte sowie symbolische Gestaltung analysiert und beschrieben. Diese detaillierte Erfassung dient als methodische Grundlage für die anschließende Gegenüberstellung der empirisch feststellbaren Sprachlandschaften mit den sprachpolitischen Rahmenbedingungen des sozialistischen Jugoslawiens und den späteren sprachpolitischen Ausrichtungen des Kosovo. Außerdem wird versucht, die Forschungsfragen (siehe Einleitung) mit Hilfe dieser Fotografien zu beantworten.

6.1 Kriterien und Merkmale der Ausarbeitung

Die gesammelten Daten umfassen eine Vielzahl öffentlicher und halböffentlicher schriftlicher Äußerungen und Zeichen, wie sie in der *Linguistic-Landscape*-Forschung üblicherweise berücksichtigt werden. Es wurden Fotos von Straßenschildern, Werbetafeln, Warntafeln,

Produktaufklebern auf Kosmetikartikeln (z. B. Seifen-, Duschgel- und Shampooetiketten, Verpackungsfolien von Toilettenpapier), Aufklebern auf Plastikflaschen sowie Aufdrucken auf Saft Dosen aufgenommen. Zusätzlich wurden Graffiti, Plakate, Sticker, Beschriftungen auf Schaufenstern und an Geschäftstüren, zusätzliche Werbetafeln von Geschäften, Auto- bzw. Buskennzeichen sowie Orientierungstafeln in und um Klöster erfasst. Dank dieser Vielfalt kann eine Untersuchung von verschiedenen Akteursgruppen (Top-down vs. Bottom-up) sowie unterschiedlicher Funktionskategorien wie kommerzieller, informativer oder symbolischer Kommunikation erfolgen.

Der Begriff „Zeichen“ bezeichnet hierbei öffentliche Zeichen, also beschriftete Flächen im öffentlichen Raum, die sich nicht nur an eine unbestimmte Gruppe von Menschen richten, sondern auch Informationen von allgemeinem Interesse vermitteln. Dazu zählen beispielsweise sowohl Wegweiser, Warnhinweise oder topografische Informationen als auch Schilder aus Werbung und Marketing. Da beide Arten Informationen von allgemeiner Bedeutung transportieren können, ist eine eindeutige Trennung zwischen kommerziellen und nicht-kommerziellen Zeichen dabei nicht möglich. Öffentliche Zeichen sind eine spezielle Form semiotischer Zeichen, da sie für etwas anderes stehen als für sich selbst. Ihre Bedeutung entsteht durch die Beziehung zwischen Zeichen und Referent:in. Ein Firmenschild an einem Gebäude verweist z.B. darauf, dass sich dort der Sitz des Unternehmens befindet und repräsentiert das Unternehmen als Ganzes. Zeichen müssen dabei nicht zwingend direkt mit ihren Referent:innen verbunden sein, sondern können auch den Weg zu ihnen weisen oder lediglich Aufmerksamkeit auf sie lenken. Entscheidend ist, dass öffentliche Zeichen nur dann sinnvoll funktionieren, wenn sie im passenden räumlichen und situativen Kontext platziert sind. Ein Zeichen erfüllt seine Bedeutung nur am richtigen Ort und zur richtigen Zeit. Dies gilt für alle Arten öffentlicher Zeichen, unabhängig davon, ob sie materielle Objekte, Regeln, Orte oder andere Konzepte bezeichnen. Ein Verkehrszeichen ist daher nur dann ein Zeichen im semiotischen Sinne, wenn es an der vorgesehenen Stelle im Straßenraum angebracht ist und dort seine Funktion erfüllt (vgl. Backhaus, 2007, S. 19-20).

In den erhobenen Daten befinden sich monolinguale, bilinguale und auch multilinguale Schriftpraktiken. Wie zu erwarten dominierten sprachlich Albanisch und Serbisch, ergänzt durch Englisch im kommerziellen Bereich. Beide im Kosovo relevanten Schriftsysteme, die lateinische und die kyrillische Schrift, waren aufzufinden, wobei letztere ausschließlich bei serbischen Aufschriften vorkam. Daneben wurde ebenfalls darauf geachtet, ob die sprachlichen Äußerungen in der Groß- oder Kleinschreibung erschienen und ob bei den serbischen Schriften,

die mit dem lateinischen Schriftsystem verfasst wurden, diakritische Zeichen vorhanden sind oder nicht. Ein wichtiges Element der Analyse besteht darin zu beobachten, welche Sprachen und Schriftsysteme an bestimmten Orten vorhanden bzw. abwesend sind. Gerade an politisch und kulturell sensiblen Orten kann die Anwesenheit oder das Fehlen einer Sprache im öffentlichen Raum viel darüber aussagen, welche Gruppen dort präsent sind, welche dominieren oder welche möglicherweise bewusst ausgeschlossen werden.

Somit spiegeln die Kriterien und Merkmale der vorliegenden Ausarbeitung nicht nur die strukturellen Rahmenbedingungen der Exkursion, sondern auch die methodischen Prinzipien der *Linguistic Landscape* wider. Sie dienen als Basis für die darauffolgende systematische Auswertung und Interpretation der erhobenen Daten im Zusammenhang mit der Sprachenpolitik in der SFRJ und im Kosovo.

6.2 Schwierigkeiten während der Datenerhebung und Analyse

Die Datenerhebung und anschließende Analyse waren mit mehreren Herausforderungen verbunden, welche nicht nur logistischer, sondern auch persönlicher Natur waren. Als serbische Staatsbürgerin gestaltet sich die Einreise in das Kosovo heutzutage nicht unproblematisch, da besonders die Fahrt dorthin ohne serbischen Personalausweis ein gewisses Risiko mit sich zieht, was bereits im Vorfeld eine genaue Planung und Abwägung erforderte. Hinzu kam die Sorge der Familie, die aufgrund der aktuellen politischen Lage und der angespannten Beziehungen zwischen den Gemeinschaften im Kosovo befürchtete, dass sich ein Aufenthalt für serbische Staatsangehörige als potenziell problematisch erweisen könnte. Mit einem serbischen Reisepass dürfen serbische Staatsbürger:innen die kosovarische Grenze nicht überqueren, weil das Kosovo diesen seit 2011 nicht als Reisedokument am Grenzübergang anerkennt. Das Brüsseler Abkommen vereinbarte im selben Jahr, dass Grenzübertritte nur mit einem Personalausweis erfolgen dürfen. Aus diesem Grund können Serb:innen, die keinen serbischen Personalausweis haben, weder nach Kosovo einreisen noch aus dem Kosovo ausreisen (vgl. Zehneli Loxha, 2019).

Ebenso war die eigentliche Datenerhebung vor Ort mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Wie bereits erwähnt, erfolgte ein minimaler Teil der Beobachtungen aus dem Reisebus heraus, sodass sich die Aufnahme der Fotografien oftmals als schwierig erwies. Gründe dafür waren vor allem die Fahrtgeschwindigkeit, aber auch andere Faktoren, wie beispielsweise wechselnde Lichtverhältnisse sowie das Reflektieren der Fenster. Zusätzlich ist es durch die tägliche Verwendung der Handykamera dazu gekommen, dass sich der Akku des Geräts entleerte. Um

dieses Problem zu vermeiden, wurden bewusst zwei Geräte mitgenommen, sodass die Datenerhebung auch bei unerwarteten technischen Ausfällen fortgesetzt werden konnte.

Neben den logistischen Aspekten wirkten sich auch soziale auf den Erhebungsprozess aus. Insbesondere im Kosovo, wo die gesellschaftlich-politische Situation teilweise als angespannt angesehen wird, kann das Fotografieren im öffentlichen Raum sowohl Misstrauen als auch Aufmerksamkeit hervorrufen. Dies führte zu dem Gefühl, dass sich anwesende Personen fragten, aus welchem Grund bestimmte Objekte oder Beschriftungen dokumentiert wurden. Solche Hemmungen erforderten von den Fotografierenden, genau darauf zu achten, was, wann und wie sie fotografierten, um niemanden zu stören bzw. um nicht unangemessen aufzufallen. Zudem herrschte an einigen Orten Aufnahmeverbot. In manchen serbisch-orthodoxen Kirchen sowie Klöstern galten strenge Regeln, welche das Anfertigen von Fotografien verbieten. Da diese Anweisungen selbstverständlich respektiert wurden, konnten bestimmte Elemente der religiösen Sprachlandschaft nicht dokumentiert werden, dafür jedoch jene, die sich außerhalb der Kirchen bzw. Klöster befanden. Auf Basis dieser empirischen Grundlage erfolgt im nächsten Kapitel 7 die detaillierte Analyse der gesammelten Daten, wobei die fotografisch dokumentierten Zeichen in ihrem jeweiligen funktionalen und regionalen Kontext ausgewertet werden.

7. Analyse der Daten

7.1 Straßenschilder, Beschilderung und Warntafeln

Das erste serbisch-orthodoxe Kloster, das besucht wurde, war das in dem Dorf Banjska, welches sich in Zvečan befindet. Dort befand sich am Tor ein Schild, auf dem die Öffnungszeiten des Klosters standen (siehe Abbildung 1 im Anhang). Dieses war ausschließlich auf Serbisch in kyrillischer Schrift verfasst. Ebenso das Schild unmittelbar vor dem Tor, auf dem in Großbuchstaben „ПАРКИНГ“ // „Parking“ lediglich im kyrillischen Schriftsystem auf serbischer Sprache zu lesen war (siehe Abbildung 13 im Anhang). Dies liegt vermutlich daran, dass Zvečan im Norden Kosovos liegt und daher auch mehrheitlich von Serb:innen bewohnt wird.

Anders sieht das Ganze im Süden aus. In Prizren sind fast alle sprachlichen Äußerungen auf Albanisch zu sehen. Zwar steht auf Straßenschildern „RR. /UL./SK.“, was für „rrugë“ (alb.), „ulica“ (serb.) und möglicherweise „sokak“ (türk.)⁴ // „Straße“ steht. Der Grund für diese Vermutung ist die Tatsache, dass Türkisch neben Bosnisch und Romanes den Status von Amtssprachen auf kommunaler Ebene hat.⁵ Trotzdem wird der Name der Straße darunter ausschließlich auf Albanisch geschrieben. Auffällig ist, dass obwohl die Sprachen in der Kopfzeile formal gleichberechtigt nebeneinanderstehen, das Albanische durch die exklusive Verwendung beim Straßennamen eine visuelle sowie funktionale Dominanz erfährt. Genauso lässt sich das im Dorf Velika Hoča beobachten. Dort steht auf dem Straßenschild zwar „RR./UL.“, aber die Straße steht nur in serbischer Sprache im lateinischen Schriftsystem auf dem Schild. Es wurde kein Straßenschild gesehen, bei dem es zu einer Änderung der Namen kam.



Abb. 1 Straßenschild in Velika Hoča



Abb. 2 Straßenschild in Prizren

Dass das rechte Straßenschild auf Albanisch und nicht auf Türkisch steht, ist am „sh“ für „š“ (serb.) bzw. „ş“ (türk.) erkennbar.

⁴ Alle albanischen und türkischen Übersetzungen erfolgten mithilfe von DeepL.

⁵ vgl. dazu Artikel 5 in „Die Verfassung der Republik Kosovo“, [The Constitution of the Republic of Kosovo](#) DEU

In der Hauptstadt Kosovos befindet sich in einem Kreisverkehr ein Straßenschild, welches die Ortsnamen sowohl auf Albanisch zeigt als auch auf Serbisch, jedoch ausschließlich in lateinischer Schrift und ohne diakritische Zeichen (siehe Abbildung 2 im Anhang). Entweder fehlen die Diakritika aus technischen Gründen oder es handelt sich um eine Form der sprachlichen Marginalisierung. Erwähnenswert ist, dass es zusätzlich die serbische Bezeichnung der Städte aufweist. So steht beispielsweise unter „*Ferizaj*“ (alb.) „*Urosevac*“, eigentlich „*Uroševac*“ (serb.) bzw. unter „*Pejë*“ (alb.) „*Pec*“, eigentlich „*Peć*“ (serb.) ebenfalls ohne Diakritika.

In Gračanica befindet sich ein Hinweisschild, das als Werbung für eine Autowerkstatt dient (siehe Abbildung 12 im Anhang). Dieses wurde ausschließlich auf Serbisch verfasst, aber in lateinischer Schrift. Darüber hängt auf derselben Straßenlaterne eine serbische Flagge. In dieser Stadt hängt ebenfalls an einer Straßenlaterne ein Schild, auf dem sowohl auf Albanisch „*avokat*“ als auch auf Serbisch „*advokat*“ // „Anwalt“ im lateinischen Schriftsystem zu lesen ist (siehe Abbildung 11 im Anhang). Žarko Gajić, der Vor- und Nachname des Anwalts steht ebenso nicht auf kyrillisch, aber zumindest mit diakritischen Zeichen.

In Prizren wurde ein Schild auf einem Baumstamm gefunden, das primär auf Albanisch in der Großschreibung gehalten ist und auf einen Taxistand hinweist (siehe Abbildung 3 im Anhang). Der Text „*TAXI PËR KALA*“ steht übersetzt darunter ebenfalls auf Englisch „*TAXI FOR CASTLE*“. Darunter steht noch die Adresse „*Rr. PAL PALUCA*“. Es ist nicht nur ersichtlich, dass hier lediglich „*Rr.*“ für „Straße“ auf Albanisch steht, sondern auch, dass das zweite *r* der einzige Kleinbuchstabe dieser Inschrift ist. Erwähnenswert ist, dass alle Äußerungen dieselbe Schriftgröße haben. In der Stadt wurde eine Warntafel gesichtet, die auf eine Baustelle hinweist (siehe Abbildung 7 im Anhang). Der Text wurde ausschließlich auf Albanisch verfasst. Die ersten zwei Zeilen und die letzten zwei Zeilen stehen in der Großschreibung in einem rot markierten Rechteck, während im Text dazwischen die korrekte Groß- und Kleinschreibung eingehalten wurde. Dies wurde deshalb so verfasst, damit Passant:innen zuerst die Warnung „*TË NDERUAR KALIMTARË JU LUTEMI KUJDES! PUNIME NË KANTIER*“ // „*Liebe Passant:innen, bitte seien Sie vorsichtig! Baustelle*“ lesen und danach erst erfahren, dass es sich dabei um Restaurierungsarbeiten handelt, um den gemeinsamen Raum im historischen Zentrum zu verbessern: „*Në Shesin Shatërvan janë duke u zhvilluar punime restauruese-rehabilituese për përmirësimin dhe ruajtjen e hapësirës sonë të përbashkët në qendrën historike.*“ // „*Derzeit werden am Brunnenplatz Restaurierungs- und Sanierungsarbeiten durchgeführt, um unseren gemeinsamen Raum im historischen Zentrum zu verbessern und zu erhalten.*“. Außerdem steht

in Prizren eine Warntafel, die auf ein Parkverbot aufmerksam macht (siehe Abbildung 4 im Anhang). Der Text wurde wieder ausschließlich in albanischer Sprache in der Großschreibung verfasst, was möglicherweise der besseren Lesbarkeit dient. Auffällig ist, dass „**NDALOHET PARKIMI**“ // „**Parken verboten**“ fettgedruckt ist, aber der Text darunter „*PËRVEÇ AUTOMJETEVE ZYRTARE TË K PRIZREN*“ // „Mit Ausnahme der Dienstfahrzeuge von Prizren“ nicht.

In Dečani hängt auf dem Tor des Klosters Manastir Visoki Dečani ein Schild, auf dem steht, dass die Tür mit einem elektronischen Schloss gesichert ist und somit nur von den KFOR-Soldat:innen (Kosovo Force) geöffnet werden kann. Aus diesem Grund sollten Besucher:innen diese fragen und nicht an der Tür ziehen. Diese Nachricht wurde in drei Sprachen sowie ausschließlich in der Großschreibung verfasst. Der erste Text steht auf Serbisch in kyrillischer Schrift. Darunter steht er nochmals auf Englisch. Zum Schluss ist er ebenfalls in albanischer Sprache abgebildet (siehe Abb. 3). Ähnlich ist dies auch im Patriarchenkloster in der Stadt Peja. Neben dem Eingangstor befindet sich eine Tafel, auf der steht, dass das Patriarchat von Peć im Jahr 2006 in die Welterbeliste des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- sowie Naturerbes der Welt aufgenommen wurde. Daneben lässt sich entnehmen, dass die Aufnahme in diese Liste den außergewöhnlichen universellen Wert des Patriarchats von Peć bestätigt, weshalb es zum Wohl der gesamten Menschheit Schutz verdient. Der erste Text steht auf Serbisch in kyrillischer Schrift. Der zweite ist auf Albanisch zu lesen und der dritte auf Englisch. Die Inschrift steht ebenfalls ausschließlich in der Großschreibung (siehe Abb. 4). Vor dem Eingang befindet sich ein Straßenschild, auf dem der Name des Klosters auf den drei davor genannten Sprachen in derselben Reihenfolge steht. Außerdem hängt im Eingangsbereich eine Orientierungstafel, die jedoch nur auf Serbisch (kyrillisch) und Englisch beschriftet ist. In albanischer Sprache ist kein einziges Wort zu lesen (siehe Abbildung 14 im Anhang).

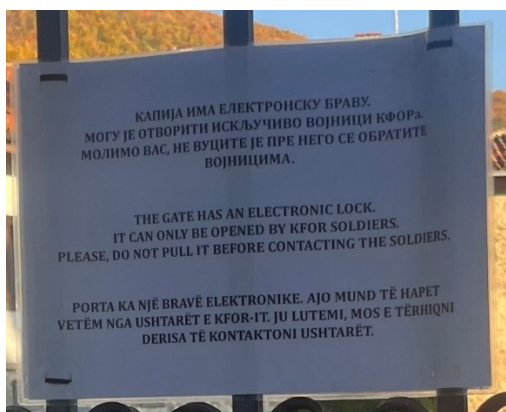


Abb. 3 Schild im Kloster Visoki Dečani

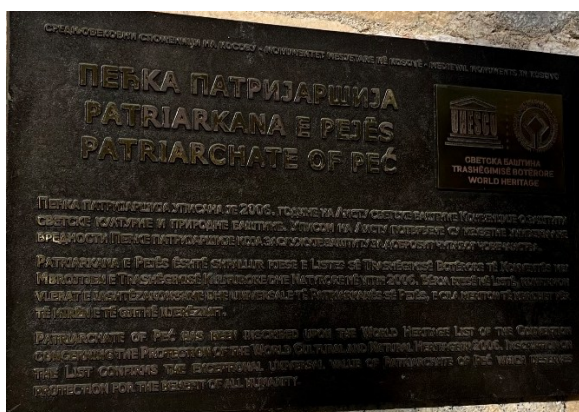


Abb. 4 Tafel im Patriarchat von Peć

7.2 Sprachliche Äußerungen auf Gewerbeflächen

In Gračanica befindet sich ein Friseursalon, auf dessen auf Serbisch „*FRIZERSKI SALON LAKI*“ steht (siehe Abbildung 5 im Anhang). Zudem ist der Text in lateinischer Schrift und in der Großschreibung gehalten. Darunter steht jedoch keine albanische oder englische Übersetzung dafür. Ähnlich ist dies bei der Bäckerei in derselben Stadt, welche den Schriftzug „*PEKARA-FURRA MOST*“ trägt, gleichfalls in Großbuchstaben und im lateinischen Schriftsystem (siehe Abbildung 6 im Anhang). Hier ist ebenso kein kyrillisches Schriftsystem bzw. Übersetzung ins Englisch zu sehen. Anders ist es bei einer Modeboutique, denn auf dem Schaufenster klebt ein Blatt Papier, auf dem in serbischer Sprache „*Radno vreme*“ // „Öffnungszeiten“ steht (siehe Abbildung 10 im Anhang). Darüber hängt ein Schild, auf dem „*Marija Savic B.I.*“ steht. Darunter ist der Schriftzug „*Graçanica – Prishtinë*“ erkennbar. Was dabei auffällt, ist einerseits, dass der Personenname zwar ein serbischer ist, jedoch ohne diakritische Zeichen und in lateinischer Schrift abgebildet ist. Andererseits stehen die Ortsnamen auf Albanisch da. Bei jeder sprachlichen Äußerung wird die Groß- und Kleinschreibung korrekt angewendet.

Doch auch in Pristina lässt sich die Verwendung der englischen Sprache beobachten: Vor einem Teppichgeschäft steht eine Werbetafel, auf der in Großbuchstaben „*NOTA HOME MOBILERIA*“ steht (siehe Abbildung 8 im Anhang). Darunter ist „*ËNDRRA LUKSOZE – LUXURIOUS DREAMS*“ // „LUXUSTRAUM“ zu lesen. Eine ähnliche Werbetafel befindet sich ebenfalls vor einem Mietwagenanbieter in Pristina (siehe Abbildung 9 im Anhang). Auf dieser steht auf Englisch in der Großschreibung „*AUTO RENT A CAR F&F*“. Die englische Sprache wird möglicherweise bewusst verwendet, damit die sprachlichen Äußerungen nicht nur von den Kosovo-Albaner:innen verstanden werden, sondern auch von den Serb:innen sowie Tourist:innen.

In der Stadt Prizren, wo die meiste Zeit der Exkursion verbracht wurde, sind mehrheitlich albanische Beschriftungen oder Texte vorzufinden. Während ein Großteil auf Englisch zu lesen ist, kommt Serbisch kaum vor. Auf dem Schaufenster eines Süßwarengeschäfts steht hängt beispielsweise eine Lichterkette, auf der „*Sweet Shop*“ steht (siehe Abbildung 16 im Anhang). Das Geschäft trägt den Namen „*CANDY LAND SWEET SHOP*“. Dieser ist ebenfalls auf dem Schaufenster zu erkennen. Beide Schriftzüge stehen auf Englisch. Während der Name ausschließlich in Großbuchstaben zu sehen ist, wurde bei der Lichterkette die Groß- und Kleinschreibung eingehalten. Ohne Kenntnis des tatsächlichen Standorts ließe sich vermuten, das Geschäft befinde sich in einer englischsprachigen Stadt. Anders verhält es sich in einem

Geschäft für Modeaccessoires: Während der Schriftzug „*evo accessories*“ in Kleinbuchstaben gehalten ist, findet sich an der Tür der albanische Hinweis „*SHTYJE*“ // „drücken“ in Großbuchstaben (siehe Abbildung 19 im Anhang). Zudem ist auf dem Schaufenster die Adresse des Geschäftes sichtbar: „*Rr. Vatrata Shqiptare pn.*“. Hierbei wird die albanische Abkürzung „*Rr.*“ für „Straße“ verwendet. Bei dem Standort wurde im Gegensatz zu dem Namen des Ladens und dem Befehl auf der Tür die Groß- und Kleinschreibung verwendet. Ein Brillengeschäft in Prizren bestätigt dieses Prinzip: Hier ist der Name „*FAROOPTICAL*“ in Großbuchstaben auf dem Schaufenster angebracht (siehe Abbildung 18 im Anhang). Darunter steht ebenfalls in der Großschreibung auf Englisch „*THE HOUSE OF EYEWEAR*“. Über der Tür steht auf Albanisch „*OPTICA*“ // „Optik“. Außerdem steht die Adresse dabei: „*Rr. Sheshi Shadërvan nr. 59*“. Das „*Rr.*“ steht, wie bekannt, für „Straße“ und das „*nr.*“ steht für „*numri*“ (alb.), was auf Deutsch übersetzt „Nummer“ heißt.

Ein Juwelier in Prizren, der den Namen „*Zana Pearls*“ trägt, zeigt ein weiteres Beispiel für Bilingualität auf (siehe Abbildung 17 im Anhang). Unter dem Namen steht „*HANDMADE JEWELRY*“ // „HANDGEFERTIGTER SCHMUCK“ auf Englisch in der Großschreibung. Auf der Tür befindet sich jedoch die albanische Aufschrift „*Orari i punës*“ // „Arbeitszeiten“, wobei die Groß- und Kleinschreibung beachtet wurde. Zusätzlich sind die Symbole für die Webseiten Facebook, Instagram und TikTok sichtbar, die oberhalb des jeweiligen Accountnamens des Juweliers aufgebracht sind. Im Geschäft hängt unmittelbar im Eingangsbereich ein Schild, auf dem eine Überwachungskamera abgebildet ist. Darüber steht auf Englisch in Großbuchstaben „*WARNING*“. Dies soll darauf aufmerksam machen, dass das Geschäft videoüberwacht wird.

Ein Beispiel für Multilingualität ist die Parfümerie „*D&P perfumum*“, die sich ebenfalls in Prizren befindet (siehe Abbildung 15 im Anhang). Der Name leitet sich von der lateinischen Präposition „*per*“ // „durch“ und das Substantiv „*fumum*“ // „Rauch“⁶ ab. Auf dem Schaufenster wird auf Albanisch der Satz „*Të gjitha harrohen por aroma e juaj kurrë*“ // „Alles ist vergessen, aber dein Duft bleibt.“ wiedergegeben, bei dem die Groß- und Kleinschreibung korrekt angewendet wurde. Über der Tür steht die Adresse ebenfalls ausschließlich mit der albanischen Abkürzung „*Rr.*“ für Straße. Darüber lässt sich in „*Perfume Center*“ die Spur des Englischen erkennen.

Das Schaufenster eines Reisebüros in Prizren weist ebenso Merkmale von Multilingualität auf (siehe Abb. 5). Jedoch handelt es sich bei diesen um folgende vier Sprachen: Albanisch,

⁶ Die lateinischen Übersetzungen erfolgten mithilfe von „Frag Caesar“.

Deutsch, Englisch sowie Türkisch. Ähnlich wie bei dem Juwelier, steht auch auf der Tür des Reisebüros auf Albanisch „*ORARI I PUNËS*“ // „Arbeitszeit“, hier hingegen ausschließlich in Großbuchstaben. In derselben Sprache wird angeführt, in welchen Sprachen Übersetzungen möglich sind: „*Gjermane, Frengje, Angleze, Italiane, Kroate, Turke etc.*“ // „Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Kroatisch, Türkisch“. Erneut steht über der Tür die Adresse mit der albanischen Abkürzung „*Rr.*“ Für Straße und „*Nr.*“ für Nummer. Auf Deutsch tritt lediglich das Wort „*REISEN*“ hervor, welches insgesamt vier Mal in Großbuchstaben zu finden ist. Wesentlich mehr lässt sich in englischer Sprache beobachten: Slogans wie „*gateway to the world*“, Fluggesellschaften wie „*BRITISH AIRWAYS*“, „*ADRIA AIRWAYS*“ bzw. „*KOSOVA AIRLINES*“, die alle in der Großschreibung zu lesen sind sowie einzelne Begriffe „*swiss*“. Im unteren Bereich der Tür findet sich der türkischsprachige Satz „*biletleri burada satılmaktadır.*“ // „Die Tickets werden hier verkauft.“. Dass es sich dabei nicht um Albanisch oder um eine andere Sprache handelt, wird am Buchstaben „*t*“ ersichtlich, den es im Türkischen gibt. Darüber steht der Name einer türkischen Fluglinie „*atlasjet*“. Sowohl der Satz als auch der Name wurden in Kleinbuchstaben verfasst, trotz des Punktes am Satzende. Zudem finden sich auf diesem Schaufenster einige Symbole, die eine eindeutige Verbindung zum Thema Reisen herstellen. Diese sind nicht nur mehrere Flugzeuge und ein zweistöckiger Reisebus, sondern auch eine Flagge von der Schweiz.



Abb. 5 Reisebüro in Prizren

In Peja wurde auf dem Schaufenster des Energieversorgers „*Kesco Energy*“, welches vermutlich amtlich geregelt ist, die erste Spur des Serbischen gefunden (siehe Abbildung 21 im Anhang). Unter dem albanischen „*Energija juaj*“ steht das serbische „*Vaša energija*“ und darunter wiederum die englische Übersetzung „*Your energy*“. Dieses Schild verdeutlicht somit

eine vielschichtige Multilingualität: Die serbische Übersetzung erfüllt die gesetzlichen Vorgaben des Landes, während das Englische aus rein praktischen Gründen hinzugefügt wurde.

Ausschließlich in Prizren wurde ein Geschäft gefunden, welches monolingual gehalten ist. Es handelt sich hierbei um ein Vermessungs- und Katasteramt namens „*Gjeoplus*“ (siehe Abbildung 20 im Anhang). Selbst die Dienstleistungen lassen sich nur auf Albanisch in Großbuchstaben erkennen. Hier steht die Adresse ebenfalls über der Tür, jedoch steht das „*Numri*“ dieses Mal ausgeschrieben da.

7.3 Plakate, Werbungen, Sticker und Graffiti

In der Stadt Leposavić, die im Norden Kosovos an Zentralserbien grenzt und ungefähr 3.185 Einwohner:innen zählt, hängen kilometerlang an jeder einzelnen Straßenlaterne Plakate, die zur Werbung für die politische Partei „*Srpska lista*“ dienen. Auf ihnen steht in kyrillischer Schrift „ЈЕДИНО Српска листа“ // „NUR Srpska lista“ (siehe Abbildung 23 im Anhang). Die Wörter „ЈЕДИНО“ und „листа“ wurden in roter Farbe abgedruckt und „Српска“ in blau. Sie stehen alle auf weißem Hintergrund. Darüber sind drei Streifen abgebildet: der oberste ist rot, der in der Mitte blau und der untere ist weiß. Sowohl die Linien als auch die bewusst gewählten Farben des Slogans kennzeichnen die Farben der serbischen Flagge. Sprachlich auffällig ist, dass lediglich das erste Wort in Großbuchstaben abgedruckt ist, während die anderen zwei die korrekte Groß- und Kleinschreibung aufweisen. Dasselbe Plakat ist im Stadtbild von Gračanica gleich zweimal präsent. Eines davon unterscheidet sich jedoch, weil es auf blauem Hintergrund steht (siehe Abbildung 25 im Anhang). Die Wörter des Slogans sind jedoch in weißer Farbe zu lesen. Diese Partei ist nicht nur die einzige legale und legitime Vertreterin der Serb:innen in den kosovarischen Institutionen, sondern auch die einzige serbische politische Option, die an der Arbeit der zentralen sowie lokalen Institutionen des Kosovo teilnimmt (vgl. Cvetković, 2022b). Neben diesem Plakat klebt ein weiteres, welches auf einem roten Hintergrund ebenfalls in weißer Farbe in kyrillischer Schrift auf Serbisch abgedruckt ist. Es handelt sich um eine Werbung für eine Schule für Volkstanz und Folklore namens „*Venac*“ (siehe Abbildung 26 im Anhang). Diese teilt mit, dass die Schule neue Mitglieder:innen aufnimmt. Darunter stehen alle Standorte, wo es die Volkstanzschule gibt: Gračanica, Laplje Selo, Lepina, Donja Brnjica und Livade. Die albanische Bezeichnung dieser Orte steht jedoch nicht dabei, da das Plakat ausschließlich in serbischer Sprache gehalten wurde.

Ein weiteres Plakat hängt in derselben Stadt, welches Werbung für eine andere politische Partei bietet. In der Mitte steht in lateinischer Schrift „*SRPSKA DEMOKRATIJA*“ // „SERBISCHE

DEMOKRATIE“⁷ in Großbuchstaben (siehe Abbildung 24 im Anhang). Daneben ist ein Logo erkennbar, das sich aus den Buchstaben D und S zusammensetzt. Darüber steht „*ЗА ЧАКОГ ЧОБЕКА ЗА ЧБАКИ КУЋИИ ПРАГ*“ // „Für jeden Menschen, für jede Türschwelle“. Ganz unten ist die Adresse für die Webseite dieser Partei abgedruckt. Jedes Wort auf dem Plakat steht in Großbuchstaben da. Hier wurden ebenso die Farben bewusst gewählt, denn es handelt sich wiederum um jene der serbischen Flagge: rot, blau und weiß.

In Gračanica befinden sich außerdem serbische Graffiti. Auf einem steht in Großbuchstaben „*PREVOZ PUTNIKA SVAKIM DANOM*“ // „tägliche Passagierenbeförderung“ (siehe Abbildung 22 im Anhang). Darunter ist zusätzlich ersichtlich, um welche Route es sich handelt: „*GRAČANICA – KRAGUJEVAC*“. Ein weiteres befindet sich im Dorf Velika Hoča (siehe Abbildung 36 im Anhang). Es handelt sich hierbei um das typische serbische Kreuz mit den vier „C“ (kyrillisch für S), was auch in anderen Ländern bzw. Städten zu sehen ist, in denen viele Serb:innen leben, wie z.B. in der Hauptstadt Österreichs. Diese vier „C“ stehen für „*Samo sloga srbina spašava*.“ // „Nur die Eintracht rettet den Serben.“. In den 1990er-Jahren während des Krieges wurde das Symbol als „Tschetnik-Zeichen“ bezeichnet (vgl. Alvir & Martinović, 2011).

In Peja befindet sich ein englischsprachiges Graffiti mit dem in korrekter Groß- und Kleinschreibung verfassten Schriftzug „*You are enough*.“ // „Du bist genug.“ Steht (siehe Abbildung 37 im Anhang). Daneben befindet sich ein Graffiti, welches an den im November 2016 ermordeten Aktivisten Astrit Dehari erinnert, dessen Tod bis heute ungeklärt ist (vgl. Mehmeti, 2019). In roter Farbe steht ohne Abstand „*#DrejtësiPërAstrit [...]*“ // „Gerechtigkeit für Astrit“. Neben dem Text ist ein Bild des Opfers in schwarzer Farbe zu sehen. Die zwei Farben wurden ebenfalls bewusst gewählt, da diese die Farben der albanischen Flagge aufweisen (siehe Abbildung 38 im Anhang).

Außerdem wurden in Peja insgesamt zwei Mal dasselbe Plakat gesehen, welches als Werbung für einen Boxkampf dient (siehe Abbildung 39 im Anhang). Ganz oben steht auf Englisch in Großbuchstaben „*THE HOMECOMING*“. Darunter wird angeführt, in welcher Stadt dieser stattfinden wird, nämlich „*PEJË, KOSOVË*“, allerdings nur die albanischen Bezeichnungen. Die mittige Aufschrift lautet „*10 NDESHJE NE BOKSIN PROFESIONIST*“ // „10 professionelle Boxkämpfe“. Darunter sind nur die Bilder, sondern auch die Namen der Boxer:innen zu sehen: Lorent Murati, Dielli Vranoci, Kushtrim Veseli und Michaela

⁷ Alle serbischen Zitate/Wörter wurden von der Verfasserin dieser Arbeit übersetzt.

Kotaskova. Am Ende stehen die wichtigsten Informationen, wie Ort, Datum, Uhrzeit und Preise: „*QENDRA SPORTIVE VALON BEGOLLI, PEJË*“ // „Sportzentrum Valon Begolli, Peja“, „*30 KORRIK 2025*“ // „30. Juli 2025“, „*ORA: 19:00*“ // „Zeit: 19:00“, „*TRIBUNA: 5€*“ // „Tribüne: 5€“, „*VIP: 20€*“ // „VIP: 20€“.

In Prizren kleben auf einer Dachrinne zwei Sticker. Auf dem rechteckigen steht „*qkakatre.com*“. Ein Aufruf der Webseite im Internet ist nicht möglich. Der runde Sticker ist mehrheitlich nicht zu erkennen. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass er höchstwahrscheinlich bereits seit längerer Zeit dort klebt oder durch Sonneneinstrahlung verblasst ist. Am oberen Rand lassen sich jedoch in Großbuchstaben die Worte „*THE UNIT[...]*“ entziffern.



Abb. 6 Sticker in Prizren

7.4 Vor dem Kiosk

In Prizren steht ein Kiosk, der neben Zeitschriften, Tabakwaren, Getränken und Snacks auch Eis und weitere tiefgekühlte Produkte verkauft. Doch die in Serbien (Belgrad) ansässige Marke „*Frikom*“ (vgl. Daskalović, 2013), die Eiscreme und andere Tiefkühlprodukte herstellt, trägt in Prizren einen anderen Namen. Dort wird sie unter dem Namen „*Algida*“ geführt. Trotz dieses Unterschiedes handelt es sich in der Tat um die gleichen Produkte sowie um das gleiche Unternehmen. Vermutlicherweise dient die Namenswahl primär dazu, um eine Distanzierung von der serbischen Herkunft der Marke zu schaffen und somit den Markt besser zu bedienen. Was jedoch nicht umbenannt wurde, obwohl es aus Serbien kommt, ist die Chipsmarke „*Clipsy*“. Diese wird auch in Prizren unter diesem Namen verkauft. Auffällig ist, dass die Zutatenliste oder Nährwerttabelle der Lebensmittel auf Albanisch verfasst ist. Auf einer Saftdose steht der Text zuerst in albanischer Sprache, darunter auf Makedonisch und zum Schluss auf Englisch (siehe Abbildung 27 im Anhang). Obwohl Serbisch zu den Amtssprachen

im Kosovo gehört und dort ebenso Serb:innen leben, kommt die Sprache auf dieser Getränkedose nicht vor. Somit verstößt diese Auslassung gegen das kosovarische Verbraucherschutzgesetz (*Law on Consumer Protection*), welches ausdrücklich vorschreibt, dass alle Produktkennzeichnungen zwingend in den beiden offiziellen Amtssprachen (Albanisch und Serbisch) verfasst sein müssen (vgl. International Trade Administration, 2026). Ähnlich ist dies auf dem Etikett einer Wasserflasche, die den albanischen Namen „Zajqeci“ trägt (siehe Abbildung 40 im Anhang). Dieser steht auf der Flasche in Großbuchstaben. Bei dem Slogan „Ruajme shëndetin me ujin tonë.“ // „Bleiben wir gesund mit unserem Wasser.“ wurde die Groß- und Kleinschreibung hingegen beachtet. Auf dem Etikett der Wasserflasche lässt jedoch lediglich die albanische und englische Sprache wiedererkennen. Auf dem Etikett der Wasserflasche sind jedoch lediglich die albanische und die englische Sprache erkennbar (siehe Abbildung 41 im Anhang).

7.5 Kosmetikprodukte der Gastfamilie

Im Badezimmer der serbischen Gastfamilie, die in dem Dorf Velika Hoča lebt, stand am Waschbecken eine Flüssigseife, die ein gutes Beispiel für Multilingualität bietet (siehe Abbildung 28 im Anhang). Die Sprachen, die auf dem Etikett zu erkennen sind, sind Arabisch, Englisch und Türkisch. Auf der Vorderseite der Flüssigseife steht auf Englisch „*Economic Size*“, „*live naturally*“, „*LIQUID SOAP*“ und „*Cherry Blossom*“. Während beim ersten und letzten Text die Groß- und Kleinschreibung korrekt verwendet wurde, erscheint der Slogan ausschließlich in Kleinbuchstaben, wohingegen das englische Wort für „Flüssigseife“ nur in Großbuchstaben gehalten ist. Dieser Begriff wurde ebenfalls auf Arabisch (صابون سائل) und Türkisch (sıvı sabun) übersetzt. Während sich in türkischer Sprache ebenso die Übersetzung zu „*Cherry blossom*“ (kiraz çiçeği) erkennen lässt, ist diese auf Arabisch nicht zu sehen. Dass es sich hierbei um die Sprachen Arabisch und Türkisch handelt, signalisieren die Abkürzungen „AR“ und „TR“, welche auf der Rückseite der Seifenflasche zu lesen sind (siehe Abbildung 29 im Anhang). Dort stehen mehr Informationen, wie beispielsweise die Zutaten oder Warnungen, in denselben drei Sprachen. Außerdem geht aus der Beschriftung hervor, dass die Flüssigseife in der türkischen Stadt Istanbul hergestellt wurde. Möglicherweise ist dies der Grund, wieso die albanische und serbische Sprache auf dem Seifenetikett nicht abgedruckt sind.

Bei einer Shampooflasche stehen auf der Vorderseite zuerst nur folgende zwei Sprachen: Albanisch und Englisch (siehe Abbildung 30 im Anhang). Auf den ersten Blick fällt in Großbuchstaben „*EXTRA CARE SHAMPOO*“ auf, das in englischer Sprache verfasst wurde.

Darunter stehen in korrekter Groß- und Kleinschreibung auf Albanisch nicht nur die Zutaten, sondern auch der Ort, in dem das Shampoo hergestellt wurde: Prizren. Auf der Rückseite stehen hingegen insgesamt über zehn Sprachen (siehe Abbildung 31 im Anhang). Diese sind: Englisch, Albanisch, Bosnisch/Kroatisch, Serbisch/Montenegrinisch, Makedonisch, Bulgarisch, Ungarisch, Griechisch, Rumänisch/Moldauisch, Litauisch. Auffällig ist, dass auf dem Etikett die Abkürzungen „BiH/HR“ für Bosnisch und Kroatisch, „SRB/MNE“ für Serbisch und Montenegrinisch, „RO/MLD“ für Rumänisch und Moldauisch mit einem Schrägstrich nebeneinanderstehen. Dies lässt sich so deuten, dass die Hersteller:innen diese Sprachen entweder als eine oder als zwei Sprachen sehen, da einerseits beide erwähnt werden, aber einerseits einen Text teilen. Erwähnenswert ist, dass weder bei dem bosnischen und kroatischen noch bei dem serbischen und montenegrinischen Text diakritische Zeichen verwendet wurden. Außerdem wurde beim Serbischen die ijekavische Variante verwendet, während ekavisch nicht berücksichtigt wurde. Bei allen vier Standardsprachen wurde das lateinische Schriftsystem verwendet. Die kyrillische Schrift beschränkt sich ausschließlich auf die bulgarischen und makedonischen Textpassagen. Zuletzt geht aus der Kennzeichnung hervor, dass dieses Shampoo in Peja hergestellt wurde.

Ähnlich sieht dies bei einem anderen Shampoo aus, das den Namen „*celys*“ in Kleinbuchstaben trägt (siehe Abbildung 32 im Anhang). Das Englische „*soothing shampoo*“ wurde ebenso klein geschrieben. Darunter steht in derselben Sprache „*almond flower intensive*“. In Großbuchstaben steht hingegen der englische Begriff „*HYDROENERGY*“. Auf der Vorderseite des Etiketts steht unten „*3 in 1 SHAMPOO for all hair types*“. Darunter „*VOLUMIZING for fresh & fuller hair*“ und „*DAILY CARE, MOISTURIZING, ULTRA SMOOTH*“. Dabei fällt nicht nur auf, dass die Groß- und Kleinschreibung beliebig geändert wird, sondern auch, dass die Vorderseite der Shampooflasche ausschließlich auf Englisch formuliert wurde. Auf der Rückseite hingegen lassen sich erneut über zehn Sprachen erkennen. Bei diesem Produkt handelt es sich um folgende: Englisch, Bosnisch/Kroatisch, Serbisch/Montenegrinisch, Albanisch, Italienisch, Makedonisch, Ungarisch, Rumänisch/Moldauisch, Griechisch, Bulgarisch und Französisch. Hier stehen Bosnisch und Kroatisch, Serbisch und Montenegrinisch sowie Rumänisch und Moldauisch ebenso als eine oder zwei Sprache/n da (siehe Abbildung 33 im Anhang). Das Schriftsystem bei den südslawischen Sprachen ist wieder gleich wie bei der ersten Shampooflasche, jedoch wurden bei dieser die Diakritika verwendet. Wiederum wurden lediglich der bulgarische und der makedonische Text in kyrillischer Schrift verfasst. Außerdem wurde auch dieses Produkt in der Stadt Peja hergestellt. Erwähnenswert ist,

dass obwohl in Peja mehrheitlich Kosovo-Albaner:innen leben, die südslawischen Sprachen vor der albanischen stehen.

Anders ist dies bei einer Toilettenpapierverpackung, die sich ebenfalls im Badezimmer der Gastfamilie befand (siehe Abbildung 34 im Anhang). Obwohl das Toilettenpapier in Serbien hergestellt wurde, kommt bei der Produktbeschreibung die serbische Sprache nicht vor. Auffindbar sind folgende: Deutsch, Albanisch, Bulgarisch, Bosnisch, Tschechisch, Estnisch, Französisch, Englisch, Griechisch, Ungarisch, Kroatisch, Italienisch, Litauisch, Lettisch, Polnisch und Rumänisch. Der Hinweis „*OPEN HERE*“ bzw. „*OVDE OTVORITI*“ // „Hier öffnen“ steht jedoch lediglich auf Englisch und Bosnisch oder Kroatisch in Großbuchstaben (siehe Abbildung 35 im Anhang). Bei den südslawischen Sprachen wurden die diakritischen Zeichen korrekt dargestellt.

Zusammenfassend zeigt sich in diesem Bereich eine Tendenz zur funktionalen Zweiteilung der Produktbeschriftungen. Während Englisch als prestigeträchtige Konsumsprache auf der Vorderseite dominiert, dienen die Rückseiten als rein pragmatische Exportwerkzeuge. Bemerkenswert ist dabei, dass die sprachliche Gestaltung und Hierarchisierung oft den politischen und demografischen Realitäten der jeweiligen Herkunftsländer widersprechen.

7.6 Kennzeichen

Während der Fahrt wurden in der Stadt Leposavić, die an Serbien grenzt, ausschließlich serbische Kennzeichen an Personenkraftfahrzeugen gesichtet. Diese waren aus folgenden Städten Serbiens: Kraljevo (KV), Raška (RA), Kragujevac (KG), Novi Pazar (NP), Tutin (TT) sowie Čačak (ČA). Bereits diese Beobachtung ist relevant für die *Linguistic-Landscape*-Forschung, da Kennzeichen staatliche Symbole darstellen, die auf die politische und ethnische Zugehörigkeit der Fahrzeughalter hinweisen. In einer Region wie Leposavić, in der die serbische Bevölkerung die Mehrheit bildet, zeigen die Kennzeichen nicht nur formell die Registrierung in Serbien, sondern signalisieren auch die sichtbare Präsenz und Dominanz der serbischen Bevölkerung im öffentlichen Raum. Sogar im Dorf Velika Hoča, welches sich im Süden Kosovos befindet, gab es mehrheitlich serbische Kennzeichen. Dies stellt die ethnische Zusammensetzung der Region dar, in der die serbische Bevölkerung die Mehrheit bildet und somit stärker im öffentlichen Raum vertreten ist. Die ersten kosovarischen Kennzeichen wurden gegenüber dem Kloster in Gračanica gesichtet, unweit von der Hauptstadt Pristina. Die Verteilung der Kennzeichen verdeutlicht, wie politische Grenzen und ethnische Zugehörigkeit die Präsenz staatlicher Symbole im öffentlichen Raum beeinflussen.



Abb. 7 kosovarische Kennzeichen in Gračanica

Auffällig war, dass die Anzahl der serbischen Kennzeichen geringer wurde, je weiter südlich die Fahrt verlief. In der Stadt Prizren wurden hingegen mehrheitlich kosovarische Kennzeichen beobachtet. Zusätzlich fuhren insgesamt drei Personenkraftwagen mit albanischer Zulassung vorbei. In Peja hingegen waren neben kosovarischen und serbischen Nummernschildern erstmals auch solche aus Montenegro festzustellen, was sich durch die unmittelbare geografische Nähe der Stadt zu Montenegro erklären lässt.



Abb. 8 serbische Kennzeichen in Peja

Die Verteilung der Kennzeichen zeigt, wie politische Grenzen, ethnische Zugehörigkeit und historische Spannungen die Nutzung von staatlichen Symbolen prägen. Während kosovarische Kennzeichen die Zugehörigkeit zum Staat Kosovo signalisieren, markieren serbische Kennzeichen in bestimmten Gebieten die fortdauernde Bindung an Serbien. Solche Beobachtungen erweitern die *Linguistic-Landscape*-Forschung: Sie zeigen, wie visuelle Symbole (z.B. Schilder oder Graffiti) die kulturelle Präsenz ethnischer Gruppen ausdrücken. Eine seit 2011 bestehende EU-Vereinbarung zur gegenseitigen Anerkennung von Kfz-Kennzeichen wurde nie vollständig umgesetzt. Deshalb mussten Fahrzeuge Aufkleber benutzen, um nationale Symbole zu verdecken. Als die kosovarische Regierung im September 2021 die Kennzeichenregelung im serbisch dominierten Norden durchsetzte, eskalierte der Konflikt. Die Kennzeichen wurden dabei zum zentralen Symbol ethnischer und nationaler Identität, begleitet von schweren politischen Spannungen und Gewalt. Ab dem 1. Jänner 2024 werden kosovarische und serbische Kennzeichen offiziell gegenseitig anerkannt, was die bisherige Aufkleberpflicht abschafft. Folglich dürfen Fahrzeuge mit offiziellen kosovarischen Kennzeichen (RKS) nun ohne Einschränkungen nach Serbien einreisen und umgekehrt. Somit bezieht sich die Regelung auf die Akzeptanz der staatlichen Symbole beim Grenzübertritt und nicht auf eine lokale Ausstellung von Kennzeichen durch die serbische Minderheit im Kosovo.

Dies bedeutet für die Untersuchung der sprachlichen Landschaft, dass Kennzeichen neben ihrer Funktion als praktische Verkehrskennzeichnung auch als sichtbare Marker für Ethnizität, Identität und politische Zugehörigkeit zu betrachten sind. Die letzte Veränderung stellt somit eine Chance dar, die Dynamik der sprachlichen Sichtbarkeit im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen und ethnolinguistischen Spannungen zu studieren (vgl. Baccini, 2024).

Die Fotos belegen die visuelle Dominanz und Macht der Mehrheitssprache im öffentlichen Raum. Das folgende Kapitel 8 untersucht, inwiefern diese Dominanz zur Verdrängung und „visuellen Stille“ der Minderheiten führt.

8. Die Graphosphäre des Kosovo

Dieses Kapitel widmet sich der Graphosphäre des Kosovo, die als sichtbares Zeichen für gesellschaftliche, politische und ökonomische Prozesse dient. Im Fokus der Untersuchung steht der Gegensatz zwischen Top-down- und Bottom-up-Praktiken, die den öffentlichen Raum verschieden gestalten und verwenden. Es wird dabei deutlich, wie Sprache und Schrift genutzt werden, um Macht, Identität und Funktion darzustellen. Außerdem wird die zeitliche Dimension betrachtet, die Wandel, Vergänglichkeit sowie absichtliche Tilgung und Bewahrung umfasst. Zum Schluss wird demonstriert, welche Relevanz diese Zeichen für die Produzent:innen haben und in welcher Weise sie strategisch verwendet werden.

8.1 Kontrastive Analyse: Top-down vs. Bottom-up

Hinsichtlich der primären Funktion erfüllen Top-down-Schilder (entsprechend der in Kapitel 2.3 dargelegten theoretischen Klassifizierung) vor allem repräsentative und ordnungsbezogene Aufgaben. Sie beziehen sich auf staatliche Souveränität, bieten rechtliche Informationen an und fungieren als offizielle Raummarkierung. Bottom-up-Schilder hingegen haben vor allem eine wirtschaftliche und identitätsbezogene Ausrichtung, da sie als Instrumente des Marketings, der individuellen oder gruppenspezifischen Selbstdarstellung sowie für praktische Kommunikation im Alltag dienen.

Auf der Ebene der Akteur:innen lässt sich ebenso eine deutliche Differenz erkennen. Top-down-Zeichen entstehen durch staatliche Institutionen und offiziellen Organisationen, wie beispielsweise von Behörden, Ministerien oder internationalen Organisationen. Damit ist ihre Produktion sowohl formal reguliert als auch institutionell legitimiert. Bottom-up-Zeichen werden von privaten oder zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gesetzt, zu denen Geschäftsinhaber:innen, politische Aktivist:innen, Einzelpersonen sowie diasporische Gruppen gehören. Sie stellen eine Manifestation von individueller oder gesellschaftlicher Handlungsmacht dar, welche hingegen nicht staatlich kontrolliert wird.

Top-down-Schilder sind in Bezug auf die Sprachwahl und die Hierarchisierung häufig streng geregelt. Die sprachliche Anordnung, Sichtbarkeit und Typografie folgen festgelegten Konventionen, wobei eine visuelle Dominanz bestimmter Sprachen, wie des Albanischen, zu beobachten ist. Bottom-up-Schilder sind dagegen flexibler. In diesem Zusammenhang wird Englisch oft als eine vermeintlich „neutrale“ oder global ausgerichtete Sprache angesehen. Die Wahl und Kombinationen von Sprachen sind situativ, strategisch und weniger reguliert.

Die Verwendung von Schriftsystemen macht politische und pragmatische Unterschiede deutlich. In der Top-down-Dimension kann die Wahl von Schriften politisch verhandelt werden, wie zum Beispiel durch eine zunehmende Ablösung des Kyrillischen zugunsten des Lateinischen (außer in bestimmten Kontexten wie Klöstern oder Kirchen). Bottom-up-Praktiken hingegen weisen eine stärkere pragmatische Motivation auf: Oft dominiert das lateinische Schriftsystem, während das Kyrillische punktuell und gezielt als Marker serbischer Identität verwendet wird, wie z.B. auf Plakaten.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal stellt die graphosphärische Dichte dar. Top-down-Beschilderung ist eher an bestimmten, genau festgelegten Orten zu finden. Sie zeigt formale Kontrolle und institutionelle Präsenz an. Bottom-up-Zeichen sind dagegen durch eine hohe Dichte gekennzeichnet, beispielsweise in Form von Stickern, Graffiti oder Werbetafeln. Dies führt dazu, dass die sprachliche Gestaltung im urbanen Raum eher ungezwungen und wandelbar ist.

Die Beispiele aus der eigenen Analyse, wie dreisprachige Ortstafeln (siehe Kap. 5.1.7) oder Straßenschilder im Top-down-Bereich (siehe Kap. 7.1) sowie dekorative Geschäftsschilder (siehe Kap. 7.2) oder politisches Graffiti im Bottom-up-Bereich (siehe Kap. 7.3), illustrieren exemplarisch diese strukturellen Unterschiede. Das Spannungsverhältnis zwischen Top-down und Bottom-up-Ansätzen zeigt einen klaren Gegensatz: Einerseits die offiziell regulierte, staatlich geprägte Gestaltung des öffentlichen Raums, andererseits die informelle Nutzung desselben aus wirtschaftlichen oder identitätsbezogenen Gründen.

8.2 Die Zeitdimension: Wandel und Vergänglichkeit

Die Zeitdimension beider Ebenen ist schließlich unterschiedlich. Top-down-Schilder sind grundsätzlich stabil und dauerhaft angelegt, können jedoch infolge politischer Umbrüche radikal verändert oder entfernt werden. Im Unterschied dazu haben Bottom-up-Zeichen oftmals nur eine kurze Lebensdauer, entstehen spontan und sind wandelbar. Dies gilt besonders für handschriftliche Zettel, Sticker oder Graffiti, welche nur kurz bestehen und einem ständigen Wechsel unterliegen.

Ein zentrales Phänomen ist die absichtliche Auslöschung (*Linguistic Erasure*) serbischer Schriftzeichen im öffentlichen Raum. Anders als beim natürlichen Sprachwandel, der unbewusst und über lange Zeiträume entsteht, handelt es sich hierbei um eine gezielte politische Praxis. In den Gemeinden Leposavić und Zvečan wurden alte kyrillische Ortsschilder systematisch entfernt und durch neue dreisprachige Schilder in Albanisch, serbischem Latein

und Englisch ersetzt. Die schrittweise Marginalisierung der serbischen Schriftsprache manifestiert sich beispielsweise im Verschwinden diakritischer Zeichen auf Ortsschildern in der Hauptstadt Kosovos (siehe Kap. 7.1). Zusätzlich erfolgt eine visuelle Hierarchisierung. Albanische Texte auf neuen Schildern werden hervorgehoben, während serbische lateinische Versionen verkleinert dargestellt werden (siehe Kap. 5.1.7). Dies markiert symbolisch eine Dominanz. Zudem dienen semiotisch aufgeladene Zeichen wie eine zerrissene serbische Flagge in Zvečan (siehe Kap. 7.1) als Marker für den Versuch, die nationale Präsenz zu entwerten und aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Ebenso wird die wirtschaftliche Identität neutralisiert, etwa durch die Umbenennung der serbischen Eismarke „*Frikom*“ in „*Algida*“ in Prizren, wodurch die serbische Herkunft unsichtbar wird (siehe Kap. 7.4). Praktiken wie das Übermalen oder Entfernen der Sprache der jeweils anderen Gruppe sind nicht nur Vandalismusakte, sondern auch gezielte Strategien zur symbolischen Aneignung des Raums und zur Kontrolle von Macht.

Im Gegensatz dazu steht die bewusste Bewahrung der kyrillischen Schrift in geschützten, meist religiösen Räumen, welche als resiliente Zonen fungieren und als Ausdruck historischer Kontinuität zu sehen sind. In den serbisch-orthodoxen Klöstern Visoki Dečani, Peja und im Dorf Banjska sind Beschilderungen ausschließlich in kyrillischer Schrift vorhanden (siehe Kap. 7.1), wodurch die Geschichte und Tradition der Orte auf dieser Ebene sichtbar bleibt. Die serbisch-kyrillische Inschrift nimmt auf den Werbetafeln am Patriarchat von Peć den ersten Platz ein, vor den Inschriften auf Albanisch und Englisch (siehe Kap. 7.1). Selbst im Patriarchat sind die Orientierungstafeln nur auf Serbisch (kyrillisch) und Englisch für Tourist:innen verfügbar, wobei sie albanische Übersetzungen nicht anführen. Am Klostertor von Visoki Dečani bleibt das kyrillische Schriftsystem als erste Sprache präsent, was die Bedeutung dieser Orte als spirituelle und kulturelle Schutzzonen betont (siehe Kap. 7.1).

In der Graphosphäre gibt es neben bewusst entfernten oder bewahrten Zeichen auch Relikte und hybride Zeichen, welche historische Schichten sichtbar machen. Die Abkürzung „SK.“ auf Straßenschildern in Prizren ist somit ein Relikt der osmanischen Herrschaft und fungiert als Identitätszeichen für die türkische Minderheit (siehe Kap. 7.1). Die serbischen Autokennzeichen in Leposavić und Velika Hoča zeigen die fortdauernde Bindung an Serbien an (siehe Kap. 7.6). Das als „vier C“ bekannte serbische Kreuz-Graffiti ist ein Jahrhunderte altes Symbol, das auf ein dauerhaftes serbisches Bewusstsein hinweist (siehe Kap. 7.3). Insgesamt erweist sich die Graphosphäre als ein vielschichtiges Archiv von Wandel und

Vergänglichkeit, in dem politische Interventionen, kulturelle Kontinuitäten und historische Überlagerungen miteinander verwoben sind.

8.3 Die Bedeutung der graphosphärischen Phänomene für die Produzent:innen

Die Untersuchung der Relevanz graphosphärischer Erscheinungen für die Produzent:innen (Personen oder Gruppen, die Zeichen im öffentlichen Raum anbringen/gestalten) macht deutlich, dass Zeichen im öffentlichen Raum keineswegs als neutrale Informationsquellen fungieren. Hinter jedem Graffiti, Werbeplakat oder Schild verbirgt sich eine Absicht, zum Beispiel wirtschaftliche Interessen, politische Botschaften oder der Wunsch, die eigene Kultur zu zeigen. Damit wird die Graphosphäre zu einem Mittel, mit dem Produzent:innen gezielt auf soziale, wirtschaftliche und politische Kontexte reagieren und diese formen können.

Ein zentrales Motiv ist die ökonomische Überlegung und die Professionalisierung. Um Professionalität zu demonstrieren oder gezielt bestimmte Zielgruppen anzusprechen, wählen Ladenbesitzer:innen bewusst Sprachen und Schriftsysteme aus. In Prizren verwenden Geschäfte wie „*CANDY LAND SWEET SHOP*“, „*FAROOPTICAL*“ oder „*D&P perfumum*“ Englisch, um einen modernen und internationalen Eindruck zu vermitteln (siehe Kap. 7.2), möglicherweise auch als Strategie, sich keiner bestimmten Sprach- oder Ethniegruppe fest zuzuordnen und einen „dritten“, neutralen Weg zu gehen. Das Reisebüro in Kapitel 7.2 bedient sich gleich vier Sprachen, Albanisch, Deutsch, Englisch und Türkisch, um eine maximale Reichweite bei Tourist:innen und der Diaspora zu erreichen. Eine neutrale Markenführung verfolgt ökonomische Ziele: Der Wechsel der serbischen Marke „*Frikom*“ zu „*Algida*“ soll politische Spannungen vermeiden und den Verkauf in von Albaner:innen dominierten Regionen garantieren (siehe Kap. 7.4). Dies verdeutlicht, dass die Produzent:innen einen strategischen Umgang mit Sprache und Schrift pflegen, um ihren ökonomischen Erfolg zu maximieren.

Politische Mobilisierung und Raumanneignung sind neben wirtschaftlichen Interessen von zentraler Bedeutung. Mit Zeichen werden Machtansprüche angezeigt oder Loyalität demonstriert. In Leposavić und Gračanica kennzeichnen zahlreiche Plakate der „*Srpska lista*“ in serbischen Nationalfarben den öffentlichen Raum als „serbisch“ und vermitteln ein Gefühl der Einheit (siehe Kap. 7.3). Politischer Protest findet graphosphärische Ausdrucksformen, wie etwa das Graffiti für Astrit Dehari in Peja (siehe Kap. 7.3). Aktivist:innen verwenden es als Bestandteil einer Erinnerungskultur und zur Opposition gegen staatliche Institutionen. Die

serbischen Kreuz-Graffiti („Vier C“) in Velika Hoča stellen eine Territorialmarkierung dar. Sie dienen als informeller Schutz und symbolisieren die Standhaftigkeit der Produzent:innen innerhalb der Gemeinschaft.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Schaffung von Identität und Gemeinschaft, besonders für lokale Gruppen und Minderheiten. In Gračanica ist eine Autowerkstatt mit ausschließlich serbischer Beschilderung versehen (siehe Kap. 7.1). Diese richtet sich absichtlich nur an die eigene Sprachgemeinschaft, wobei die Mehrheitssprache ignoriert wird. Tradition zeigt sich durch den Erhalt historischer Formen, wie zum Beispiel durch die Abkürzung „SK.„(für Sokak) auf Straßenschildern in Prizren, die die türkische Identität und das historische Erbe der Stadt verkörpern (siehe Kap. 7.1). Im Kloster Banjska wird religiöse Resilienz deutlich, indem die Kirche die Graphosphäre als geschützten Raum nutzt, um ihre Tradition unabhängig von staatlicher Sprachenpolitik zu leben. Dies zeigt sich in der ausschließlichen Verwendung der kyrillischen Schrift (siehe Kap. 7.1).

Schließlich betonen graphosphärische Zeichen die staatliche Legitimität und den Anspruch auf Souveränität. In Leposavić und Zvečan verdeutlichen die neuen Schilder, wie das Infrastrukturministerium in Pristina die Graphosphäre nutzt, um die staatliche Präsenz im Norden zu zeigen und die albanische Sprache als Primärsprache durchzusetzen. Dabei wird deutlich, dass staatliche Institutionen die sichtbare Sprache im öffentlichen Raum gezielt nutzen, um ihre Autorität und Kontrolle über das Gebiet zu signalisieren.

9. Die Unsichtbarkeit der Minderheiten

Das kosovarische Gesetz über den Gebrauch von Sprachen schützt offiziell Minderheitensprachen wie Türkisch, Bosnisch und Romani. Dennoch zeigen die Beobachtungen während der *Linguistic-Landscape*-Forschung im Kosovo einen deutlichen Kontrast zwischen diesem rechtlichen Anspruch und ihrer tatsächlichen Sichtbarkeit. Bei der Datenerhebung wurden kaum sprachliche Äußerungen von Roma, Ashkali, Goran:innen oder Ägypter:innen festgestellt. Die Beschilderung in der Stadt ist größtenteils auf Albanisch und Serbisch, was dazu führt, dass kleinere Gruppen visuell unsichtbar sind.

Die Gründe für diese „visuelle Unsichtbarkeit“ sind zahlreich. Politisch konzentriert sich die Sprachenpolitik nahezu ausschließlich auf das Verhältnis zwischen der albanischen Mehrheit und der serbischen Gemeinschaft, während kleinere Minderheiten nur begrenzten Einfluss haben. Ebenso sind sozioökonomische Aspekte von Bedeutung. Sichtbarkeit in der öffentlichen Beschilderung setzt ökonomisches Kapital voraus, das in marginalisierten Gemeinschaften oft nicht vorhanden ist. Die Goran:innen verwenden ihre eigene Sprache *Našinski*, die im Kosovo allerdings nicht offiziell anerkannt ist und hauptsächlich mündlich verwendet wird. Ashkali und Ägypter:innen sprechen vorwiegend Albanisch, wodurch ihre sprachliche Identität im öffentlichen Raum verloren geht.

Darüber hinaus fehlen praktische Initiativen: Staatliche Maßnahmen, um über die albanisch-serbische oder albanisch-serbisch-englische Beschilderung hinaus mehrsprachige Schilder einzuführen, sind kaum vorhanden. Bottom-up-Signale fehlen ebenso: Geschäfte oder Plakate in Minderheitensprachen wurden nicht entdeckt, was darauf hindeutet, dass diese Sprachen in den privaten oder häuslichen Bereich zurückgedrängt wurden.

Ein zentrales Forschungsergebnis ist das Fehlen dieser Sprachen. Es demonstriert, dass die *Linguistic Landscape* im Kosovo nicht nur die sprachliche Realität widerspiegelt, sondern auch gesellschaftliche Machtverhältnisse veranschaulicht: Wer in der öffentlichen Beschilderung nicht erscheint, wird leichter politisch und gesellschaftlich übersehen. Die „visuelle Stille“ dieser Minderheitensprachen verstärkt ihre Stellung als „Minderheiten der Minderheiten“, die im Konflikt zwischen Albaner:innen und Serb:innen unsichtbar bleiben.

10. Linguistic Erasure im Kosovo

In Zvečan wurde auf einer Straßenlaterne eine serbische Fahne gesichtet, die zur Hälfte zerrissen war. Dies kann als Akt der *Linguistic Erasure* interpretiert werden, also als symbolische Form der sprachlich-kulturellen Auslöschung im öffentlichen Raum (siehe Kap. 2.3.1). Selbst wenn Fahnen keine Sprache im engeren Sinne darstellen, sind sie als wichtige semiotische Marker nationaler und sprachlicher Zugehörigkeit Teil der erweiterten *Linguistic Landscape*. Die bewusste Beschädigung der Fahne lässt sich daher nicht nur als Vandalismus deuten, sondern auch als eine gezielte Delegitimierung sowie Marginalisierung serbischer Identität und Präsenz im öffentlichen Raum. Außerdem kann die teilweise Zerstörung des Symbols als Versuch gesehen werden, die Sichtbarkeit einer bestimmten ethnisch-sprachlichen Gruppe zu schwächen und ihre Zugehörigkeit zum Raum infrage zu stellen.

Ein weiteres Beispiel für *Linguistic Erasure* zeigt sich die umbenannte serbische Eismarke *Frikom* in *Algida* in der Stadt Prizren (siehe Kap. 7.4). Die Umbenennung kann als Form der sprachlichen Neutralisierung verstanden werden, durch die die serbische Herkunft der Marke unsichtbar gemacht wird.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass *Linguistic Erasure* im Kosovo nicht nur auf institutioneller Ebene stattfindet, sondern sich auch in alltäglichen symbolischen und kommerziellen Praktiken manifestiert. Der öffentliche Raum wird dadurch zu einem zentralen Ort der Aushandlung von Macht, Identität und Zugehörigkeit, in welchem sprachliche und semiotische Zeichen gezielt sichtbar gemacht oder verdrängt werden.

Dieses Phänomen stellt im Kosovo auch heute ein weithin latentes Problem dar. Denn zurzeit werden sowohl in Leposavić als auch in Zvečan jene Straßenschilder entfernt, die in kyrillischer Schrift verfasst wurden. An der Ausfahrt der Gemeinde Zvečan und am Eingang zur Gemeinde Leposavić wurde ein neues Ortsschild angebracht, auf dem der Ortsname zuerst auf Albanisch und anschließend auf Serbisch, jedoch ausschließlich in lateinischer Schrift, angegeben ist.⁸



Abb. 9 Straßenschild in Leposavić kyrillisch



Abb. 10 Straßenschild in Leposavić lateinisch

⁸ siehe dazu [Uklonjene table pisane ćirilicom u Leposaviću i Zvečanu VIDEO - B92](#); [Uklonjene table na ćirilici u Leposaviću i Zvečanu - Kosovo Online](#)

11. Fazit

Die Ergebnisse dieser Masterarbeit verdeutlichen, dass die *Linguistic Landscape* des Kosovo im Jahr 2025 nur dann angemessen interpretiert werden kann, wenn sie sowohl im historischen und sprachpolitischen Kontext Südosteuropas als auch im theoretischen Rahmen der Sprachpolitik und Sprachplanung betrachtet wird. Zudem belegt sie nicht nur, dass die sprachliche Landschaft ein direktes Spiegelbild langfristiger sprachpolitischer Entwicklungen und historischer Machtverschiebungen ist, sondern auch, dass sich zentrale theoretische Konzepte der *Linguistic-Landscape*-Forschung unmittelbar in den empirischen Beobachtungen wiederfinden. Die Analyse hebt hervor, dass sprachliche Sichtbarkeit im öffentlichen Raum kein isoliertes oder zufälliges Phänomen darstellt, sondern das Resultat langfristiger politischer Strategien, historischer Machtverschiebungen sowie gesellschaftlicher Konflikte ist, die bereits im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS), in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) und insbesondere im Kosovo der 1990er-Jahre angelegt wurden. Gleichzeitig offenbart die Untersuchung der öffentlichen Sprachpräsenz einen deutlichen Unterschied zwischen dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gleichberechtigung und der tatsächlichen gesellschaftlichen Praxis.

Erkennbar ist, dass Serbisch in Regionen wie Banjska, Gračanica, Leposavić und Velika Hoča dominiert, während die Aufschriften in Peja und vor allem in Prizren ausschließlich auf Albanisch und Englisch gehalten sind. Außerdem lässt sich beobachten, dass bei der serbischen Sprache sowohl die lateinische (bei kommerziellen Zeichen) als auch die kyrillische Schrift (bei offiziellen/religiösen Zeichen) verwendet wurde. Die albanische Sprache dient als primäre Sprache der Verwaltung, des Alltags und der nationalen Identität der Mehrheitsbevölkerung, während das Serbische in mehrheitlich serbischen Gebieten als zentrales Identitätsmerkmal und Zeichen des politischen Widerstands angesehen wird. In offiziellen Kontexten (Top-down) wird diese Sprache oft nur dort verwendet, wo es rechtlich zwingend oder politisch gewollt ist (z. B. Klöster, serbische Gemeinden). Zuletzt übernimmt das Englische häufig die Funktion einer neutralen Ausweichsprache und wird besonders im kommerziellen Sektor (Bottom-up) genutzt, um ethnische Spannungen zu vermeiden, Internationalität zu signalisieren und eine breitere Zielgruppe (einschließlich Tourist:innen und internationaler Organisationen) anzusprechen.

Zusätzlich zielt die Verwendung von Namen wie „Candy Land“ oder „Zana Pearls“ darauf ab, Kosovo als Teil eines globalen Marktes zu präsentieren. Zudem vermittelt sie ebenfalls Professionalität und Anschluss an westliche Standards. Bei Top-down Zeichen zeigt sich oft

eine Hierarchisierung, denn während das Gesetz Gleichberechtigung verspricht, wird das Albanische oft durch größere Schrift oder Erstplatzierung hervorgehoben, während das Serbische (vor allem die kyrillische Schrift und Diakritika) häufig verdrängt oder durch fehlerhafte lateinische Transkriptionen ersetzt wird. Dafür bleibt das kyrillische Schriftsystem jedoch in serbisch-orthodoxen Klöstern vorhanden, um die historische und kulturelle Kontinuität der serbischen Präsenz zu markieren. Die vermutlich türkische Abkürzung bei Straßenschildern ist nicht nur eine Spur der osmanischen Zeit, sondern Ausdruck von Identität einer anerkannten Minderheit. Die Sichtbarkeit auf offiziellen Schildern unterstreicht den multikulturellen Anspruch der Stadt, auch wenn diese Sichtbarkeit oft hinter dem Albanischen zurücktritt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Verwendung anderer Sprachen zeigt, dass die Identität im Kosovo nicht nur zwischen Albanisch und Serbisch gespalten ist, sondern sich zunehmend vermischt.

Ein zentrales Ergebnis der empirischen Analyse ist die nachgewiesene Marginalisierung des Serbischen im öffentlichen Raum, vor allem in albanisch dominierten Städten, wie beispielsweise Prizren. Die beobachteten einzelsprachigen albanischen Straßenschilder und amtlichen Warntafeln stehen im direkten Widerspruch zu den rechtlichen Vorgaben des Ahtisaari-Pakets. Diese Ergebnisse stützen die theoretische Annahme, dass die *Linguistic Landscape* nicht nur Information vermittelt, sondern auch als Mittel der Raumanerkennung und symbolischen Ausgrenzung dient.

Demgegenüber zeigen Konsumgüter und Produkte des Alltags eine funktionale, ökonomisch motivierte Mehrsprachigkeit. Die Analyse von Kosmetikprodukten mit zahlreichen Sprachvarianten, häufig zusammengefasst als Bosnisch/Kroatisch/Serbisch/Montenegrinisch, verweist auf eine Form von Markt-Multilingualität, die an frühere jugoslawische Praktiken funktionaler Sprachenverwendung erinnert und das im Theorieteil diskutierte Konzept eines gemeinsamen Diasystems bestätigt.

Die Berücksichtigung der Graphosphäre verdeutlicht, dass die sprachliche Landschaft im Kosovo kein statisches Abbild, sondern ein dynamisches Archiv von Veränderung und Vergänglichkeit ist, in dem staatliche Akteur:innen ihre Machtansprüche durch gezielte Top-down-Regulierung und systematische *Linguistic Erasure* des Kyrillischen festigen. Im Gegensatz dazu verwenden private Produzent:innen in der Bottom-up-Ebene die Graphosphäre als einen Raum von starkem Intentionalitätsgehalt für ökonomische Überlegungen. Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass sie mit der Verwendung der englischen Sprache auf Modernität und Professionalität abzielen, um eine breitere Zielgruppe zu erreichen. Vor allem

die serbisch-orthodoxen Klöster agieren als resiliente Bewahrungszonen, in denen die kyrillische Schrift als bewusste Spur der Geschichte aufrechterhalten wird und so der allgemeinen Marginalisierung und den politischen Veränderungen im Übrigen öffentlichen Raum widersteht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die sprachliche Landschaft des Kosovo im Jahr 2025 ein visuelles Archiv sprachenpolitischer Kontinuitäten und Brüche darstellt. Von den zentralistischen Tendenzen des Königreichs SHS über die ambivalente Mehrsprachigkeit der SFRJ bis hin zu den konflikthaften Sprachregimen der 1990er-Jahre prägen historische Machtverhältnisse bis heute die Sichtbarkeit von Sprache im öffentlichen Raum. Solange parallele Bildungsstrukturen bestehen und Sprache primär als ethnisches Abgrenzungsmerkmal fungiert, bleibt die sprachliche Landschaft des Kosovo eher ein Ort der Trennung als der Begegnung. Damit bestätigt diese Arbeit eindrücklich, dass Sprache im Kosovo nicht nur Kommunikation ermöglicht, sondern politische Geschichte, Identität und kollektive Erinnerung dauerhaft in den öffentlichen Raum einschreibt.

12. Literaturverzeichnis

- Ahel, Antonio (4. Februar 2026). *Uklonjene table pisane ćirilicom u Leposaviću i Zvečanu VIDEO*. Von B92: <https://www.b92.net/info/kosovo/204758/uklonjene-table-pisane-cirilicom-u-leposavicu-i-zvecanu-video/vest> abgerufen am 01.06.2026
- Alvir, Olja & Martinović, Ivana (9. Juni 2011). *Gute Zeichen, schlechte Zeichen: Die Codes der Ausländer*. Von FM4 ORF.at: <https://fm4v3.orf.at/stories/1683776/index.html> abgerufen am 06. Mai 2026
- Auer, Peter (2010). Sprachliche Landschaften: Die Strukturierung des öffentlichen Raums durch die geschriebene Sprache. In Angelika Linke & Arnulf Deppermann, *Sprache intermedial, Stimme und Schrift, Bild und Ton* (S. 271-298). Berlin: De Gruyter.
- Baccini, Federico (8. Jänner 2024). *End of the license plate row between Serbia and Kosovo after two and a half years (thanks to EU mediation)*. Von Eunews: <https://www.eunews.it/en/2024/01/08/end-of-the-license-plate-row-between-serbia-and-kosovo-after-two-and-a-half-years-thanks-to-eu-mediation/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Backhaus, Peter (2007). *Linguistic landscapes: a comparative study of urban multilingualism in Tokyo*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Blum, Daniel (2002). *Sprache und Politik: Sprachpolitik und Sprachnationalismus in der Republik Indien und dem sozialistischen Jugoslawien (1945 - 1991)*. Würzburg: Ergon-Verlag.
- Bruyèl-Olmedo, Antonio & Juan-Garau, Maria (2013). Shaping tourist LL: language display and the sociolinguistic background of an international multilingual readership. *International Journal of Multilingualism*, S. 1-17.
- Bugarski, Ranko (1992). *Language planning in Yugoslavia*. Columbus/Ohio: Slavica Publishers.
- Burg, Steven L. (2014). *Conflict and Cohesion in Socialist Yugoslavia: Political Decision Making Since 1966*. Princeton: Princeton University Press.
- Busch, Brigitta (2003). *Sprachenpolitik in Österreich: eine Bestandsaufnahme*. Frankfurt am Main/Wien: Lang.
- Calic, Marie-Janine (2018). *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*. München: Verlag C.H. Beck.
- Chomsky, Noam (2000). *Der neue militärische Humanismus: Lektionen aus dem Kosovo*. (Übersetzt von Michael Schiffmann). Zürich: Edition 8.
- Christ, Herbert (1991). *Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000: sprachpolitische Betrachtungen zum Lehren und Lernen fremder Sprachen*. Tübingen: Narr.
- Christ, Herbert (1995). Sprachenpolitische Perspektiven. In Karl-Richard Bausch, Herbert Christ & Hans-Jürgen Krumm, *Handbuch Fremdsprachenunterricht 3* (S. 75-81). Tübingen: Francke.
- Christ, Herbert (2003). Sprachenpolitik und das Lehren und Lernen fremder Sprachen. In Karl-Richard Bausch, Herbert Christ & Hans-Jürgen Krumm, *Handbuch Fremdsprachenunterricht* (S. 102-110). Tübingen: Francke.
- Coulmas, Florian (1985). *Sprache und Staat: Studien zu Sprachplanung und Sprachpolitik*. Berlin: De Gruyter.
- Cvetković, Sandra (1. Oktober 2022a). *Dva službena jezika na Kosovu na distanci*. Von Radio Slobodna Evropa: <https://www.slobodnaevropa.org/a/kosovo-jezik-albanski-srpski/32059408.html> abgerufen am 06. Mai 2026

- Cvetković, Sandra (4. August 2022b). *Šta Srpska lista zaista radi u kosovskim institucijama?* Von Radio Slobodna Evropa: <https://www.slobodnaevropa.org/a/koja-je-uloga-srpske-liste-u-kosovskim-institucijama-/31973865.html> abgerufen am 06. Mai 2026
- Cvetković-Sander, Ksenija (2011). *Sprachpolitik und nationale Identität im sozialistischen Jugoslawien (1945 -1991): Serbokroatisch, Albanisch, Makedonisch und Slowenisch*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Daskalović, Đorđe (25. Jänner 2013). *Croatia's Ledo places takeover bid for Serbia's Frikom*. Von See News: <https://seenews.com/news/croatias-ledo-places-takeover-bid-for-serbias-frikom-1019986> abgerufen am 06. Mai 2026
- Daskalovski, Židas (2003). Claims to Kosovo: Nationalism and Self-Determination. In Florian Bieber & Židas Daskalovski, *Understanding the war in Kosovo* (S. 11-27). London/Portland: Frank Cass.
- de Cillia, Rudolf (2003). Braucht Österreich eine Sprachenpolitik? In Brigitta Busch, *Sprachenpolitik in Österreich: eine Bestandsaufnahme* (S. 9-42). Frankfurt am Main: Lang.
- Dedijer, Vladimir (1949). *Jugoslovensko-albanski odnosi (1939-1948)*. Belgrad: Borba.
- Duijzings, Ger (2000). *Religion and the politics of identity in Kosovo*. London: Hurst.
- Džihic, Vedran & Kramer, Helmut (2006). *Die Kosovo-Bilanz: scheitert die internationale Gemeinschaft?* Wien: LIT-Verlag.
- Elsie, Robert (2011). *Historical dictionary of Kosovo*. Lanham: Scarecrow Press.
- Fahlbusch, Fabian, Heuser, Rita & Nübling, Damaris (2015). *Namen: eine Einführung in die Onomastik*. Tübingen: Narr Francke Attempto.
- Fischer, Helmut Peter (1967). *Die sprachliche Erschliessung der Landschaft: dargestellt an den Flurnamen der Gemarkungen Blankenberg, Bülgenuel, Uckerath und Adscheid (Siegbkreis)*. Bonn: Bonn.
- Franklin, Simon (Juni 2011). Mapping the Graphosphere: Cultures of Writing in Early 19th-Century Russia (and Before). *Kritika (Bloomington, Ind.)*, S. 531-560.
- Franklin, Simon (2019). *The Russian graphosphere, 1450-1850*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Franolić, Branko (1988). *Language policy in Yugoslavia with special reference to Croatian*. Paris: Nouvelles Éditions Latines.
- Gal, Susan & Irvine, Judith Temkin (2000). Language ideology and linguistic differentiation. In Paul V. Kroskrity, *Regimes of language: Ideologies, politics, and identities* (S. 35-84). Santa Fe: School of American Research Press.
- Glück, Helmut & Rödel, Michael (2024). *Metzler Lexikon Sprache*. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Gorter, Durk (2006a). Further Possibilities for Linguistic Landscape Research. In Durk Gorter, *Linguistic Landscape* (S. 81-89). United Kingdom: Multilingual Matters.
- Gorter, Durk (2006b). *Linguistic landscape: a new approach to multilingualism*. Clevedon: Multilingual Matters.
- Greenberg, Robert D. (2004). *Language and Identity in the Balkans: Serbo-Croatian and Its Disintegration*. Oxford: Oxford University Press.

- Gröschel, Bernhard (2009). *Das Serbokroatische zwischen Linguistik und Politik: mit einer Bibliographie zum postjugoslavischen Sprachenstreit*. München: LINCOM Europa.
- Haarmann, Harald (1987). Sprachen- und Sprachpolitik. In Ulrich Ammon, Norbert Dittmar & Klaus Mattheier, *Soziolinguistik: Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft* (S. 1660-1678). Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Hannover Moser, Brigitta Gabriela (2012). *Serbien: mit Belgrad, Novi Sad, Vojvodina und Donau*. Berlin: Trescher.
- Hösch, Edgar (2011). *Geschichte des Balkans*. München: Beck.
- International Trade Administration (2026). *Labeling and Marking Requirements*. Country Commercial Guides. Online verfügbar unter: <https://www.trade.gov/country-commercial-guides/kosovo-labeling-and-marking-requirements> abgerufen am 27.05.2026
- Ismajli, Rexhep (16. November 2025). *Albanisch heute – Betrachtungen zur „Krise“ der Sprache*. Von KOHA: <https://www.koha.net/de/shtojca-kulture/shqipja-sot-reflekse-rreth-krizes-negjuhe> abgerufen am 06. Mai 2026
- Ivić, Pavle (1985). *Dijalektologija srpskohrvatskog jezika: uvod i štokavsko narečje*. Novi Sad: Matica Srpska.
- Ivšić, Stjepan (1938). Hrvatski književni jezik. *Hrvatski jezik I*, S. 33-39.
- Judah, Tim (2000). *Kosovo: War and Revenge*. New Haven: Yale University Press.
- Kačka, Mualjim (7. Dezember 2017). Preduniverzitetska kosovska jezička politika. *Književni jezik*, S. 201-213.
- Kainz, Friedrich (1969). *Psychologie der Sprache*. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Kaser, Karl, Petritsch, Wolfgang & Pichler, Robert (1999). *Kosovo Kosova: Mythen, Daten, Fakten*. Klagenfurt, Wien: Wieser.
- Kolašinac, Ivona (22. Februar 2024). *Otvoreno o svemu: Zakon o upotrebi jezika na Kosovu*. Von Gorazdevac: <https://www.gorazdevac.com/2024/02/22/otvoreno-o-svemu-zakon-o-upotrebi-jezika-na-kosovu/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Kosovo, Online (4. Februar 2026). *Uklonjene table na ćirilici u Leposaviću i Zvečanu*. Von Kosovo Online: <https://www.kosovo-online.com/vesti/politika/uklonjen-cirilicni-natpis-postavljen-dvojezicni-znak-na-albanskom-i-srpskom-jeziku> abgerufen
- Kostovicova, Denisa (2005). *Kosovo: the politics of identity and space*. London: Routledge.
- Krstić, Kruno & Guberina, Petar (1940). *Razlike između hrvatskoga i srpskoga književnog jezika*. Zagreb: Matica hrvatska.
- Landry, Rodrigue & Bourhis, Richard Yvon (1997). Linguistic Landscape and Ethnolinguistic Vitality: An Empirical Study. *Journal of Language and Social Psychology*, S. 23-49.
- Lazarević, Tatjana & Radulović, Dragana (31. Dezember 2024). *Srpski jezik na Kosovu – ravnopravan u zakonu, nepoželjan u praksi*. Von KoSSev: <https://kossev.info/srpski-jezik-na-kosovu-ravnopravan-u-zakonu-nepozeljan-u-praksi/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Lazarević, Tatjana & Vukosavljević, Dragana (3. Jänner 2025). *Serbian Language in Kosovo: Equal in Law, Marginalized in Practice*. Von KoSSev: <https://kossev.info/en/kosovo-online-latest-news-serbian-language-in-kosovo-equal-in-law-marginalized-in-practice/> abgerufen am 06. Mai 2026

- Lichnofsky, Claudia, Pandelejmoni, Enriketa & Stojanov, Darko (2017). Introduction: Textbooks and Teaching of Albania in South-Eastern Europe. In Claudia Lichnofsky, Enriketa Pandelejmoni & Darko Stojanov, *Myths and Mythical Spaces* (S. 9-30). Göttingen: V&R unipress.
- Lisac, Josip (2003). *Hrvatska dijalektologija. 1, Hrvatski dijalekti i govori štokavskog narječja i hrvatski govori torlačkog narječja / Josip Lisac*. Zagreb: Golden Marketing - Tehnička Knjiga.
- Lloshi, Xhevat (2006). Standard Albanian — linguistic controversy in post-Communist Albania. *International journal of the sociology of language*, S. 93-101.
- Malcolm, Noel (1998). *Kosovo: a short history*. London: Macmillan.
- Marcolongo, Andrea (13. März 2017). *Jezičko čišćenje u bivšoj Jugoslaviji*. Von Udruženje za jezik i kulturu Lingvisti: <https://www.lingvisti.ba/blog/2017/jezi%C4%8Dko-%C4%8Di%C5%A1%C4%87enje-u-biv%C5%A1oj-jugoslaviji/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Marten, Heiko (2016). *Sprach(en)politik: eine Einführung*. Tübingen: Narr Francke Attempto.
- Mehmeti, Faton (5. November 2019). *Kush e vrau Astrit Deharin???* Von Bota Sot: <https://www.botasot.info/opinione/1182552/kush-e-vrau-astrit-deharin/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Mertus, Julie (1999). *Kosovo: how myths and truths started a war*. Berkeley: University of California Press.
- Mirković, Katarina (29. September 2025). *Neselektivna primena pospešila bi sprovođenje Zakona o upotrebi jezika na Kosovu*. Von Kim: <https://radiokim.net/vesti/drustvo/247553-neselektivna-primena-pospesila-bi-sprovođenje-zakona-o-upotrebi-jezika-na-kosovu/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Najvirtova, Andrea & Burema, Lars (2014). Assessing Minority Language Rights in Kosovo. In István Horváth, Tünde Székely, Ibolya Székely & Márton Tonk, *Minority Representation and Minority Language Rights* (S. 81-97). Cluj-Napoca: Scientia Kiadó. (zitiert nach Preprint unter https://kv.sapientia.ro/content/2011-2021/miremir_pres/andrea_najvirtova_lars_burema.pdf abgerufen am 03.06.2026)
- Oschlies, Wolf (2007). *Lehrbuch der makedonischen Sprache: in 50 Lektionen*. München: Sagner.
- Petritsch, Wolfgang & Pichler, Robert (2004). *Kosovo-Kosova: der lange Weg zum Frieden*. Klagenfurt: Celovec.
- Pilar, Ivo (1995). *Eine Geschichte Kroatiens, Serbiens und Bosniens*. Bad Kissingen: Heiligenhof.
- Ramet, Sabrina (2006). *The three Yugoslavias: state-building and legitimation, 1918-2005*. Bloomington: Indiana Univ. Press.
- Redjep, Jelka (1. Dezember 1989). Die Erzählung und die Volkslieder von der Schlacht an dem Amselfeld. *Zeitschrift für Slawistik*, S. 64-71.
- Reuter, Jens (1982). *Die Albaner in Jugoslawien*. München: Oldenbourg.
- Rrahmani, Bashkim (2018). Minority Rights in Kosovo. *Acta Universitatis Danubius. Juridica*, S. 234-241.
- Samardžija, Marko (1993). *Hrvatski jezik u Nezavisnoj Državi Hrvatskoj*. Zagreb: Hrvatska Sveučilišna Naklada.

- Schmidinger, Thomas (2013). *Gora: Slawischsprachige Muslime zwischen Kosovo, Albanien, Mazedonien und Diaspora*. Wien: Wiener Verlag für Sozialforschung.
- Schmitt, Oliver Jens (2019). *Der Balkan im 20. Jahrhundert: eine postimperiale Geschichte*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Sell, Louis (2002). *Slobodan Milosevic and the destruction of Yugoslavia*. Durham: Duke University Press.
- Shohamy, Elana, Ben-Rafael, Eliezer & Barni, Monica (2010). *Linguistic landscape in the city*. Bristol: Multilingual Matters.
- Spolsky, Bernard (2009). *Language management*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Spolsky, Bernard (2020). Linguistic landscape: The semiotics of public signage. *Linguistic landscape*, S. 2-15.
- Stewart, William (1968). A sociolinguistic typology for describing national multilingualism. In William Stewart & Joshua Fishman, *Readings in the Sociology of Language* (S. 531-545). Berlin, Boston: De Gruyter.
- Sundhaussen, Holm (1995). Der Ustascha-Staat: Anatomie eines Herrschaftssystems. *Österreichische Osthefte* 37, S. 497-533.
- Sundhaussen, Holm (2015). *Geschichte Serbiens: 19.–21. Jahrhundert*. Köln: Böhlau Verlag.
- Šurmin, Đuro (1936). Protiv kvarenja narodnog jezika. *Naš jezik* 4, S. 141-142.
- Tripunovski, Stiven (17. März 2018). *Gemeinsamkeit wider Willen*. Von Grenzen im Fluss: <https://grenzenimfluss.wordpress.com/2018/03/17/gemeinsamkeit-wider-willen/> abgerufen am 06. Mai 2026
- Troebst, Stefan (2007). *Das makedonische Jahrhundert: von den Anfängen der nationalrevolutionären Bewegung zum Abkommen von Ohrid 1893-2001; ausgewählte Aufsätze*. München: Oldenbourg.
- Trubeta, Sevasti (2005). Balkan Egyptians and Gypsy/Roma Discourse. *Nationalities papers*, 71-95.
- Tschinderle, Franziska & Tsouko, Ilir (20. September 2022). *Serben im Nordkosovo: Krieg der Kennzeichen*. Von Profil: <https://www.profil.at/ausland/serben-im-nordkosovo-krieg-der-kennzeichen/402147960#:~:text=Leposavi%C4%87%20ist%20eine%20von%20vier,zwischen%20den%20Volkgruppen%20zu%20wahren> abgerufen am 06. Mai 2026
- Tyran, Katharina Klara (2022). Beč Oida: Zur Sichtbarkeit südslawischer Sprachen in der Wiener linguistischen Landschaft In Miranda Jakiša (Hrsg.), *Südslawisches Wien*, S. 337-355.
- Tyran, Katharina Klara (2025). Aspects of Linguistic Landscapes in Europe. In Joachim Grzega, *The Routledge Handbook of Eurolinguistics* (S. 374-387). London: Routledge.
- Ukshini, Sylë (2023). Die Position der EU zur Unabhängigkeit des Kosovo im Kontext des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs. *Journal of European integration history*, 327-348.
- Vlajčić, Gordana (1974). *KPJ i nacionalno pitanje u Jugoslaviji*. Zagreb: August Cesarec.
- Verfassung der Republik Kosovo (2008). Vom 9. April 2008, in Kraft getreten am 15. Juni 2008. Deutsche Übersetzung der offiziellen Fassung. Online verfügbar unter: https://www.confueconstco.org/de/congress/congress-XVI/The_Constitution_of_the_Republic_of_Kosovo_DEU.pdf abgerufen am 27.05.2026.

- Wingender, Monika & Müller, Daniel (2013). *Typen slavischer Standardsprachen: theoretische, methodische und empirische Zugänge*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Zabarah, Dareg (2008). *Das Bosnische auf dem Weg zur Standardsprache: eine synchrone und diachrone Analyse der Sprachsituation in Bosnien und Herzegowina*. Saarbrücken: Verlag Dr. Müller.
- Zejneli Loxha, Amra (7. August 2019). *Sa pasošem ne može, sa ličnom kartom bez problema*. Von Radio Slobodna Evropa: <https://www.slobodnaevropa.org/a/sa-paso%C5%A1em-ne-mo%C5%BEE-sa-li%C4%8Dnom-kartom-bez-problema-kosovo-srbija/30097670.html> abgerufen am 06. Mai 2026

13. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1, Straßenschild in Velika Hoča, Ivana Brajović, gesehen am 1. November 2025, S. 87.

Abbildung 2, Straßenschild in Prizren, Ivana Brajović, gesehen am 1. November 2025, S. 87.

Abbildung 3, Schild im Kloster Visoki Dečani, Ivana Brajović, gesehen am 2. November 2025, S. 89.

Abbildung 4, Tafel im Patriarchat von Peć, Ivana Brajović, gesehen am 2. November 2025, S. 89.

Abbildung 5, Reisebüro in Prizren, Ivana Brajović, gesehen am 1. November 2025, S. 92.

Abbildung 6, Sticker in Prizren, Ivana Brajović, gesehen am 1. November 2025, S. 95.

Abbildung 7, kosovarische Kennzeichen in Gračanica, Ivana Brajović, gesehen am 1. November 2025, S. 99.

Abbildung 8, serbische Kennzeichen in Peja, Ivana Brajović, gesehen am 1. November 2025, S. 99.

Abbildung 9, Straßenschild in Leposavić kyrillisch, Antonio Ahel / ATAImages (via B92), S. 107.

Abbildung 10, Straßenschild in Leposavić lateinisch, Kosovo Online, S. 107.

14. Anhang



1



2



3



4



5



6



7



8



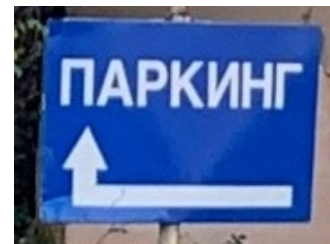
9



11



12



13



10



14



15



16



17



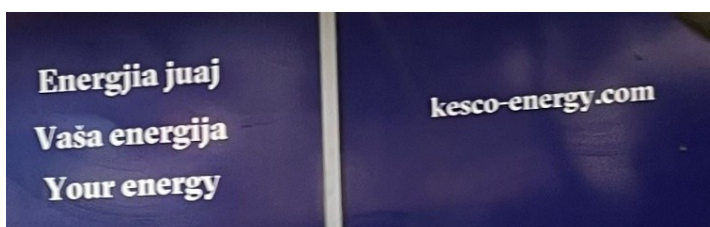
18



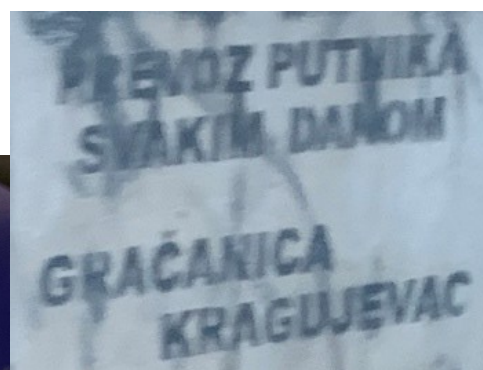
19



20



21



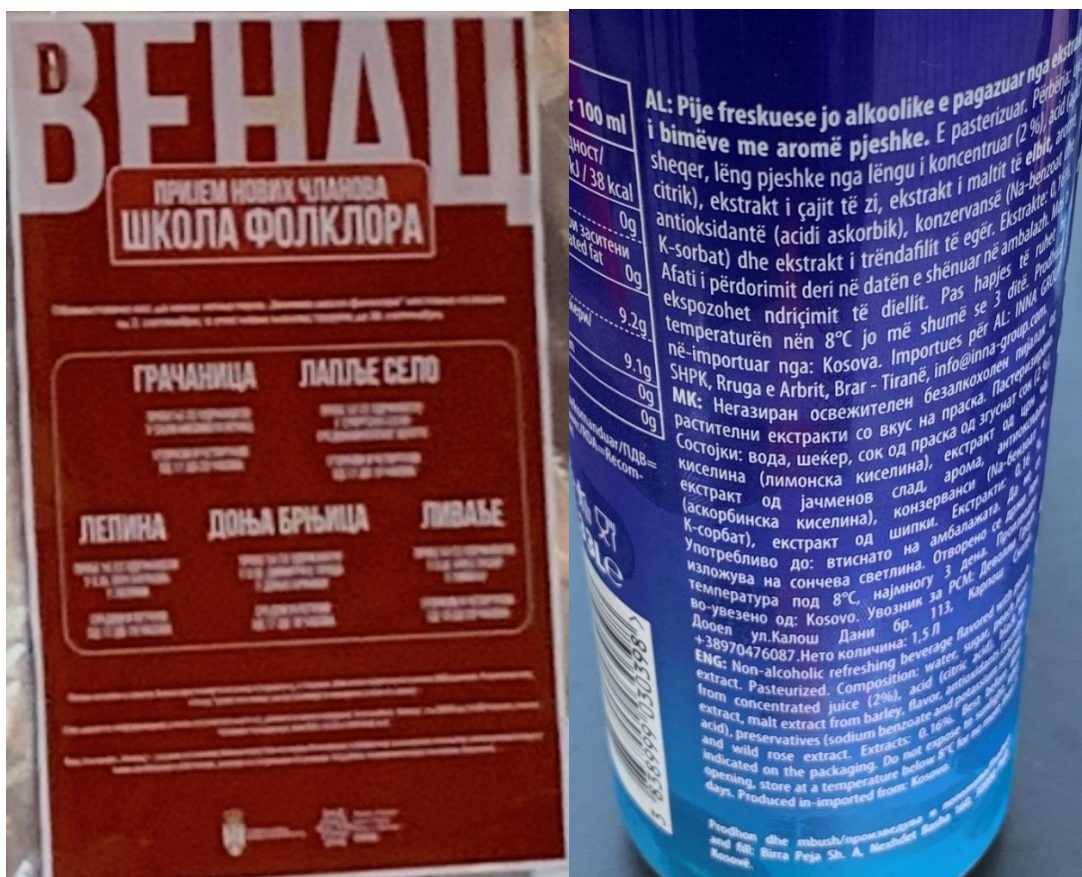
22



23

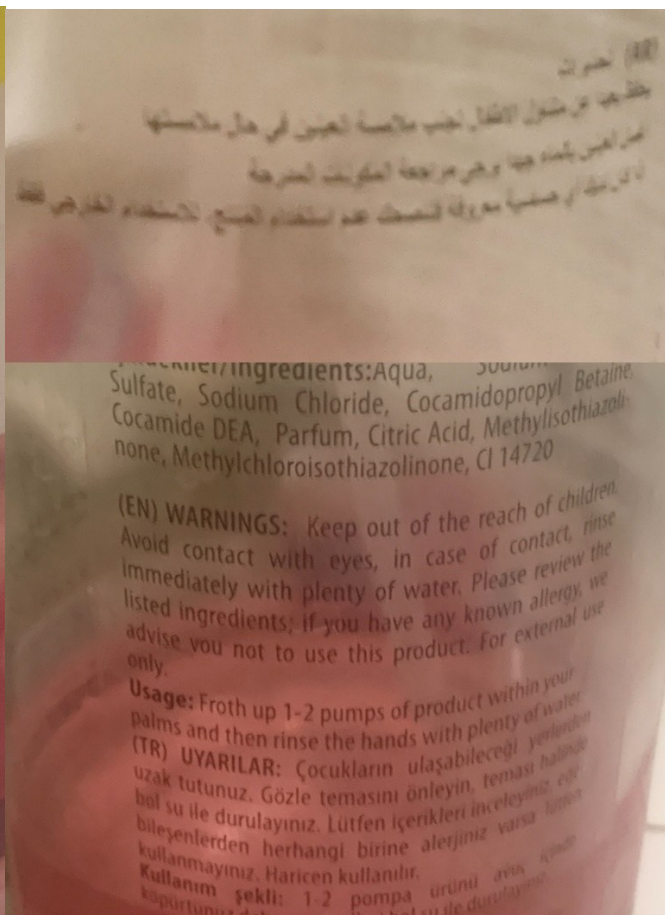
24

25



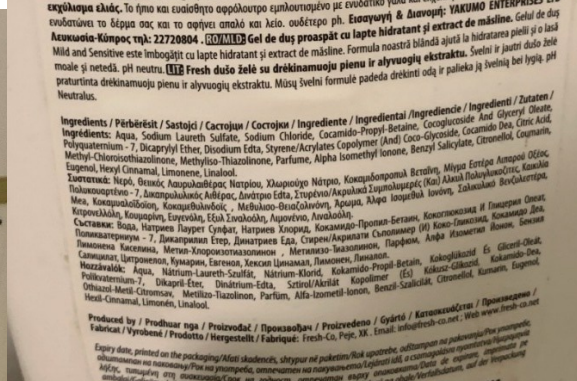
26

27



28

29



30

31



EN: Shampoo Almond Extract with rich active ingredients and a skin-friendly pH neutral, de greases hair and scalp, for all hair types. **Use:** After the first application, rinse the hair to remove dirt and excessive grease. The second time, massage the shampoo into the scalp for a minute or two, then rinse thoroughly. **Use:** After the first application, rinse the hair to remove dirt and excessive grease. The second time massage the shampoo into the scalp for a minute or two, then rinse thoroughly.

BIH/HR: Šampon s ekstraktom badema s bogatim aktivnim sastojcima i pH neutralnim za kožu, odmašćuje kosu i vlasiste, za sve tipove kose. **Upotreba:** Nakon prvog nanošenja isperite kosu kako biste uklonili prljavštinu i višak masnoće. Drugi put umasirajte šampon u vlasiste minutu ili dvije, zatim temeljito isperite. **Uvoznik za BiH:** Skuter D.O.O. Put života bb, Sarajevo, Bosna i Hercegovina. Tel: 033/660-499. Info@skuter.ba.

SRB/MNE: Šampon sa ekstraktom badema sa bogatim aktivnim sastojcima i neutralnim pH vrednostima za kožu, odmašćuje kosu i kožu glave, za sve tipove kose. **Upotreba:** Nakon prve primene, isperite kosu da biste uklonili prljavštinu i višak masnoće. Drugi put, umasirajte šampon u kožu glave minut ili dva, a zatim dobro isperite. **Uvoznik za MNE:** Dauti Komerc d.o.o. Tuzi bb, Podgorica. Tel: 00382 20 872-480 Web: www.dauti.me

AL: Shampo ekstrakt Almondi me përbërës të pasur aktivë dhe një pH neutral miqësor ndaj lëkurës, që largon yndyrat e flokëve dhe kokës, për të gjitha llojet e flokëve. **Përdorimi:** Pas aplikimit të parë, shpëlani flokët për të hequr papastërtitë dhe yndyrën e tepërt. Herën e dytë, masazhoni shampun në lëkurën e kokës për një ose dy minuta, më pas shpëlajeni tërësisht. **Importues për Shqipëri:** Alkos Group, Rr. Serave, Picar, Vorë, Tiranë, 1032, Shqipëri. Tel: +355 69 705 3354.

IT: Shampoo all'estratto di mandorla con ricchi principi attivi e un pH neutro delicato sulla pelle, sgrassa i capelli e il cuoio capelluto, per tutti i tipi di capelli. **Use:** dopo la prima applicazione, risciacquare i capelli per rimuovere lo sporco e l'unto in eccesso. La seconda volta, massaggiare lo shampoo sul cuoio capelluto per un minuto o due, quindi risciacquare abbondantemente.

MK: Шампон Екстракт од бадем со богати активни состојки и неутрална pH погодна за кожата, ги отстранува маснотиите на косата и скалпот, за сите типови коса. **Употреба:** По првото нанесување, исплакнете ја косата за да се отстрани нечистотијата и прекумерната маснотија. Вториот пат, масирајте го шампонот во скалпот минута или две, а потоа исплакнете темелно.

Uvoznik za Severna Makedonija: Frukt Import Doel / ul.20 br.236, Skopje-Saraj.

HU: Šampon mandula kivonat gazdag hatóanyagokkal és bőrbárárt pH semleges, zsírtalanító a haját és a fejbőrt, minden hajtípusra. **Használat:** Az első alkalmazás után öblítse le a haját, hogy eltávolítsa a szennyeződést és a túlzott zsírt. Másodszor masszírozza a sampont a fejbőrre egy-két percig, majd alaposan öblítse le.

RO/MLD: Șampon Extract de migdale cu ingrediente active bogate și un pH neutru prietenos cu pielea, degresează părul și scalpul, pentru toate tipurile de păr. **Utilizare:** După prima aplicare, clătiți părul pentru a îndepărta murdăria și grăsimea în exces. A doua oară, masați șamponul în scalp timp de un minut sau două, apoi clătiți bine.

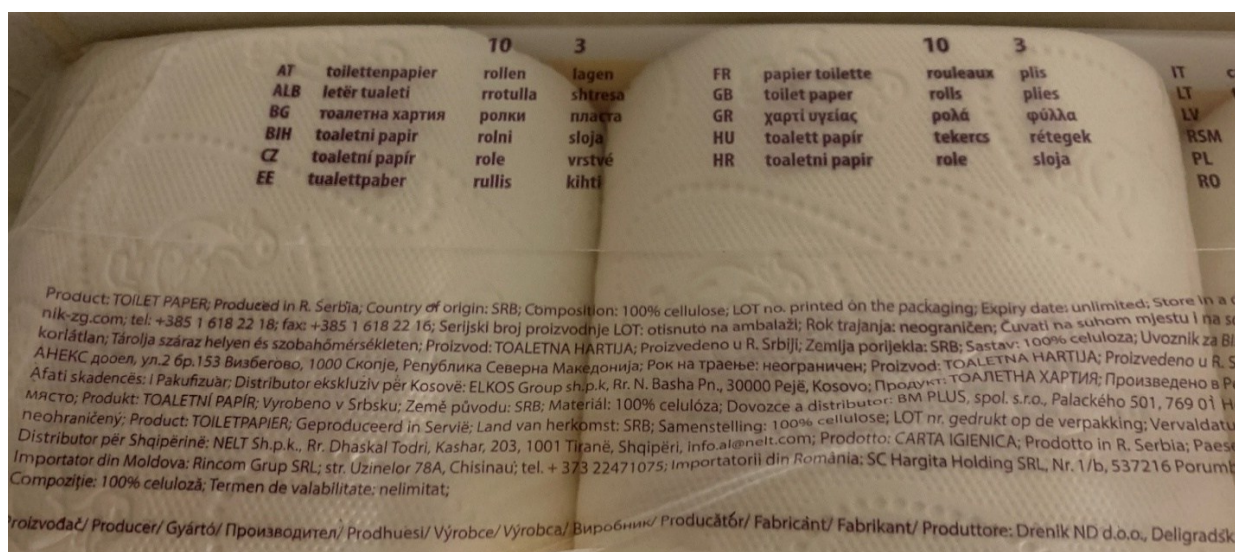
GR/CY: Σαμπούν με εκχύλισμα αμυγδαλού με πλούσια ενεργά συστατικά και φιλικό προς το δέρμα ουδέτερο pH, απαλύνει τα μαλλιά και το τριχωτό της κεφαλής, για όλους τους τύπους μαλλιών. **Χρήση:** Μετά την πρώτη εφαρμογή, ξεπλύνετε τα μαλλιά για να αφαιρέσετε τη βρωμιά και την υπερβολική λιπαρότητα. Τη δεύτερη φορά, κάντε μασάζ με το σαμπούν στο τριχωτό της κεφαλής για ένα ή δύο λεπτά και μετά ξεπλύνετε καλά.

BG: Шампоан с екстракт от бадем с богати активни съставки и благоприятно за кожата pH неутрално, обезмазнява косата и скалпа, за всички типове коса. **Употреба:** След първото нанасяне изплакнете косата, за да отстраните мръсотията и излишната мазнина. Втори път масажирате шампоана в скалпа за минута или две, след което изплакнете обилно.

FR: Shampooing à l'extract d'amande avec des ingrédients actifs riches et un pH neutre doux pour la peau, dégraisse les cheveux et le cuir chevelu, pour tous les types de cheveux. **Utilisation:** Après la première application, rincez les cheveux pour enlever la saleté et l'excès de graisse. La deuxième fois, massez le shampooing sur le cuir chevelu pendant une minute ou deux, puis rincez abondamment.

32

33



34

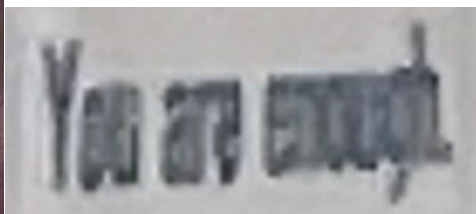
123



35



36



37



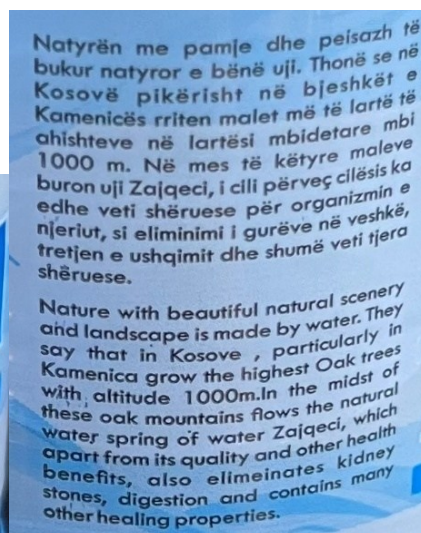
38



39



40



41